

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntags-Nummer mit illust. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal, Unterbrechung: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Bekanntmachung für 1895 unter Nr. 7128.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfspezierte Zeitspaltel oder deren Raum 20 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonntagen und Festtagen bis 2 Uhr Nachmittags geöffnet.

Korrespondenz: Amt 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2.

Mittwoch, den 1. Mai 1895.

Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

Die nächste Nummer des „Vorwärts“ erscheint des Maifestes wegen erst am Freitag, den 3. Mai. Die Redaktion.

Unser Mai.

Und wieder feiern wir unser Maifest. Nicht in dem Sinne, in dem das einzelne Menschenkind von der glücklichen, schönen, aber leider vergangenen Jugendzeit seines Lebens spricht; nicht in dem Sinne, in dem der Dichter klagt: „Des Lebens Mai blüht einmal und nicht wieder.“ Das einzelne Menschenleben vergeht, es knospet, blüht und am Ende verdorrt es, ebenso wie die Sommerblume, ebenso wie der vielhundertjährige Eichenbaum. Aber die Blumen und Sträucher und Bäume in ihrer Gesamtheit, die Natur, die verjüngt sich alljährlich, sie lebt ewig.

Und ebenso das Geschlecht der Menschen. Die Völker haben ihre wechselvollen Geschicke. Aber so weit wir auch zurückblicken mögen in die Geschichte der Menschheit: Im Grunde geht die Bewegung doch bergauf, dem Lichte, der Kultur, dem größeren Glück für jeden einzelnen entgegen. Und in diesem Sinne feiern wir heute unser Maifest. In dem Sinne, daß mit dem Sieg des Sozialismus der Menschheit ein neuer, freudiger Sommer heranblüht. In dem frühlingsgläubigen Sinne, in dem Umland vom wirklichen Maien singt:

Die Welt wird schöner mit jedem Tag,
Man weiß nicht, was noch werden mag,
Das Blühen will nicht enden.
Es blüht das fernste, tiefste Thal:
Nun, armes Herz, vergiß der Qual!
Nun muß sich alles, alles wenden.

Ja, nun muß sich alles, alles wenden. Das Alte, Verdorrte, Gestorbene, muß zu Grunde gehen. Und neues Leben muß uns blühen aus den Ruinen. — Wer aber sähe nicht, daß dies in Wirklichkeit alles geschieht? Daß ein Völkerfrühling die Welt durchzieht? Daß die vertrockneten Äste vom Baum der Gesellschaft überall prasselnd zur Erde fallen, um den neuen, grünen Maiensprossen das Feld zu räumen?

Zum sechsten Mal lehrt heute das internationale Maifest wieder. Das Maifest ist seitdem geblieben was es war, als es auf dem Arbeiterkongress in Paris geschaffen wurde. Die Arbeiter feiern es in demselben Geist der Brüderlichkeit, um für dieselben Forderungen zu demonstrieren, wie von Anfang an. Die alte Gesellschaft aber, wie hat sie sich in diesen kurzen sechs Jahren verändert, wie tief ist sie in die Herbst- und Winterstimmung hineingerathen!

Wleiben wir nur bei Deutschland. Als 1889 das Arbeiter-Maifest beschlossen wurde, hatte Deutschland noch

kein Sozialistengesetz. Freilich lag es in den letzten Zügen. Seit einer Reihe von Jahren schon hatte man die „Lage Handhabung“ beliebt. Unsere Partei war stärker gewesen, als die Gesetze, die extra erlassen waren, uns zu vernichten. Die Sozialdemokratie war gewachsen an Einfluß und Zahl; die uns bekämpfende Gewalt war ohnmächtig erlahmt. Und am Ende streckte sie die Waffen. Sie ließ das Sozialistengesetz als nutzlos fallen.

Es kam die Periode der Bekämpfung mit „geistigen Waffen“. Sie entfaltete herrliche Blüten, reifte köstliche Früchte. Es wurde wacker „geistig bekämpft“, manche schwungvolle Rede gehalten, manche Broschüre gedichtet — nur zu erinnern an die so berühmt gewordenen „Bilder aus dem sozialdemokratischen Zukunftsstaat“ Eugen Richters —: Aber die Sozialdemokratie wurde damit nicht vernichtet. Auch im „geistigen Kampf“ heftete sich der Sieg an unsere Fahnen. War es doch eine altgewohnte Waffe für unsere Partei, die „geistige Waffe“, und sie hatte nie mit anderen gesocht. — Kurz und gut: Unser Panzer hat sich als hieb- und knagelstich bewährt. Wir sind nicht zerprengt, sondern in der Zahl vermehrt, in der Ueberzeugung vertieft, und niemals einiger, niemals stärker, niemals siegesicherer gewesen.

Die bürgerliche Gesellschaft aber und ihre Staatsgewalt sind wieder einmal am Ende ihres Lateins. Was ist zu thun? Nun, „Wer das Lied nicht weiter kann, der fängt es wieder von vorne an.“ — Man ist wieder draus und dran, ein neues Sozialistengesetz zu schmieden. Gesetzt gegen unsere „Umsturzbestrebungen“ nennen sie's, und wissen sich doch selber nicht zu retten vor ihrem eigenen „Umsturz“. Was bedarß es denn da der Umsturzbestrebungen, wenn Zweig auf Zweig und Stamm auf Stamm schon beim ersten, sanften Frühlingwind einer neuen Weltanschauung morsch in sich zusammenbrechen!

Große Produktionszweige, das Handwerk und vor allem die Landwirtschaft, erklären, ohne künstliche Hilfsmittel, ohne Staatshilfe nicht mehr wirtschaften zu können. Die Staatsgewalt aber erklärt, ohne künstliche Zwangsmittel der neuen Gedanken nicht Herr zu werden. Die Staatsgewalt konnte die neuen Gedanken aber auch nicht meistern, als vor wenigen Jahren noch die Zwangsmittel vorhanden waren. So scheint denn gegen den Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft überhaupt kein Kräutlein gewachsen zu sein.

Dann aber die „Umsturzbestrebungen“ in der bürgerlichen Gesellschaft selbst, die alles beidete Recht und Gesetz, noch die festesten Stützen des bürgerlichen Staatsgebäudes, „umzustürzen“ sich bemühen. Da Herr von Köller, der preussische Staatsminister, der in öffentlicher Parlamentsitzung die Urtheile der höchsten Gerichtshöfe für

„bedauerlich“ erklärt und der angeblich „unabhängigen“ Rechtspflege für die Zukunft „Direktiven“ giebt. — Da die höchsten Beamten des kaiserlichen Hofes, die das bestehende Gesetz mit Füßen treten, das von dem „gemeinen Volk“ allerwege geachtet werden soll. Sie bringen ihre Streitigkeiten nicht vor den ordentlichen Richter, sondern hauen und schießen sich mittels „gefährlicher Werkzeuge“ schwere Körperverletzungen an den Leib. Von einem Strafantrag des Staatsanwalts wird nichts bekannt. — Da ferner der Geheimrath Köhler, da der alte preussische General v. Bogulancki, da der hochangesehene, konservative Abgeordnete Graf Mirbach! Alle drei empören sich über unsere „Umsturzbestrebungen“. Und darum sollen wir mit dem Schwert — der besten Waffe auch gegen den inneren Feind — vernichtet werden. Die Verfassung soll gebrochen, das Wahlrecht aufgehoben und ein Regiment von Säbelsknaben geführt werden. Das ist doch noch wenigstens ein „Umsturz“ der sich lohnt! — So giebt sich die bürgerliche Gesellschaft selber preis. So stürzt sie sich selber um. So fällt tagtäglich Zweig auf Zweig von dem einst stolzen Baum.

Ja, es wird klapperig und dürr im bürgerlichen Wald. Jeder fallende Ast reißt ein paar andere mit in die Tiefe. Und es wird viel Platz für keimende grüne Maientriebe, für neue Knospen, Blüten und Früchte.

Ja, wir haben Grund, unser Maifest zu feiern. Grünt es und blüht es doch nicht nur in Wiese und Wald: auch im Völkerleben naht ein neuer Mai.

Die Reaktion rüht wieder zu neuen Schlägen. Freie Gedanken und freies Wort will man in Ketten schlagen. Umsturzgesetze werden geplant. Die Versammlungsfreiheit will man beschränken. Unsere Zeitungen werden konfisziert. Und man glaubt, mit alledem uns zu vernichten! „Herr, vergieb ihnen, sie wissen nicht, was sie thun!“ Sie wissen nicht, daß alle Versammlungsreden, der Inhalt aller Bücher und Zeitungen uns nicht so viel Anhänger zuführen, als es geschieht, wenn man uns den Mund gewaltsam verschließt. „Das müssen gefährliche Wahrheiten sein!“ denkt das Volk.

Doch das ist wohl das Verhängniß alles Sterbenden. Es thue, was es thue: es nützt der neuen Generation. So im Walde, dessen fallende Zweige und stürzende Stämme dem jungen Nachwuchs die Erde düngen. So in der Gesellschaft, deren hochentwickelte Kulturgüter dem jungen Sozialismus in den Schooß fallen werden, — deren „gottvertrauendes Umsichhauen“ sogar uns neuen Anhang verschafft.

Unser die Welt — trotz alledem!
Uns gehört die Zukunft!
Wir leben im Mai!

Hoch der Völkerfrühling!

Dem 1. Mai.

Ein Tag der Zukunft ziehst du auf am Horizont der Zeiten,
Wir seh'n mit ahnungsvollem Blick dich von den Bergen schreiten.
Gewaltig gehst du, Tag, einher im leuchtenden Gewande,
Und mächtig klingt dein Flügelschlag begeisternd in die Lande.

Es dröhnt dein Schritt, die Erde beb't,
Und wo ein Herz in Sorge lebt,
Kommst du, es zu befreien —
Begrüßt, du Tag des Maien!

Dich hat der erste Purpurschein nach düst'rer Nacht geboren,
Darum hast du als Fackel dir die Sonne auserkoren;
Du sendest blendendhell den Strahl als gold'nen Hoffnungsschimmer
Dichtbringend in die finstre Noth, ins allerärmste Zimmer.

Aus seinem Schlaf schreckt auf der Knecht;
Du treibst ihn zürnend ins Gefecht,
Zu streben mit den Freien —
Begrüßt, du Tag des Maien!

Mit Sang und Saitenspiel voraus, daß er den Weg dir bahne,
Trägt jauchzend dir der junge Lenz die sieggewohnte Fahne.
Du tauchtest sie ins Morgenroth beim Schimmer der Gestirne,
Da legte dir den Blütenkranz der Frühling um die Stirne.

Die Lerche sang ihr erstes Lied:
Hervor, hervor, ihr Herzen müd!
Euch will den Kranz ich weihen —
Begrüßt, du Tag des Maien!

Du ruffst die Arbeit auf den Plan, willst strenge Heerschau halten,
Und deinem Banner jubelnd nah'n die Jungen und die Alten.
Nach deinem Lichte drängen sie — millionenfaches Streben!
Da soll der Freiheit jede Hand zum Schwure sich erheben.

Aus düsterer Fabriken Nacht,
Aus Gruben, Hütten, tiefem Schacht
Klingt's wie in Melodeien:
Begrüßt, du Tag des Maien!

Soweit dein azurblaues Zelt unendlich zieht die Wogen,
Gehst ein Gedanke durch die Welt in brandungsvollem Wogen.
In seinem Kampfesruhe lebt ein sehndes Verlangen:
Nach dir, du holder Maientag, und deinem Blütenprangen!

Es reicht die Arbeit sich die Hand:
Wir haben all' ein Vaterland
Und nicht's soll uns entzweien! —
Begrüßt, du Tag des Maien!

Ein Tag der Zukunft ziehst du auf am Horizont der Zeiten;
Wir sehen mit dem Flammenschwert dich von den Bergen schreiten.
Auf deinem Haupte ruht ein Kranz von frischbehaarten Rosen,
Mit deinem Banner Morgenroth und Frühlingstürme lösen.

Du hebst zum Licht den blanken Stahl:
Ein Ende hat auch eure Qual,
Ich werde euch befreien — — —
Begrüßt, du Tag des Maien! Ernst Preetzang.

Die Fortschritte der Achtstundigen-Bewegung in Theorie und Praxis.

Hat unsere bisherige Agitation Früchte gezeitigt? Entsprechen die erreichten Resultate den gemachten Anstrengungen? — Auf diese Fragen, welche sich mit recht das internationale Proletariat nach einer intensiven Agitation heute, am Festtage der Arbeit, vorlegen darf, kann die Antwort nicht zweifelhaft sein. Die Fortschritte und Erfolge der Achtstundigen-Bewegung lassen sich nicht leugnen. Zunächst, die Massen, welche sich aufs neue vereinigten um mit derselben jugendlichen Begeisterung und Einmütigkeit wie ehemals für die Verkürzung der Arbeitszeit zu demonstrieren, haben etwas erreicht: Theoretisch, indem sie die ethischen und vorurtheilsfreien Vertreter der bürgerlichen Wissenschaft zwangen, jene proletarische Forderung zu prüfen und sie im Interesse der Wahrheit und Wissenschaft gegen die Sophistik ihrer eigenen Klasse zu verteidigen; — praktisch, indem sie in vielen Staaten, sei es durch Landes-Gesetzgebung, Gemeindebeschlüsse oder durch das Mittel des gewerkschaftlichen Kampfes in einer ganzen Reihe von Gewerben eine thatsächliche Reduktion der Arbeitszeit erzielten.

Der nächste mittelbare Fortschritt der Achtstundigenbewegung liegt darin, daß immer größere, früher indifferente Arbeitermassen sich ihr angeschlossen haben. Auf allen internationalen, nationalen und regionalen Kongressen hat man sich auf den Boden des Pariser Beschlusses von 1889 gestellt. Der passive Widerstand, den jene Forderung in gewissen Schichten des Proletariats bisher fand, schwindet. Die Idee der Verkürzung der Arbeitszeit macht nicht Halt vor konfessionellen, noch nationalen oder beruflichen Schranken. Gleichwohl unter dem Druck des Proletariatswillens die höchsten Staatsrepräsentanten und Würdenträger sich gezwungen sahen, sich mit ihr zu befassen, so in ihrer beschränkteren Nachprüfungs die Vorsitzenden der kirchlichen und gewerblichen Sonderorganisationen. Auf dem evangelisch-sozialen Kongress (Pflingsten 1894) sprachen sich Teilnehmer für Verkürzung der Arbeitszeit aus. Der Katholikentag in Köln (August 1894) sprach die Erwartung aus, „daß die Reichsregierung auf die Verkürzung der Arbeitszeit Bedacht nehme“. Der christliche Bergarbeiter-Kongress (August 1894 in Offen) erhebt die Forderung nach Einschränkung der Schichtdauer. Und die zahllose aller deutschen Arbeiterorganisationen — der Dirsch-Duncker'sche Gewerksverein — verlangt in einer Petition an den Reichstag (1894), daß im allgemeinen eine neunstündige Arbeitszeit und in Bergwerken und anderen gesundheitsgefährlichen Betrieben die achtstündige Arbeitszeit einzuführen sei. — Diese wenigen Beispiele, welche allein die Geschichte des letzten Jahres und liefert, beweisen das wachsende Verständnis auch der indifferentesten Arbeitermassen für die Frage, welche heute von neuem das kämpfende Proletariat bewegt.

Die Regierungen fast aller industriellen Länder haben die einmütige Forderung nach Reduktion der Arbeitszeit beachten müssen. Die sogenannten Arbeiterschutz-Gesetze — fast alle neueren Datums — sind ein Beweis dafür. Trotz ihrer Unzulänglichkeit und ihrer mangelhaften Durchführung darf man ihre auf die Arbeitsdauer bezüglichen Bestimmungen als einen Schritt auf dem Wege zur Normierung eines allgemeinen Normalarbeitstages betrachten. Die Gesamtsumme der durch sie direkt oder indirekt verkürzten Arbeitszeit ist nicht unbedeutend.

Durch das deutsche Arbeiterschutz-Gesetz vom Juli 1891 wurde nach einer auf Grund der Gewerbeinspektions-Berichte des Jahres 1890 verfaßten Statistik bisher für 219 871 jugendliche Arbeiter die tägliche Arbeitszeit auf 10 Stunden und für 616 620 erwachsene Arbeiterinnen auf 11 Stunden beschränkt. Dazu kommt die Normierung der Dauer der täglichen Arbeitszeit für Kinder unter 14 Jahren auf 6 Stunden, die Beschränkung der Sonntagsarbeit in allen Zweigen des Handelsgewerbes auf 5 Stunden und so weiter. — Maßnahmen deren endgiltige Durchführung gleichfalls eine nicht unbedeutliche Summe täglicher oder wöchentlicher Arbeitsverkürzung in sich schließt. — Die Anwendung der bezüglichen Bestimmungen des französischen Arbeiterschutzgesetzes vom 2. November 1892, des belgischen vom 18. Dezember 1889, des holländischen von 1890 führte in den betreffenden Ländern zu ähnlichen Ergebnissen. Uebrigens, namentlich in England mit seinem weitgehenden Arbeiterschutz und in der Schweiz mit der fortwährenden Unterstellung weiterer Betriebe unter das Fabrikgesetz und der Schaffung besonderer Schutzgesetze seitens der Kantons wurde die Arbeitszeit effektiv verkürzt. Wenn dabei allerdings so lange, als die gesetzliche Fixierung der Arbeitsdauer auf die Handindustrie keine Anwendung findet, die letztere mit ihrer unregelmäßigen Arbeitsdauer begünstigt wird, so brachten andererseits jene Maßnahmen auch solchen Arbeitern Vorteile, für welche sie nicht getroffen wurden. Fast einstimmig berichten deutsche, schweizerische, österreichische, französische Gewerbe-Inspektoren, daß die Beschränkung der Arbeitszeit für Frauen und jugendliche Arbeiter schon aus betriebswirtschaftlichen Gründen in vielen Fällen auch eine Verkürzung der Arbeitszeit für erwachsene männliche Arbeiter zur Folge gehabt hat.

Der 1. Mai.

Hell strahlt vom Himmel die Sonne nieder
Mit des Frühlings warmem, belebendem Hauch;
Auch das menschliche Herz, es regt sich wieder
Und sehnt sich hinaus aus der Großstadt Rauch.
Hinaus aus der Häuser steinernem Meer
Mit seiner athembeklemmenden Luft,
Hinaus aus der Schlote qualmendem Meer,
Aus der todten, gefühllosen, kalten Grust:
Hinaus in die herrliche freie Natur,
Wo Vogelsang und Blumenduft,
Wo auf der bunten, grünen Flur
Ein würziger Odem erfüllt die Luft. —
So sucht auch der Menschheit Geist sich hinaus
Aus Sklavensesseln und Ketten,
Aus alternder Ordnungen morschem Haus
Zu einer schöneren Zukunft zu retten,
Wo Frieden und Freude in holdem Verein,
Versöhnter Kräfte gewaltige Macht
Beglückenden Segen der Menschheit verleiht
Nach langer, finsterner, trüber Nacht.
Und von des Manzanare's Strande
Bis zu der Newa blauen Fluthen,
Von Londons nebligem Gewande
Bis zu Palermo's Sonnengluthen,
Von des Polarlichts funkelndem Rade
Bis zu der Donau stolzen Schiffen,
Und von Amerikas Gestade
Bis zu Australiens Klippenriffen:
Ein hohes Ziel bewegt auf's neue

In höherem Grade wurde den Forderungen der Arbeiter entsprochen durch Maßnahmen staatlicher und städtischer Verwaltungen.

Wenn wir von den Vereinigten Staaten, welche im Jahre 1888 für alle im Staatsdienst stehenden Arbeiter den Achtstundentag einführen, und von Australien, wo der letztere theils durch Gesetz, theils durch die Macht der gewerkschaftlichen Organisation in mehr als 60 Arbeitsbranchen durchgesetzt wurde, absehen, dann gebührt England das Verdienst, dem Verlangen nach Reduktion der Arbeitszeit am meisten entsprochen zu haben. Durch das bekannte Vorgehen der Regierung, in Staats-Betriebsstätten die Arbeitszeit zu beschränken, wurden schon über 40 000 Arbeitern mit ihren Familien die Vorteile des Achtstundentages gesichert. Die städtischen Arbeiter von London erzielten sich des gleichen Erfolges durch eine Verordnung des Londoner Grafschaftsraths vom Jahre 1891. Die besondere Bestimmung jener Verordnung, nach welcher auch die für die Stadt liefernden Privatunternehmer gehalten sind, eine den Söhlingen der Trades-Unions entsprechende Maximalarbeitszeit einzuhalten, wurde von 86 andern städtischen Gemeinden gleichfalls akzeptirt. — Von andern Ländern, in denen in einzelnen Gemeinden ebenfalls ein Maximalarbeitszeit für direkte oder indirekte in deren Diensten stehenden Arbeiter eingeführt wurde, nennen wir in erster Linie Holland, dann Belgien, Frankreich, die Schweiz und endlich Deutschland. In Oesterreich wurde im letzten Jahre auf dem Verordnungswege in Hohenbach (Böhmen) der Achtstundentag in den dortigen Eisenbahnwerkstätten probeweise eingeführt und in Lüttich (Belgien) legte die Kammer für Industrie und Handel die Arbeitszeit für Bergarbeiter auf 7½-8 Stunden fest.

Auch diese behördlichen Beschränkungen der Arbeitsdauer in städtischen und staatlichen Betrieben hatte sehr oft eine Reduktion der Arbeitszeit in privaten Betrieben zur Folge. Ein typisches Beispiel liefert Amsterdam, wo sofort nach Einführung des Maximalarbeitstages von 11 Stunden für städtische Arbeiter alle anderen Arbeiterkategorien durch Streiks das gleiche erlangten. Andererseits kam die individuelle Initiative der behördlichen zur Hilfe. Eine beträchtliche Reihe von einsichtigen Unternehmern führte theils aus geschäftlichen, theils aus humanitären Gründen in ihren Betrieben den Achtstundentag ein. Sie folgten damit den allgemeinen Zug nach Verkürzung der Arbeitszeit, der sich in allen Schichten des industriellen Proletariats manifestirt und in allen Ländern im wachsenden Maße das wirtschaftliche Leben und die innere Politik beeinflusst.

Am großen und ganzen machte die Idee des Achtstundentages unleugbar Fortschritte. In dem Maße, wie sich die Erkenntnis ihres Wertes, ihres stützlichen Inhalts und ihrer Konformität mit den Gesetzen der sozialen Entwicklung Bahn brach in den Kreisen der bürgerlichen Intelligenz, erprobte sich ihre Durchführbarkeit in der Praxis, gelangt sie zur Geltung im Reich der industriellen Realität. Aus den lustigen Höhen des Jorals ist sie in das erste Stadium der Verwirklichung getreten. Wohl hat sie noch heute die Masse der Unternehmer und alle konservativen Elemente der Gesellschaft gegen sich, doch ist sie gewachsen und erstarkt trotz ihnen. Das sie aber in nicht allzu langer Zeit auf allen Gebieten des industriellen Lebens vollendete Wirklichkeit sein wird, dafür wird die unerschütterliche Solidarität, der Wille und die Kraft des internationalen Proletariats sorgen.

Politische Uebersicht.

Berlin, 30. April.

Aus dem Reichstage. Vor fast leeren Bänken wurde heute über eine Regierungsvorlage verhandelt, wonach das 1887 ergangene Reichsgesetz über die Ernennung und Besoldung der Bürgermeister und Beigeordneten aufgehoben werden soll. Zwischen Bundesrath und Landesausschuss ist eine neue Gemeinde-Ordnung für die Reichsländer festgestellt, durch welche alle reaktionären Bestimmungen des Gesetzes von 1887 kontervirt und noch einige neue Forderungen für die Gemeinde-Autonomie dazu gethan werden.

Die Debatte, welche die ganze Sitzung ausfüllte, und an welcher sich besonders die Vertreter der Reichsländer, darunter auch unser Genosse Buech betheiligten, rollte wieder das ganze Elend auf, das auf den unter dem Diktaturparagrafen stehenden Provinzen Elsaß-Lothringen lastet.

Schließlich fand die Vorlage einstimmige Annahme. — Die Vertagung des Reichstages scheint ernstlich ins Auge gefaßt zu werden. Ein parlamentarischer Berichterstatter meldet das folgende:

Die Justizkommission des Reichstages hat den Gedanken angeregt, im Interesse der Erhaltung ihrer Vorarbeiten für die Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz und zur Strafprozess-Ordnung, nachdem Staatssekretär Niederding in seiner Erklärung auf diesen Ausweg hingewiesen

hatte, den Reichstag bis zum Herbst zu vertagen. An offizieller Stelle des Reichstages hat man sich bereits mit diesem Gedanken in wohlwollender Weise beschäftigt. Die Möglichkeit, den Reichstag länger als bis Pfingsten zusammen zu halten, gestaltet sich immer unwahrscheinlicher. Auf der anderen Seite halten die verbündeten Regierungen an der Absicht fest, das Borsegesetz und den Gesetzentwurf betreffend den unlauteren Wettbewerb noch vor Pfingsten dem Reichstage zugehen zu lassen.

Auch die „Kreuz-Zeitung“ vernimmt, daß man sich an offizieller Stelle des Reichstages bereits mit dem Gedanken einer Vertagung bis zum Herbst beschäftigt hat. Auch die „Post. Ztg.“ erzählt aus Reichstagskreisen, daß man beabsichtigt, den Reichstag am 27. Mai bis zum November zu vertagen. Erledigt werden soll bis dahin die Umsturzvorlage und wenn irgend möglich auch die Branntweinsteuer, die noch in der Kommission steht. Die Zuckersteuer und die Borse-reform-Vorlage gedenkt man wenigstens noch in die Kommission zu verweisen. —

Die Reichstags-Stichwahl im Kreise Weimar-Apolda zwischen Reichmuth (freil.) und Vandert (Soz.) findet am 9. Mai statt.

Zwei Wahlen zum Reichstage finden heute statt. In Lennep-Wettmann die Stichwahl zwischen unserem Genossen Meißt und dem Kandidaten der freisinnigen Volkspartei Fischbeck und eine Nachwahl im Kreise Ulm. Die Zahl der Stimmberechtigten beträgt im Kreise Lennep-Wettmann 43 862. Beim ersten Wahlgang haben 28 824, also ungefähr zwei Drittel der Berechtigten, gestimmt. Es wurden abgegeben Stimmen für den sozialistischen Kandidaten Meißt 13 148, für den Kandidaten der freisinnigen Volkspartei Fischbeck 4843, für den Kandidaten der Nationalliberalen und Freiconservativen Wählung 8945, für den Zentrums-kandidaten Stödel 8649, für den freiconservativen Kandidaten der Mittelstandsparteien Kemman 2328 und für den antisemitischen Kandidaten Wendlandt 884, während sich 17 Stimmen zerplitterten. Es sind also im ganzen 15 616 antisozialistische Stimmen abgegeben gegen 13 148 sozialistische, während 14 588 Wähler sich an dem ersten Wahlgang nicht betheiligten.

Bei der Hauptwahl in Geislingen-Heidenheim-Ulm erhielt der nationalliberale Kandidat 10 883, der Volksparteier 5980, der Zentrums-kandidat 1644 und der Sozialdemokrat 2697 Stimmen.

Ueber die Ergebnisse der Wahlen finden unsere Leser die ersten Nachrichten unter den Depeschen. —

Die Nationalliberalen und die Umsturzvorlage. Wieder ist eine Reihe von Rundgebungen nationalliberaler Körperschaften gegen die Umsturzvorlage erfolgt. Der Karlsruher nationalliberale Verein faßte eine Resolution folgenden Wortlauts:

„Die heutige Versammlung der nationalliberalen Partei in Karlsruhe erklärt die sogenannte Umsturzvorlage in der Gestalt, welche sie durch die Beschlässe der Reichstagskommission erhalten hat, für absolut unannehmbar und erhebt entschiedenen Protest gegen den Versuch, die Freiheit deutschen Geisteslebens, deutscher Kunst und Wissenschaft durch Polizei und Strafgesetze zu unterdrücken.“

Die Landesversammlung der nationalliberalen Partei der Provinz Hannover nahm folgende Erklärung gegen die Umsturzvorlage an:

1. Gegenüber den Bestrebungen, die sich auf den Umsturz der Grundlagen der gegenwärtigen staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung, Religion, Sitte und Kultur richten, bedarf es des festen Zusammenhaltens des Bürgerthums und des zielbewußten kraftvollen Vorgehens der Regierung. 2. Die von der Regierung eingebrachte Vorlage bot zwar trotz der Bedenken, welche sich wegen der freien Forschung und Kritik erhoben, nach mancher Richtung eine geeignete Grundlage für ausdrückliche Mitwirkung des Reichstages. Durch die Beschlässe der Kommission, in der die Herrschaftsgelüste des Zentrums den Sieg davontrugen, hat der Gesetzentwurf aber eine Gestalt erhalten, daß entschiedene Zurückweisung als unabweisbare Pflicht der nationalliberalen Partei erscheint. 3. Die Partei wird auch ferner die auf Erhaltung der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung gerichtete Politik der Regierung voll unterstützen, aber allen reaktionären und ultramontanen Versuchen, die Gesetzgebung zu Parteizwecken dienstbar zu machen, energisch entgegenzutreten. Sie wird sich immer bewußt bleiben, daß Strafgesetze und Repressivmaßnahmen nicht ausreichen, sondern daß ein unablässiger kräftiger Gebrauch der Geisteskräfte und unermüdeten Willens für die allgemeine Wohlfahrt Hauptmittel des Bürgerthums sind, um den

Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

Berliner Märztage.

Eine geschichtliche Erzählung von Michel Deutsch.

I.
Es war am 12. März, dem ersten Fastensonntage des Jahres 1848. Der Winter — einer der härtesten, die seit langer Zeit gewesen — lag in den letzten Zügen, siegreich hatten die brausenenden Vorboten des jungen Frühlings ihn zu Boden geschmettert. Durch die kalten Wipfel des Berliner Thiergartens jagte ein lauer Südwest und segte mit kräftigem Hauche die Straßen und Gassen der alten Residenz an der Spree, als ob er allen Unrath und Unverstand vergangener Zeiten mit einem Mal hinwegräumen wollte.

Von den Kirchthürmen der Stadt tönte in mannigfachen Durcheinander das Geläute der Glocken. Die Vormittagsandacht war zu Ende, und die Prediger kamen mit griedgrämlicher Miene aus den Gotteshäusern heraus. Sie hatten ihre Fastenweisheit vor halbleeren Bänken zum besten geben müssen und zürnten diesem gottlosen Volke von Berlin, das ihr Wort so gering achtete. Wie schön hätte das gerade für diesen Sonntag gepaßt, dessen Epistel, 2. Corinth. Kapitel 6, von Aufruh und Verführung, von Trübsal und Nöthen handelte — so recht ein Thema für diese ruhelosen, gewaltig erregten Tage, in denen die Throne wankten und die Minister stürzten und die Revolution wie ein wild tosender Ocean sich vom Westen her über den Erdtheil wälzte, immer näher und näher, immer bedrohlicher und gefährlicher. Wie günstig war die Gelegenheit, dieses Volk von Berlin noch einmal so recht eindringlich und liebevoll zu ermahnen und die alte Treue in ihm zu befestigen — ja, wenn es nur gekommen wäre!

Aber das war es eben: es kam nicht. Es hatte offenbar keine Zeit, die rednerischen Leistungen seiner Seelsorger zu bewundern. Anderes beschäftigte seinen Sinn in diesen schweren, bedeutungsvollen Tagen. Eine dumpfe, gewitter-schwüle Stimmung lag über der Bevölkerung von Berlin.

von den Umsturzparteien drohenden Gefahren zu begegnen und eine gesunde Entwicklung der politischen und sozialen Verhältnisse herbeizuführen.

Die Nationalliberalen in Heilbronn haben beschlossen, an den Reichstag eine Eingabe zu machen, die Umsturzvorlage abzulehnen, zumal in der Fassung, wie sie aus der Kommission hervorgegangen ist. Und ähnliche Meldungen nationalliberaler Proteste gegen das Umsturzgesetz der Regierung kommen noch aus vielen anderen Gegenden des Reichs. Man muß natürlich diese nationalliberalen „Proteste“ auf ihr richtiges Maß, ihre wirkliche Bedeutung zurückführen, und darf sich von diesen „Protesten“ nicht allzu sehr imponieren lassen. Interessant ist, was in dieser Hinsicht das führende nationalliberale Blatt, die „National-Ztg.“ schreibt:

Die Sozialdemokratie und ihre Beschützer möchten diese, größtenteils erst durch die, zuerst drohende und dann erfolgte Kriminalisierung des Entwurfs hervorgerufenen Demonstrationen so darstellen, als ob sie allesamt gegen das gesetzgebende Vorgehen wider die sozialrevolutionäre Agitation gerichtet wären; das ist aber nicht im entferntesten der Fall, und wir für unseren Teil beharren bei der prinzipiellen Billigung jenes gesetzgebenden Unternehmens mit den Vorbehalten, die betrefft die Formulierung von Anfang an gemacht worden. Der zweite Grund, um jetzt in den Hintergrund getretenen Streitpunkte nochmals zu berühren, liegt in dem, nach unserer Meinung nicht zu bezweifelnden Umstande, daß, wenn die „Umsturzvorlage“ gegenwärtig scheitert, die Ausgabe, welche durch sie wenigstens teilweise gelöst werden sollte, wiederkehren wird; auch im Hinblick darauf ist es nicht ratsam, die gesammte Erörterung nunmehr in der Stellungnahme zu den liberal-konservativen Kommissions-Beschlüssen aufgehen zu lassen.

Das haben wir längst gewußt, daß die Nationalliberalen jedes Vorgehen gegen die „sozialrevolutionäre Agitation“ billigten und sich an dem gegenwärtig dem Reichstag vorliegenden Umsturzgesetz nur kleiner, unwesentlicher Punkte wegen stoßen. Es ist deswegen eine ganz bewußte Unwahrheit, wenn die „National-Zeitung“ behauptet, die Sozialdemokraten sähen in den nationalliberalen „Protesten“ Demonstrationen gegen die Umsturzgesetzgebung überhaupt. Speziell wir haben von Anfang an, als die ersten Nachrichten über diese nationalliberale Agitation gegen das Umsturzgesetz in die Öffentlichkeit drangen, davon hingewiesen, daß gerade die Nationalliberalen es waren, die am allerlautesten nach dem Umsturzgesetz gerufen haben, daß sie sogar mit Freude ein wirkliches Sozialistengesetz gutheißen würden, und gegen das vorliegende nur deswegen agitieren, weil es seine Spitze ab und zu einmal gegen ihre eigenen Leute richten könnte.

Mit polizeilicher Heberwachung droht die „Kreuz-Zeitung“ der Berliner Stadtverordneten-Versammlung. Als Erziehungsmittel für den Freisinn würde dieses Mittelchen ganz nützlich sein. Auch die Wirkung dieser Maßregel würde die entgegengesetzte sein von der, welche die Reaktionen erhoffen.

Der Zentralausschuß der freisinnigen Volkspartei ist auf den 4. Mai nach Berlin einberufen. Die Tagesordnung für die Sitzung ist noch nicht festgesetzt.

Wieviel Umzugskosten erhält ein höherer Beamter? Wir entnehmen einem amtlichen Aktenstück folgende Zahlen aus dem Etatsjahre 1898/1899. Freiherr v. Saurma-Weitz wurde von Stuttgart als Volschalter nach Washington berufen. Die ihm zur Bestreitung seiner Ueberstellung aus der Reichskasse gezahlten Gelder erreichten das nette Summen von 25 392 M. 86 Pf. Diese Summe setzt sich zusammen aus:

Allgemeine Umzugskosten 16 000.— M.
Fahrtkosten für seine Person 1 067,85 „
Fahrtkosten für Familienmitglieder und
Dienftboten 8 211,20 „
Transportkosten für die Möbel u. s. w. 4 099,97 „
Ersatz der Wohnungsmiete für die Zeit
vom 29. Juni bis 31. August 1898 in
Stuttgart 1 044,44 „

Als Herr von Bälou zum Volschalter ernannt wurde, erhielt er als Umzugskosten für seine Reise von Bukarest nach Rom: 19 766,79 M. Die Beförderung eines anderen Herrn v. Bälou, der zum Ministerpräsidenten in Luxemburg ernannt wurde, kostete das Deutsche Reich für die Ueberstellung von Petersburg nach Luxemburg: 15 452,02 M. — Wichtige Reisen. —

Mager und bleich kam der Proletarier aus seiner elenden Vorstadtwohnung hervor, um zu sehen, was der Frühling ihm brächte. Es war ein böser Winter, der hinter ihm lag — ein harter, hungriger Winter, der gehörig ausgeräumt hatte unter den Kindern des Glends. Zwei arge Missetaten waren vorausgegangen. Noth und Entbehrung hatten dem Antlitz des arbeitenden Volkes ihren unheimlichen Stempel so deutlich aufgeprägt, daß selbst die oberen Zehntausend, die sonst ihr Gesicht vor dem Anblick der Armut verhielten, bedenklich zu werden und ganz wider Gewohnheit über die Lage der Dinge nachzusinnen begannen. Die Arbeitslosigkeit hatte einen Umfang angenommen, wie man es in Berlin noch niemals erlebt hatte. Tausende und aber-tausende von fröhlichen Armen waren zur Unthätigkeit verurtheilt, und wo noch gearbeitet wurde, da waren die Löhne so läglich, daß sie zur Bestreitung der nothwendigsten Lebensbedürfnisse kaum ausreichten.

Wie das Frühjahr in diesen traurigen Dingen einen Wandel schaffen? Das war die Frage, die man auf den Gesichtern dieser Aermsten der Armen lesen konnte. Die Ausichten auf die Zukunft waren die denkbar schmerzhaftesten. Dunkle Gerüchte waren verbreitet, nach denen die Regierung den Beschluß gefaßt hätte, die Arbeit bei den staatlichen Bauten und sonstigen Unternehmungen einzustellen. Die großen Fabriken von Borsig, Egells, Goldschmidt u. s. w. hatten bereits hunderte von Arbeitern entlassen, und neue Entlassungen standen bevor. Der Staat hatte den Unternehmern eine Entschädigung versprochen, wenn sie mit den Entlassungen noch einhielten, aber die Männer des Kapitals gaben nicht viel auf diese Versprechungen, denn sie wußten nur zu genau, daß die Staatskasse leer war. Sie hatten ein paar Jahre vorher jenen berühmten „Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen“ mit begründet helfen, der immer noch vergeblich in den Vorjahren der Minister und Postarzen um endliche Auszahlung der fünfzehntausend Thaler herumbettelte, welche diesem todgeborenen Kinde von hoher Stelle als Pothengeldchen waren versprochen worden. Nicht fünfzehntausend Thaler trieb man auf für das Wohl der arbeitenden Klassen, die von Hunger und Glend, von Entbehrung und Krankheit ans bitterste heimgeführt waren.

Der Handwerker, der Krämer, der kleine Geschäftsmann, kurz alle die, welche unmittelbar von den Erträgen des arbeitenden Volkes lebten, jammerten laut über die schrecklichen Zeiten. Die ehrbaren fetten Spielbürger, die

Kredit für den Mittelstand. Die Abgeordneten Dr. Wendt und Gen. haben im Abgeordnetenhause zu dem Antrag des Abgeordneten v. Mendel-Steinfels den Antrag eingebracht, die königliche Staatsregierung zu ersuchen, dem Landtage baldmöglichst eine Vorlage wegen Errichtung einer staatlichen Zentral-Kreditanstalt zu machen, welcher die Aufgabe zugewiesen ist, die Kreditbedürfnisse der produktiven Gewerbe, insbesondere des kleineren Grundbesitzes und des Handwerkerhandels zu möglichst billigem Zinsfuß zu befriedigen und zu diesem Zweck auch die von kommunalen Korporationen ins Leben gerufenen Kreditanstalten, sowie die auf dem Prinzip der Selbsthilfe und der Selbstverwaltung beruhenden Kreditgenossenschaften durch Gewährung möglichst niedrig verzinslicher Darlehen zu unterstützen.

Freiherr von Hammerstein hat eine bei ihm sonst nicht übliche, wenig energische Art, die ihn betreffenden Gerüchte zu dementieren. So schreibt heute die „Kreuz-Zeitung“:

Das „Berliner Tageblatt“ hat wieder einmal „von zuverlässiger Seite“ erfahren, daß Herr v. Hammerstein am 1. Juli seine Stellung als Chefredakteur der „Kreuz-Zeitung“ verläßt. Es wäre doch sehr zu wünschen, daß das genannte Blatt endlich einmal seine „zuverlässige“ Quelle nennen möchte.

Auch uns ging die gleiche Nachricht aus vorzüglicher Quelle zu. Wir nahmen aber davon keine Notiz, da unsere Leser es erwarten können, am 1. Juli d. J. einen anderen Junter als Chefredakteur die „Kreuz-Ztg.“ zeichnen zu sehen.

Die Freiheit der Meinung in der katholischen Kirche wird durch die folgende Mitteilung der „Frankfurter Ztg.“ trefflich illustriert:

Eine Maßregelung macht in Bayern viel von sich reden. In einer Versammlung zu Auerbach wurde dem Abgeordneten für Fuchsmühl, dem zum Zentrum gehörenden Lehner ein Mißtrauensvotum erteilt. In der Versammlung trat ein junger Geistlicher, ein Kaplan Würzberger, auf, der dem Zentrum rückhaltlos den Spiegel seiner zahlreichen Sünden vorhielt, angeleitet durch die Ergebnisse in dem nahen Fuchsmühl. Der Bischof von Bamberg hat daraufhin den Geistlichen sofort strafversehen lassen.

Für einen schweren Geldsack ist ein Parlamentsmandat in deutschen Landen frei, wie aus dem folgenden Inserat des „Hamb. Korrespondenten“ zu ersehen ist:

Am 8. Mai, vormittags 11 Uhr, findet in Goldberg die Zwangsversteigerung des Rittergutes Bräg in Medlenburg statt. Es folgt sodann eine Beschreibung des Gutes, in welcher zur Empfehlung desselben gesagt wird: „Mit dem Besitze des Gutes ist ein Sitz in der Landesvertretung verbunden.“

Eine schärfere Kritik der patriarchalischen Verfassungszustände im Lande des Ochsenkopfes ist nicht denkbar. Einen Kommentar zu diesem Inserat können wir unseren Lesern ersparen.

Von der preussisch-russischen Grenze. Aus Thorn wird gemeldet: Die bei Kreuzschwitz von russischen Grenzsoldaten festgenommenen zwei Personen sind auf freien Fuß gesetzt und bei Dittloschin ausgeliefert worden.

Zum Gouverneur von Deutsch-Ostafrika wurde Wismann ernannt. Nun wird es wieder schneidig in der Kolonie zugehen.

Arbeiterstatistik in Oesterreich. Eine Regierungsvorlage über die Arbeiterstatistik beschäftigt jetzt den Gewerbe-Ausschuß des österreichischen Abgeordnetenhauses. Derselbe befaßt sich im Gegensatz zu dem Regulatorio der deutschen Reichskommission für Arbeiterstatistik, die Erhebung der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in den Arbeitsbereich des arbeitsstatistischen Amtes.

Die übliche Maibombe explodirte, wenn auch diesmal etwas verspätet, in Belgien. Aus Brüssel wird hierüber gemeldet: In der Nacht vom 28. auf den 29. April explodirte eine Bombe auf der Schwelle der Missionar-Klosterkirche in Schent bei Brüssel. Die Fällung der Kirchenhülle wurde fortgerissen, im übrigen wurde kein weiterer Schaden angerichtet. Die Gerichtsbehörden haben die Untersuchung eingeleitet.

Serbisches. Aus Belgrad wird der „Köln. Ztg.“ gemeldet: Sämtliche Berichterstatter der serbischen Oppositionsparteien sind aus Belgrad abgezogen worden. Das Hauptorgan der Radikalen, Objel, hatte den gewesenen Sektionschef Dr. Stojan Prolich dorthin gefandt; dieser wurde kurz nach seiner Ankunft von dem Präsesiten und drei Gendarmen aus seiner Wohnung gezerrt, an den Bahnhof geführt und mit Gendarmen nach Belgrad gebracht. Sämtliche Blätter protestieren einmüthig gegen solches Verfahren. Objel erklärt in einem Leitartikel, die aus Beamten und Panduren (Gendarmen) bestehende Stupischina

auf dem alten Rathhaus am Köllnischen Fischmarkt das große Wort führten, rathschlagten hin und her, wie sie durch irgend ein Zaubermittel, das ihnen nicht an den Beutel griff, dem allgemeinen Nothstand ein Ende machen könnten. Lange genug hatten sie sich entzweit über den beständig wachsenden Zug von auswärtig, über die wenigen polizeilichen Erleichterungen im Handwerk, welche sie hochtönend „Gewerbefreiheit“ nannten, über die mangelnde Gottesfurcht, die überhand nehmende Wettelei, die wilden Ehen, die schlechte Kinderzucht, Völlerei und andere Laster der unteren Bevölkerungsschichten.

Jetzt mußte endlich etwas Greifbares geschehen, und so tiefen sie denn Anfang März mit großem Geschrei eine „Arbeitsnachweisungs-Anstalt“ ins Leben. Von den sieben-tausend Arbeitslosen aber, die bereits am ersten Tage Beschäftigung nachgesucht hatten, war nur ein einziger untergebracht worden. Nur einer von Siebentausend — diese eine Thatsache, die von Mund zu Mund ging, wirkte anregender als hundert revolutionäre Proklamationen.

So stand es um das Volk von Berlin an jenem ersten Fastensonntag des Jahres 48. Aber auch die „besseren“ und „besten“ Kreise der Residenz waren in jener verhängnis-vollen Zeit nicht auf Rosen gebettet. Das Gemüth des biederen Bürgersmannes befaß sich in einem merkwürdig unbehaglichen Zwitterzustande, der ihn seines Lebens nicht froh werden ließ. Täglich kamen neue Nachrichten über den Sieg, den die Sache des Bürgerthums, des dritten Standes, des Volkes allenthalben davontrug, doch der gute Berliner Spielbürger wußte wirklich nicht, ob er sich über diese Nachrichten freuen oder beunruhigen sollte. Auf der einen Seite spürte er wohl, daß die Stunde gekommen war, in der er dem Absolutismus und seinem Anhang ein paar Jugeständnisse abpressen konnte, allein auf der andern Seite fürchtete er die hungertigen Massen, die mit ihrem lauten Rufe nach Brot seinem Geldbeutel gefährlich werden konnten. So schaukelte er mit der läppischen Unsicherheit des Tanzbären zwischen links und rechts hin und her, bettelte auf der einen Seite allerunterthänigst um Preis-, Rauch- und Befreiheit und neigte auf der andern Seite heimlich seinen Säbel, um ihn gegebenenfalls an den Knochen des hungernden Volkes zu probiren.

Die herrschenden Gewalten aber wollten den zweideutigen Beteuerungen des Bürgerthums nicht recht trauen. Wie denn? War man nicht mehr das stramme, soldatenrothe

werde das Finanzabkommen annehmen: die serbische Nation aber behalte sich das Recht vor, diesen Beschluß einer gründlichen Revision zu unterziehen.

Abgeordnetenkreis in Annähen. Die liberalen Abgeordneten der rumänischen Kammer und des Senats haben wegen angeblicher Verfassungsverletzung der Handlungen der Regierung und der Majorität ihre Mandate niedergelegt.

Die Wahlen in Griechenland erlaben eine erdrückende Majorität für Delgannis. 140 von 207 Abgeordneten betrachten ihn als Führer. Vor den Wahlen hat Delgannis Ordnung des Staatshaushaltes, Bezahlung der Schulden u. versprochen. Jetzt wird er davon wohl wieder vergessen haben.

Die Korruption in Russland. Eine amtliche Untersuchung hat ergeben, daß beim Bau der sibirischen Eisenbahn infolge von Verschleuderungen und Unregelmäßigkeiten ein Schaden von zirka 83 Millionen erwachsen ist.

Zum cubanischen Aufstande liegt heute die Meldung von zwei Niederlagen der Aufständischen vor.

Nicaragua. Wie in Washington verlautet, ist eine gütliche Lösung in dem Nicaragua-Zwischenfall binnen 24 oder 48 Stunden wahrscheinlich, sobald die britischen Truppen von Corinto zurückgezogen werden. Die europäischen Konsuln sind bemüht, den Zwischenfall beizulegen.

Die Aktion der „Vereinigten Staaten von Europa“ erscheint unsso unerklärlicher, je mehr sogenannte Aufklärungen die offiziöse Presse darüber gibt oder zu geben versucht. Charakteristisch sind die beiden, allerdings von den Offiziösen bestrittenen, aber aus besserer Quelle stammenden Mittheilungen, daß die deutsche Reichsregierung die Initiative zu dieser „Aktion“ ergriffen habe, und daß der Reichskanzler, was ja nicht das erste Mal wäre, durch die Aktion überrascht worden sei. Beide Thatsachen heben in so vollständiger Harmonie mit dem Hitzaktus, entsprechen seinem Wesen so genau, daß schon die innere organische Wahrscheinlichkeit uns an die Möglichkeit glauben ließe, auch wenn die Mittheilung nicht so voll verbürgt wäre.

Die Verlogenheit der offiziösen Presse ist so offen-bar, daß sie auch dem unkritischsten Kopf auffallen muß. Nicht einmal Pindler der Zweite hat einen ernstlichen Versuch zur Begründung des Vorgehens gewagt. Deutschland, das Ausland zum Vorgehen in Asien antreibt! Was ob Ausland eines Antriebers bedürft hätte! Nur eins wagt Pindler der Zweite, nämlich den Nachweis, daß die Japaner vor Deutschland eine eisenföhlige Angst und von England eine sehr geringe Meinung hätten! Es giebt Schädel, in denen die Welt sich gar sonderbar abspiegelt.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt heute in der bekannten offiziösen Schrift:

Nach den über den japanisch-chinesischen Friedensschluß bisher bekannt gewordenen Nachrichten ist der Austausch der Ratifikationen desselben auf den 8. Mai in Tschifu festgesetzt worden. Dies würde die Ahsendung des Ratifikationsdokuments von Peking am 2. oder 3. Mai bedingen.

Für die japanische Regierung dürfte es keinen Vortheil bieten, auf der Einhaltung des Ratifikationsstermins zu bestehen, da die Bedenken der drei Mächte gegen den Vertrag nach der Ratifikation dieselben bleiben werden wie vor diesem Schritte.

Die „Politische Korrespondenz“ meldet aus Petersburg: Die diplomatische Note an Japan betrefft der russischen Forderung ist in entschiedenem Tone gehalten. Außerdem erklärte der Minister des Auswärtigen Fürst Lobanow dem japanischen Gesandten, daß er keine Rücksicht auf die Befürchtungen der japanischen Regierung nehmen könne, daß nämlich in Japan ein Volksaufstand entstehen könnte, falls das japanische Kabinett den Forderungen Russlands, Frankreichs und Deutschlands nachkäme.

Reuter's Bureau“ erzählt aus guter Quelle, daß Japan auf die Vorstellungen Deutschlands, Russlands und Frankreichs noch nicht geantwortet hat, daß die Antwort aber in einigen Tagen erwartet werde.

Mit Bezug auf die Lage der Ostasiatischen Frage wird gemeldet, daß die Regierung der Vereinigten Staaten den Mächten die Mittelstellung gemacht habe, es sei ihre unabänderliche Politik, keine Bündnisse einzugehen, welche geeignet wären, Verwickelungen in Europa und Asien herbeizuführen, und nur insoweit eine Ausnahme zu machen, als sie in freundschaftlicher Weise ihre guten Dienste anbieten könne zur Lösung des Konfliktes zwischen den Mächten Ostasien.

Wie ferner verlautet, bewegte sich die Politik der englischen Regierung von jeher in derselben Richtung. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika anlangend, werde ein etwaiges Zu-

Preußen, das Land der eisernen, keinen Widerspruch leidenden Disziplin, daß dieses bürgerliche Pack sich solche Kerkheiten herausnahm? Hatte man nicht, das Gardekorps ungerechnet, in jeder Provinz ein tapferes Armeekorps stehen, das auf einen Wink seines Königs bereit war, sich mit Todesverachtung auf die inneren Feinde so gut wie auf die äußeren zu stürzen? Das wäre doch der Anruf, daß man sich von dieser anspruchsvollen Plebejergesellschaft einschüchtern lassen sollte!

Und so begann man in aller Eile Truppen in der Nähe von Berlin zusammen zu ziehen, zehntausend, zwanzig-tausend Mann, und der Prinz von Preußen fuhr von Kaserne zu Kaserne und hielt kräftige Ansprachen über „bevorstehende Kämpfe“, über „treues Ansharren“ u. s., um nach dreiunddreißigjährigem Friedensdienste den kriegerischen Geist in Offizieren und Mannschaften von neuem zu beleben.

Kein Mensch wußte, gegen wen es gehen sollte. Die einen sagten, gegen Frankreich, das im Februar seinen „Bürgerkönig“ Louis Philipp verjagt hatte und, wie es hieß, nach dem linken Rheinufer lechzte. Die anderen meinten, es gelte der Schweiz, die den Abfall des Kantons Neuchâtel (Neuenburg) von der Krone Preußens unterstützt haben sollte. Die dritten endlich versicherten, es gehe gegen das Rheinland, in dessen Gebiet die Revolution bereits ihr Haupt erhoben hatte. Niemand vermochte etwas Gewisses anzugeben, so viel nur empfand jedermann, daß etwas Ungewöhnliches sich vorbereitete, daß eine Spannung gleichsam in der Luft lag, deren Entladung unmittelbar bevorstand.

Die Berliner Kriegsvorreserve war zur Fahne einberufen worden und sollte am 12. März zu den Regimentern abgehen. Ein reges Leben wogte in den Straßen auf und ab, überall begegnete man Gruppen von Leuten, die irgend einem Angehörigen, einem Bruder, Sohn oder Gatten das Geleit gaben. Unter Klagen und Thränen nahm man Abschied — vielleicht auf Nimmerwiedersehen, wer konnte es wissen? Krieg! Welch ein fürchtbares Wort! Aus-tausend kleinen Meuschenkreisen rief es die besten Männer, die kräftigsten Arme hinweg. — Krieg — gegen wen, und wofür? Niemand wollte und niemand konnte es sagen. Und so gingen sie hin ins Ungewisse und ließen die Jhrtigen zurück in Gram undummer

(Fortsetzung folgt.)

... mit denselben nur stattfinden, soweit solches auf freundschaftlichem Wege und im Interesse aller Beteiligten geschehen könne. Auf alle Fälle werde sie sich auf ein Bündnis oder auf Verwickelungen nicht einlassen, welche die Anwendung von Gewaltmaßnahmen mit sich bringen könnten. —

Der Vollständigkeit wegen registrieren wir folgende aus italienischen Blättern entnommene Meldung des Bureau "Serold":

Die deutsche Regierung hat, wahrscheinlich im Hinblick auf mögliche Komplikationen in Ostasien, in Wien und Rom für die unverzügliche Erneuerung des Dreibunds auf weitere sechs Jahre interveniert. —

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschafts-Kommission unterbreitet den am Vormittage des 1. Maitagenden Versammlungen folgenden Vorschlag zu einer Resolution:

Die heute am 1. Mai 1895 in Berlin an der Maifeier Teilnehmenden fordern aufs neue in Uebereinstimmung mit den Arbeitern aller Länder auf Grund der Beschlüsse der internationalen Kongresse die gesetzliche Einführung des Achtstundentages, die Beseitigung der Kinderarbeit; besonderen Schutz der weiblichen Arbeitskraft; überhaupt durchgreifenden Arbeiterschutz.

Auf das entschiedenste protestieren die Versammelten gegen die Absicht der Regierung, die schon winzigen politischen Rechte der Arbeiterklasse durch Gesetze gegen den "Umsturz" weiter zu beschneiden und der Arbeiterbewegung durch vereinsgesetzliche Maßnahmen die Bewegungsfreiheit gänzlich zu nehmen. Die Versammlung erblickt in diesen Bestrebungen der herrschenden politischen Mächte den Ausfluss des Klassencharakters der heutigen Gesellschaft, in der jede, auch die berechtigste Forderung der Arbeiterklasse dem Haß und der Verfolgung ausgesetzt ist.

Des weiteren erklären sich die Versammelten solidarisch mit den Arbeitern aller Länder. — Feinde jedes Nationalitätshasses, der die Völker entweit und den Militarismus zu neuen, für die Arbeiterklasse drückenden Forderungen anreizt, wollen wir, die für die Befreiung der Menschheit kämpfenden Proletarier, Frieden und Eintracht unter die Völker bringen.

Zum Schluss entsenden die Versammelten brüderliche Grüße an die zur Bekundung der Solidarität heute, am 1. Mai versammelten Arbeiter der ganzen Welt.

Parteinachrichten.

Maifeier. In allgewohnter Gemüthlichkeit haben die Amtshauptmannschaften von Dresden-Altsadt und Dresden-Neustadt für den 1. Mai "alle öffentlichen Auf- und Umzüge, An- und Versammlungen auf Straßen und Plätzen oder sonst im Freien" und die "sogenannten Massenspiezergänge, auch wenn sie nur gruppenweise und ohne feste Gliederung sich bewegen", verboten. Trotz dieses Verbotes wird den Ostgezeiten in Elbflorenz die Wunde nicht weniger schmerzen, die ihnen der sozialdemokratische Woblsieg in Dresden-Land gefolgt hat.

Die Polizeiverwaltung in Halle kann es begrifflicher Weise auch nicht verantworten, daß die Arbeiter am 1. Mai einen öffentlichen Umzug durch die Stadt vornehmen. Sie verbietet ihm, weil aus der Abhaltung dieses Aufzuges eine Gefahr für die öffentliche Ordnung, insbesondere den Verkehr, zu befürchten steht. Bei dem riesenhaften Verkehr, der gerade die Weltstadt Halle durchflutet, wird natürlich höchstens ein Sozialdemokrat den Werth dieses Grundes bezweifeln.

In Frankfurt a. M. ist die Benutzung der großen Halle der vereinigten Brauereien am Heimerweg untersagt worden. Angenehmer als diese Nachricht ist, daß eine Anzahl Fabrikanten den Arbeitern die Arbeitsruhe am 1. Mai freigestellt haben. Ein Tischlermeister — Sprenger ist der Name des Wackeren — schließt sogar auf Wunsch der Arbeiter sein Geschäft für diesen Tag.

Durch nichts weniger als Wohlwollen für die Arbeiter zeichnet sich dagegen eine in Lübeck zu Lande gekommene Vereinigung "größerer Arbeitgeber" aus, die den Beschluß gefaßt hat, am 1. Mai keinem Arbeiter Urlaub zu erteilen, sondern, wenn Arbeiter trotzdem feiern, diese zu entlassen. Die edeln "Brotgeber" hoffen auf diese Weise den Festzug zu vereiteln, der für den Nachmittag geplant ist. Natürlich werden sie mit ihrer freundlichen Absicht Schiffbruch leiden.

Durch viele tausende von Flugblättern haben unsere Parteigenossen von Hamburg und den Nachbarstädten sowie von Danzig die arbeitende Bevölkerung zur Teilnahme an den Maifestlichkeiten eingeladen.

Der Erlaß, wodurch der ungarische Minister die Maifeier im ganzen Lande verboten, hat folgenden Wortlaut: "Mit Rücksicht darauf, daß durch die Arbeiterfeste und Versammlungen am 1. Mai jene Arbeiter, welche ruhig zu arbeiten wünschen, in ihrem Tagewerk behindert und gezwungen werden, den Arbeitsvertrag zu brechen, hat einer meiner Amtsvorgänger schon im Jahre 1892 diese Arbeiterfeste und Versammlungen verboten, und ist dieses Verbot von Jahr zu Jahr ausrechterhalten worden. Nachdem die sozialdemokratischen Heterexen und Gewaltthätigkeiten gegenwärtig noch in größerem Maße fortgesetzt werden, verordne ich beabsichtigt Vermeidung der infolge dieser Heterexen leicht vorkommenden Unordnungen, daß den Arbeitern am 1. Mai keinerlei Umzüge, Aufzüge und sonstige derartige Straßenemonstrationen, noch aber Versammlungen — unter persönlicher Verantwortung der behördlichen Chefs — gestattet werden können. Inwiefern die Arbeiter an einem anderen Tage sich zu versammeln wünschen, so ist dies mit Einhaltung der bestehenden Vorschriften zu gestatten. Gegenwärtige Verordnung ist den Chefs der Behörden, den Polizei- Stadtthorpräsidenten mitzutheilen, und ist die pünktlichste Durchführung der Verordnung durch die Witzgepanne und die Bürgermeister zu kontrollieren. Von den getroffenen Maßnahmen und deren Ergebnis ist mir ausführlicher Bericht zu erstatten." — Selten ist eine frivole Regierungsmahregel mit größerem Aufwand von Unwahrheit zu begründen versucht worden, als es diesmal in Ungarn durch jenen Erlaß geschehen ist. Das Verbot der Maifeier hat unter der Arbeiterklasse denn auch einen wahren Sturm der Entrüstung erregt. Im ganzen Lande wird gegen die niederträchtige Maßregel in den schärfsten Worten Protest erhoben. Versammlungen in Budapest wurden deswegen aufgelöst, wobei sich die stilles Empörung der Arbeiter in stürmischen Auftritten Luft machte. Eine Proklamation, worin gegen das Verbot der Maifeier protestiert wird, wurde konfiszirt; die Verbreiter der Proklamation sollen vor Gericht gestellt werden. Aber damit löst man nicht den Schandfleck aus, den das Verbot der Maifeier in den Annalen der Geschichte Ungarns bedeutet.

Für den 1. Mai waren, wie schon berichtet worden ist, in Rußland militärische Vorkehrungen getroffen. Wie nun ein bürgerliches Blatt zu melden weiß, sind schon vor einigen Tagen in dem an Oberschlesien grenzenden russischen Industriebezirke 200 Kosaken eingetroffen und es ist angeordnet, daß mehrere Personen nicht auf der Straße zusammenstehen dürfen; nach 9 Uhr abends muß sich jeder Straßenpassant anordnen lassen. Damit erhält der Weltfeiertag der Arbeit ein Gepräge, das schärfer als alles andere den Gegensatz der modernen Welt wieder spiegelt: auf der einen Seite das nach Freiheit, Wissen und

Wohlfahrt für alle kämpfende intelligente arbeitende Volk, auf der anderen Seite halbasiatische Barbaren als Schützer und Schergen der in Egoismus und Dummheit erstarrten herrschenden Klassen und ihrer Organisation; des Klassenhaßes. Nur Thoren können hiernach glauben, daß der Sieg nicht den Arbeitern blühen werde!

Von der Maifest-Zeitung sind noch konfiszirt worden: in Orlitz ein beim Vertrauensmann Feine 2800 Exemplare (nach einer bürgerlichen Quelle 15 000) in Ultona ganze 12 und in Leipzig eine Partie. In Hamburg und Bremerhaven war der Liebe Müß vergebens, ebenso in Halle, wo die heilige Hermandad nichts fand, obwohl sie außer bei der Volksbuchhandlung auch noch in den Privatwohnungen der Parteigenossen Albrecht, Grothe und Mittag emsig nach der konfiszirten Schrift fahndete.

Aus dem Reichstags-Wahlkreise Lennep-Mettmann wird uns unter'm 29. April geschrieben: Der Wahlkampf wird von unseren Parteigenossen mit großem Nachdruck geführt. Gestern und heute sind 14 Versammlungen, in denen Reist, Landwehr, Schumacher, Pfannkuch, Landó, Lieblin, Welsch sprachen. Die gestrige Versammlung im Zelt bei Mettmann war, trotz der ungünstigen Witterung, von Tausenden aus der ganzen Umgegend besucht. Ueberhaupt sind alle Versammlungen überfüllt, und die Stimmung ist so begeistert, daß wir, obgleich die gegnerischen Parteien, mit Ausnahme der Agrarier, sich für den Fortschrittsmann erklärt haben, doch den Sieg mit Bestimmtheit erwarten können. Gegner röhren sich öffentlich fast gar nicht, sie arbeiten aber im Stillen, und haben uns in vielen Theilen des Wahlkreises die Lokale erfolgreich abgetrieben. Von Müß und Selbstvertrauen jengt das nicht.

Gegen die Zumuthung, der Reichstag solle um des Justarbefommens des bürgerlichen Gesetzbuches willen auf jede eingehende Beratung des Entwurfs verzichten, wendet sich ein juristischer Mitarbeiter der "Freien Presse" am Schlusse seiner Kritik des Entwurfs mit folgenden Worten: "Um einem Rattenkönig reaktionärer Bestimmungen zum eigenen Schaden zum Leben zu verhelfen, das hieße denn doch, sich selber den Bauch aufschneiden und den geduldsigen Hals dem letzten Streiche des Feindes darbieten. Dazu empfinden wir kein Bedürfnis. Lieber 25 Landesprospen als einen deutschen Reichsscharfrichter schweren Kalibers. Der Entwurf gehört in die Kommission und wenn er 20 Jahre darin bliebe."

Die beiden sozialdemokratischen Vereine in Heilbronn haben sich, dem Beschlusse der Landesversammlung gemäß, aufgelöst; unter Anwesenheit zweier Mitglieder des Landesvorstands wurde ein neuer Verein errichtet. Damit sind die Heilbronner Streitigkeiten beseitigt.

Aus Böhmen. Bei der Wahl der Delegirten zur Generalversammlung der Bezirks-Krankenkasse in Budweis stieg die sozialdemokratische Kandidatenliste mit 1534 Stimmen über die von dem sogenannten Führer der Deutschen in Südböhmen, einem gewissen Tschek, und seinem Anhang aufgestellte Liste, für die nur 321 Stimmen abgegeben wurden. Der Wahlsieg ist um so bedeutungsvoller, als die Polizei alles mögliche gethan hatte, um die Verbreitung der sozialdemokratischen Liste zu verhindern.

Von London geht uns vom Genossen Stanislaus Mendelson folgende Erklärung zu: "Es ist in London eine Broschüre als Beilage zum "Przedewit" erschienen, in der Herr Truskowski über seine Beziehungen zur russischen Polizei seinen früheren Gesinnungsgenossen Rechenschaft abzulegen versucht. Da ich im Jahre 1881 in Posen gemeinsam mit Tr. vor Gericht stand, später sein Gefängnisgenosse, ferner lange Jahre Herausgeber des "Przedewit" war, und da, wie ich höre, diese Broschüre auch in deutscher Sprache erscheinen soll, so lege ich mich veranlaßt, hiermit zu erklären, 1. daß ich mit der Veröffentlichung der erwähnten Schrift nicht zu thun habe, 2. daß ich seit August 1893 jede Verbindung mit dem "Przedewit" gelöst habe."

Aus Italien wird uns berichtet: Unter dem Vorhild des Abgeordneten Costa fand am 21. April in Genua der sogenannte sozialistische Kongress statt, unter Theilnahme zahlreicher Delegirten aus den vier Provinzen Forli, Bologna, Ferrara und Modena. Sehr lebhaft war die Diskussion über die bei den bevorstehenden Wahlkämpfen zu befolgende Taktik. Einstimmig wurde der Anschluß an die italienische Sozialistenpartei gebilligt. Ferner beschloß der Kongress einstimmig, an dem bevorstehenden Wahlkampfe mit dem größten Eifer sich zu betheiligen und den einzelnen Wahlbezirken die weitestgehende Selbstbestimmung über die Befolgung derjenigen Wahlakt zu überlassen, die sie für die beste und den höchsten Interessen der Sozialistenpartei am meisten entsprechende halten.

Todtenliste der Partei. In Stuttgart ist der Redakteur Franz Zahme, ein hervorragend opferwilliger Parteigenosse, aus dem Leben geschieden; in Finthen (Hessen) der Parteigenosse Andreas Weist.

Vollzeiliches, Gerichtliches etc.

In Karlsruhe ist sämtlichen Vorständen der Arbeitervereine vom Bezirksamt die Aufforderung zugegangen, binnen 14 Tagen ein namentliches Verzeichniß der Vereinsmitglieder mit Angabe des Geburtsortes und der Wohnung in alphabetischer Reihenfolge "ander" einzureichen. Nach dem Buchstaben des Gesetzes ist, wie die Mannheimer "Volksstimme" sagt, die Verfügung kann anfechtbar. Denn § 8 des badiischen Vereinsgesetzes lautet: "Die Staatsbehörde ist berechtigt, aus Gründen der öffentlichen Wohlfahrt von den Vorstehern und Mitgliedern eines Vereins über die Verhältnisse desselben, insbesondere über seinen Zweck, seine Einrichtungen und Verbindungen, seine Vorsteher und Mitglieder Auskunft zu verlangen." Trotzdem dürfte es sich empfehlen, meint die "Volksstimme", daß die Vereine vielleicht eine kumulativ-Beschwerde erheben und sei's auch nur, damit man ersieht, womit der Minister Eisenlohr die Annahme seiner Organe begründet, daß durch das Befehlen von Arbeitervereinen ohne die peinlichste Kontrolle durch den Polizeistaat die öffentliche Wohlfahrt gefährdet sei. Die Begründung dürfte ihm ziemlich schwer fallen.

Die Revision gegen das Urtheil des Potsdamer Landgerichts, das gegen den früheren verantwortlichen Redakteur der "Brandenburger Zeitung", Simon, auf sechs Monate Gefängniß erkannt hatte, ist vom Kammergericht verworfen worden.

Das Reichsgericht verwarf die Revision gegen das Urtheil, wonach die Redakteure der "Schwäbischen Tagwacht" in Stuttgart, Agster und Eichhoff, wegen Beleidigung des Ober-Landesgerichtsraths Bucher zu je 2 Monaten Gefängniß verurtheilt worden waren. Die Beleidigung wurde in Artikeln der "Tagwacht" gefunden, die den Schaber'schen Nordprozess behandelten.

In der Mittheilung, der Polizeipräsident in Breslau habe die Auflösung von Versammlungen für unzulässig erklärt, wenn sie deshalb erfolgt, weil die Versammlungen über die Polizeistunde hinaus dauern — zu dieser Mittheilung bemerkt die "Volkswacht": Wir müssen unser Breslauer Polizei-Präsidentium gegen den schlimmen Verdacht, von den ehrbaren Wegen köllischer Staats- und Polizeiverweigerung abgeirrt zu sein, sehr entschieden in Schutz nehmen. Das Breslauer Polizei-Präsidentium hält nach wie vor unentwegt an der Ueberzeugung fest, daß politische Versammlungen zu Ende gehen sollten, wenn für das Lokal, wo solche tagen, die Polizeistunde schlägt. Die angelegene Entscheidung

bezog sich auf das Erlebniß eines freisinnigen Vereins, dessen Versammlung durch den überwachenden Beamten um 11 Uhr abends geschlossen wurde, obwohl das betreffende Polizeistundenlokal überhaupt nicht unter Polizeistunde stand. In diesem Falle ließ das Präsidium dem betreffenden Beamten auf erhobene Beschwerde eine Reklamation zu theil werden. Also mit der angenehmen Ueberraschung ist's nichts — so was giebt es in Breslau nicht!

In Breslau war der Redakteur der "Volkswacht", Reinhold Scheib, wegen Beleidigung von Redakteuren des "Generalanzeigers" vom Schöffengericht zu 30 M. Geldstrafe verurtheilt worden. Das Landgericht als Berufsinstanz erhöhte die Strafe auf 200 M. oder 40 Tage Haft. Gegen das Urtheil wird Revision beim Oberlandesgericht eingelegt.

In Witten um Ruhrrevier hat die Polizei einem Wirth, der unserer Partei sein Lokal zu Versammlungen nicht verweigert, verboten, künftig in den Räumen, die er zu einer politischen Versammlung hergiebt, geistige Getränke irgend welcher Art auszuschenken, oder in anderer Weise den Versammelten zugänglich zu machen. Weiter hat man dem Wirth die allerdings widerwärtig erteilte Erlaubniß, nach 11 Uhr Gäste in seiner Wirthschaft dulden zu dürfen, für solche Tage aufgehoben, wo er während der Nachmittags- oder Abendstunden seine Räume zu politischen Versammlungen hergiebt. Für den Fall, daß er dieser seltsamen polizeilichen Maßregel nicht nachkommt, droht man ihm "die gesetzlichen Strafen", eventuell sogar die Entziehung der Konzession an. Bemerk sei, daß nicht etwa Störungen der öffentlichen Ordnung etc. durch eine Versammlung vorgekommen sind, die das Vorgehen der Polizei irgendwo begründlich machen könnten.

Soziale Uebersicht.

Gegen die Einführung eines zwölfstündigen Maximal-Arbeitstages im Bäckergewerbe sind durchaus nicht alle Bäckermeister. In der in Berlin erscheinenden "Bäcker- und Konditor-Zeitung", dem offiziellen Organ des Zentralverbandes deutscher Bäcker-Zünfte, "Germania", treten zwei Bäckermeister, Herr Schneider aus Oels in Schlesien und Herr C. H. aus Rathenow (der Name ist nicht ausgeschrieben) für den Maximal-Arbeitstag sehr lebhaft ein. Der Rathenower Bäckermeister sagt in seinem Artikel u. a.: "Die Ausübungen der Auskunfts-personen" (der Kommission für Arbeiterstatistik), daß die Hefe, die Witterung u. s. w. der Einführung des Maximal-Arbeitstages entgegenstehen, sind doch bei den heiligen technischen Fortschritten einfach nicht mehr angebracht, resp. zeugen von Egoismus. ... Ich räume öffentlich ein, selbst ich habe bisher zu viel verlangt in betreff Arbeitskraft und -zeit, bin jedoch davon überzeugt, daß nicht der einzelne hier Abhilfe schaffen kann, da dies die Konkurrenz nicht zugeht, aber auf gesetzlichem Wege es sehr gut durchführbar ist, wenn die Einsicht und das menschliche Gefühl nebst gutem Willen vorhanden sind. Und daß diejenigen Betriebe, die vom Maximalarbeitsstage betroffen werden, die Minorität sind, wird wohl niemand bezweifeln, denn, wie ich schon anführte, ist der Prozentjah hier am Plaque ein sehr niedriger und verringert sich noch bei den kleinen Städten und Dörfern, steigt jedoch in den Großstädten, und daß die Stellung resp. das Leben eines großstädtischen Bäckergehilfen eine rosiges ist, die Behauptung wird wohl niemand aufstellen, der einigermaßen die bestehenden Verhältnisse in der Großstadt kennt. Vom hellen Abend bis hellen Mittag thätig zu sein, ist gewiß des guten zu viel, und hier kann und muß Wandel geschaffen werden. Und daß die Opposition gegen eine solche Behauptung, die Kleinbetriebe würden mit dem Maximalarbeitsstage ruiniert, nicht größer ist, resp. sich nicht mehr regt, liegt an der Hinfälligkeit des deutschen Michels. Die Großbetriebe stehen größtentheils an der Spitze und wollen so ihr Interesse wahren; der Kleinbetrieb liegt denselben gar nicht so sehr am Herzen, und übrigens hat der Kleinbetrieb vollständig den Maximal-Arbeitstag, sogar sehr häufig mehr, als es das Gesetz beabsichtigt. ... Das ist meine feste Ueberzeugung, die nachfolgende Generation wird über die jetzt egoistische Agitation gegen eine Maßregel, die nur gegen einen kleinen Interessentenkreis gerichtet ist, die Köpfe schütteln. 75 pCt. der Bäckereien schaffen ihre Arbeit vollauf in 12 Stunden, und dies genügt auch."

Der diesjährige ordentliche Berufsgenossenschafts-Tag wird am 14. Juni in Danzig abgehalten werden. Der wichtigste Punkt der Tagesordnung wird die Stellung des Berufsgenossenschafts-Tages zu den Beschüssen sein, die eine aus elf Berufsgenossenschaften bestehende Kommission nach Prüfung des Berichtentwurfs, betreffend die Abänderung der Unfallversicherungs-Gesetze, in wiederholter Lesung gefaßt hat. Ferner sollen die Erklärungen, die die Berufsgenossenschaften mit der Uebernahme des Heilverfahrens gemäß der §§ 76 b und c des Krankenversicherungs-Gesetzes gemacht haben, einer abermaligen Besprechung unterzogen werden.

Eine amtliche Fabrikarbeiter-Zählung wird am 1. Mai in Sachsen vorgenommen werden.

Die Aufhebung des Schulgeldes in den Volksschulen ist von den Gemeindefolgen Untergrießheims in Württemberg fast einstimmig beschlossen worden.

Ein staatliches Arbeitsamt ist nun in Belgien ins Leben getreten. Der "Moniteur officiel" veröffentlicht die dahin gehende Verordnung des Königs. Das Arbeitsamt bildet eine besondere Abtheilung des Ministeriums für Handel, Industrie und Ackerwirtschaft und hat zum Leiter den Ministerialdirektor Morisseau, der nach der "holländischen Volkszeitung" ein "gewiegter Kenner" der Arbeiterverhältnisse und der Arbeitergesetzgebung der verschiedenen Länder sein soll. Öffentlich bringt er auch den guten Willen mit, für die duldende Arbeiterschaft etwas Nützliches zu leisten. Dazu wird er hinreichend Gelegenheit haben, denn nach der genannten Zeitung soll das Arbeitsamt, dem übrigens in jeder Provinz noch ein Provinzial-Arbeitsamt zur Seite steht, alle auf die Lage der Arbeiter bezüglichen Angelegenheiten leiten und regeln dürfen. Leider ist die neue Einrichtung für das erste Jahr nur mit 100 000 Frank aufgestellt.

Depeschen.

Privat-Telegramm des "Vorwärts".

Rondorf, 30. April, 10 Uhr 45 Minuten abends. Der einigen reaktionären Masse erlag der Kandidat des arbeitenden Volkes. Weist (Soz.) erhielt 15 065, Fischel (freis. Volksp.) 15 677 Stimmen.

Wolff's Telegraphen-Bureau.

Wiesbaden, 30. April. Gustav Freytag ist heute Abend 10 Uhr gestorben.

London, 30. April. Unterhaus. Shaw-Befevre brachte einen Gesetzentwurf ein, welcher das mehrfache Stimmrecht bei den Parlamentswahlen abschafft und bestimmt, daß die Wahlen im ganzen Lande an ein und demselben Tage, und zwar einem Sonnabende, abgehalten werden.

Northampton, 30. April. Die Städterbeiter in den Schuhwaarenfabriken, an Zahl etwa 2000, haben wegen der von den Arbeitgebern neu eingeführten Fabrikordnung wiederum die Arbeit niedergelegt.

Genève, 30. April. Bei dem letzten Zusammenstoße der Truppen mit den Albanesen wurden 15 Soldaten getödtet. Die Albanesen wurden in die Berge getrieben. Mehrere Häuser wurden zerstört.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. Mai eröffnen wir ein neues Abonnement auf den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“.

Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expeditoren, sowie unsere Expedition, Poststr. 3, Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

1 Mark 10 Pfennige frei ins Haus.

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von

2,20 M. für die Monate Mai und Juni entgegen. (Eingetragen in die Post-Zeitungsliste für 1895 unter Nummer 7128.)

In unserem Feuilleton beginnt der Abdruck der geschichtlichen Erzählung:

„Berliner Märztage“

von Michel Deutsch,

auf welches Werk wir unsere Leser besonders aufmerksam machen.

Redaktion und Expedition des „Vorwärts“.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

80. Sitzung vom 30. April 1895, 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Posadowski, Staatssekretär in Elsaß-Lothringen v. Puttkamer.

Eingegangen ist der Gesetzentwurf betreffend die Feststellung eines Nachtrages zum Reichshaushalts-Gesetz für 1895/96.

In dritter Beratung werden die Rechnungen der Kasse der Oberrechnungskammer für 1891/92 und 1892/93 für erledigt erklärt.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs für Elsaß-Lothringen, betreffend die Aufhebung des Gesetzes über die Ernennung und die Befolgung der Bürgermeister und Beigeordneten vom 4. Juli 1887.

Abg. Winterer (Elsaß-Lothringen) bezeichnet das Gesetz, welches jetzt aufgehoben werden soll, als einen der bedenklichsten Reste der Diktaturzeit neben dem sogenannten Diktaturparagrafen. Er spricht seine Verwunderung darüber aus, daß dieser Gesetzentwurf nicht wie alle anderen Gesetzentwürfe dem Elsaß-Lothringischen Staatsrath vorgelegt worden ist.

Abg. v. Cuny (nall.): Meine Freunde haben keine Bedenken, der Vorlage zuzustimmen; die Bedenken, welche daraus entstehen, daß der Staatsrath nicht gebildet worden ist, sind nicht schwerwiegend genug, um die Annahme der Vorlage zu verhindern. Redner spricht die Hoffnung aus, daß die Annäherung der Reichsstände an Deutschland sich verstärken werde; sie mache sich schon dadurch bemerkbar, daß Elsaßliche Abgeordnete sogar in den Reihen der alldeutschen Parteien zu finden seien.

Abg. Lieber (Z.) hält es auch für bedenklich, daß man nicht zuerst im Staatsrath über diese Materie verhandelt habe, sondern daß man den Reichstag vor die vollendete Thatsache einer neuen mit dem Landesauschuss vereinbarten Gemeinde-Ordnung gestellt hat, daß nunmehr der Reichstag die reichsgerichtlichen Hindernisse aus dem Wege räumen soll, die dieser Gemeinde-Ordnung in dem Gesetze von 1887 entgegenstehen.

Staatssekretär in Elsaß-Lothringen v. Puttkamer: Wir haben den Staatsrath gebildet über die neue Gemeinde-Ordnung; der nach seinen Wünschen umgeänderte Entwurf ist dem Landesauschuss vorgelegt und von diesem beraten worden. Uebrigens ist der Staatsrath nur ein Organ, welches man anhören kann, aber nicht immer anhören muß; denn sonst müßte es ja in der Publikationsformel der Gesetze heißen: Nach Anhörung des Staatsrathes.

Abg. Preiß (Elsaß): Für Elsaß-Lothringen bleibt es trotz der Aufhebung des Gesetzes von 1887 beim alten; die Ernennung der Bürgermeister ist in der neuen Gemeinde-Gesetzgebung ebenso enthalten wie in dem Ausnahmefolge von 1887. Die neue Gemeinde-Ordnung behält die Ernennung der Bürgermeister bei und giebt nur den Gemeinden über 25 000 Einwohnern ein Vorschlagsrecht, welches aber nach keiner Richtung hin irgendwie wirksam ist; es hat keinen praktischen Werth. Die Regierung kann sich an die Vorschläge der Gemeinde lehnen, sie kann sich aber auch eine Persönlichkeit irgend vorher nehmen und sie an die Spitze der Gemeinde stellen mit allen Befugnissen der Bürgermeister. Es bleibt also alles beim alten, und wir sind nicht sicher davor, daß uns nicht einer aus Kamerun ausgezogen wird. Die Zustimmung des Landesauschusses zur Gemeinde-Ordnung hat nichts zu bedeuten. Es giebt kaum ein Parlament, welches im eigenen Lande so unpopulär wäre wie der Landesauschuss. Der Landesauschuss ist ein Parlament, welches aus ganz antiliberalen Grundlagen zusammengesetzt ist; das Volk hat auf die Zusammensetzung keinerlei Einfluß; das Volk hat sich mit großer Gutmüthigkeit gegen die Gemeinde-Ordnung ausgesprochen, soweit es zum Wort gekommen ist. Auch die unabhängige Presse ist gegen die neue Gemeinde-Ordnung. In ihrer Gutmüthigkeit und Befangenheit haben die Herren vom Landesauschuss nicht gemerkt, um was es sich handelte. Die Reichstags-Abgeordneten, welche durch allgemeine Wahlen gewählt sind, billigen diese Vorlage nicht. Man billigt überhaupt eine Vorlage nicht, welche die Bürgermeister nicht zu Vertretern der Gemeinden, sondern zu unterthänigen Dienern der Kreisdirectoren macht; man läßt solche Gesetze über sich ergehen, aber man ratifiziert sie nicht. Daß der Staatsrath in allen Fällen gehört werden müsse, das giebt sogar ein Mitglied der Elsaß-Lothringischen Regierung zu, welches ein Kommentar zur Elsaß-Lothringischen Verfassung geschrieben hat. Die Regierung hat nicht den Gemeinde-Ordnungs-Entwurf dem Staatsrath vorgelegt, welcher Gesetz geworden ist, sondern einen früheren, einen ganz anderen Entwurf. Das genügt aber nicht. Redner stellt für die zweite Lesung den Antrag in Aussicht, der Regierung noch nachträglich aufzugeben, den Staatsrath über diese Vorlage zu befragen.

Abg. Buch (Soz.): Auch wir Sozialdemokraten aus Elsaß-Lothringen nehmen gegenüber der neuen Gemeinde-Ordnung denselben Proteststandpunkt ein, wie der Vorstand und seine Partei. Nicht nur bezüglich der Bürgermeister, sondern auch bezüglich des Wahlrechts und des Gemeinderaths verdient der frühere Zustand einen Vorzug. Das Verfassungsgesetz von 1887 hat allerdings wesentlich dazu beigetragen, die Bevölkerung im Lande zufriedener zu machen. Die Regierung in Elsaß-Lothringen hat ja Mittel genug, um jede Regierung von Deutschland zu unterdrücken und es ist falsch, daß die Regierung dieses Verfassungsgesetzes nur gebraucht hätte, um den deutschfeindlichen Gemeinderäthen und Bürgermeistern den Kopf zurechtzusetzen. In etwa Herr v. Puttkamer in Mühlhausen ein deutschfeindlicher Bürgermeister? Und doch hat man es gegen ihn angewendet. Man hat das Gesetz gar nicht nötig, um

franzosen-freundlichen Bestrebungen entgegenzutreten. Die wahre Ursache für die Anwendung des Verfassungsgesetzes liegt ganz wo anders. Die Regierung hat dort, wo sie nicht auf Kadavergehorsam traf, sondern auf einige Opposition zur Strafe der Verfassungsgesetzgebung eingesetzt. Das Gesetz war eine Antwort auf die Wahlen des Jahres 1887. Seine Anwendung erfolgte im Geiste des jetzigen Ministers des Innern von Preußen. Das Elsaß-Lothringische Volk hat gar keine Neigung, sich in diesem Geiste zu deutschen Patrioten machen zu lassen. Der nationalliberale Abg. v. Cuny hat sehr warme Liebesworte an die Elsaß-Lothringer gerichtet. Wie man sich aber in ganz Deutschland von dem Nationalliberalismus abgewendet hat, so auch in Elsaß-Lothringen. Man hat sehr schnell erkannt, daß von dem Nationalliberalismus nichts zu erwarten ist, nicht einmal in der Vertretung der eigenen Landesinteressen. Man hat uns gesagt, wenn die Behandlung der Elsaß-Lothringer durch das Verfassungsgesetz wirklich eine so schlimme wäre, warum schrien wir denn nicht. Wir würden schon gerne schreien, daß man es bis zur russischen Grenze höre, wenn wir nur die Gelegenheit zum Schreien hätten. Aber da liegt eben der Hase im Pfeffer. Als ich eine Versammlung gegen diese neue Gemeinde-Ordnung abhalten wollte, wurde sie zuerst untersagt. Wenn uns jede politische Versammlung verboten wird, dann können wir einfach nicht schreien. Und selbst wenn wir schreien würden, würden wir doch nicht gehört werden. Jeder für Jahr wird eine ganze Reihe von Anklagen von Landesauschuss-Mitgliedern gegen die Handhabung des Verfassungsgesetzes erhoben, und zwar nicht nur von Abgeordneten der Richtung des Abg. Preiß, sondern auch von altdeutschen Herren wie dem Landgerichtsdirektor Dr. Kunze, und doch ist keine Remedur erfolgt. Wir Sozialdemokraten kommen überhaupt nicht zum Wort. Als Meyer Bürger die Vergabe eines städtischen Lokals für eine Wahlversammlung erboten, verweigerte dies der Bürgermeister, nicht weil das Lokal überhaupt nicht zu politischen Versammlungen gebraucht werden sollte, sondern weil die Unterzeichner des Gesuchs der sozialdemokratischen Partei angehörten. Sonst ist aber der Herr Bürgermeister nicht so zartfühlend, von den Sozialdemokraten kein Steuer und Abgaben anzunehmen. Was den in Aussicht gestellten Antrag betrifft, so lasse ich mich auf die juristischen Gesichtspunkte dabei nicht ein, das überlasse ich den Herren Juristen. In der Presse ist in den letzten Wochen verschiedentlich die Ansicht ausgesprochen worden, daß durch eine zweite Lesung der Gemeinde-Ordnung die von der Bevölkerung gewünschten Verbesserungen derselben herbeigeführt werden könnten. Unser Landesauschuss wird aber keine Verbesserungen vornehmen. Lesen Sie doch die Verhandlungen des Landesauschusses. Wie ein rother Faden zieht sich da hindurch die Furcht, daß die Sozialdemokratie in die Gemeinderäthe eindringen könnte und sie bis jetzt bevorzugte Stellung der besitzenden Klassen in den Gemeinderäthen beseitigt werden könnte. Die Furcht vor der Sozialdemokratie hat wesentlich diese Gemeinde-Ordnung erzeugt. Im Landesauschuss wird durch das Klasseninteresse der herrschenden Klassen das Volksinteresse mehr und mehr in den Hintergrund gedrängt. Der Landesauschuss wird also keine Verbesserungen vornehmen. Wenn ich trotzdem für diesen Antrag stimme, so geschieht es, um der Elsaß-Lothringischen Regierung zu zeigen, daß auch für sie Gesetze vorhanden sind, daß sie die verfassungsmäßige Pflicht und Schuldigkeit hat, die Gesetze anzuwenden. Erst seit Herr v. Köster Elsaß-Lothringen verlassen hat und dort im Lande nicht mehr zu sagen hat, haben sich die tapferen und wackeren Mannesgeister gefunden, welche gegen das gefehlte Verhalten Front machen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident v. Vuol erklärt, den Ausdruck „geschlossen Verhalten“ nicht ungehört hingehen lassen zu können.

Staatssekretär v. Puttkamer: Die Regierung hat von ihren Befugnissen nur sehr bescheidenen Gebrauch gemacht und weist den Vorwurf ungeschicklichen Verhaltens weit von sich zurück. Wenn die Regierung einen Wunsch auszusprechen hätte, so würde sie die Gemeinde-Ordnung gern aufgeben; denn die Regierung entäußert sich dadurch großer Befugnisse. Es wird eine Selbstverwaltung der Gemeinde geschaffen, wie sie seit der Revolution nicht mehr vorhanden war. Die Selbstverwaltung liegt nicht in der Person des Bürgermeisters, sondern in den Gewalten der Repräsentanten, in den Gemeinderäthen. Jetzt darf der Gemeinderath sich nur viermal im Jahre zu bestimmten Perioden versammeln. Will er öfter zusammenkommen, so muß er die Genehmigung des Kreisdirectors nachsuchen, der auch die Disziplin über den Gemeinderath ausübt und dessen Beschlüsse zu genehmigen hat. Die neue Gemeindeordnung macht die Gemeindevertretung vollständig souverän. In das nicht ein streibilliger Fortschritt? Von diesen Dingen hat man bei den Vorrednern nichts gehört; sie haben bloß immer von den Bürgermeistern gesprochen. Verfassungsgesetz, d. h. solche, welche aus der Verwaltung einer Stadt einen Verfall machen, giebt es in Elsaß-Lothringen nur 19; die übrigen Bürgermeister sind Ehren-Bürgermeister, die in sehr großer Zahl vorhanden sind. Man könnte neben die Ehren-Bürgermeister Staatsbeamte zur Verwaltung der Staatsangelegenheiten anstellen. Allein das würde sehr viel Geld kosten und den Interessen der Gemeinden widersprechen. Der Staat muß aber auf die Persönlichkeit der Ehren-Bürgermeister eine gewisse Einwirkung ausüben können, sie muß bei ihrer Ernennung mitwirken. Den Gemeinderath ist das Vorschlagsrecht gegeben; an der Ernennung ist festgehalten worden, weil sie seit mehr als hundert Jahren besteht. Warum soll man daran etwas reformiren? Es ist also nichts geschaffen, was nicht völlig klar auf dem Boden des gemeinen, in Deutschland geltenden Rechts steht. Daß der Bürgermeister, damit die Staatsinteressen gewahrt werden, nicht bloß aus der Reihe der Gemeinderäthe genommen werden kann, ist selbstverständlich. Wie soll denn sonst die Regierung die Staatsinteressen wahrnehmen können, wenn in den Gemeinderäthen eine dafür geeignete Persönlichkeit nicht vorhanden ist. Bezüglich des Staatsrathes findet sich nirgends eine Vorschrift oder sonst eine Andeutung, daß in den Verhandlungen desselben Diskontinuität besteht. Die Vorlage verbessert die Stellung der Gemeinderäthe in Bezug auf ihre Selbstständigkeit; sie ist in dieser Beziehung mit deutschrechtlichem Geiste erfüllt und bringt also eine innere Verschmelzung des Reichslandes mit dem alten Deutschland mit sich.

Abg. Lenzuann (rs. Sp.) weist darauf hin, daß die freisinnige Partei, trotzdem ihr kein Vertreter aus Elsaß-Lothringen angehört, wader gegen die Diktaturvorschriften gekämpft habe; sie stehe dabei nicht hinter den Sozialdemokraten und anderen Parteien zurück. Eine Verbesserung liege in der neuen Gemeinde-Ordnung nicht vor; sie ist eine Verschlechterung gegenüber der alten Elsaß-Lothringischen Gesetzgebung, die auch in manchen Beziehungen noch besser ist, als die deutsche Gemeinde-Ordnung. Was nützt die Selbstverwaltung, wenn der Bürgermeister nicht selbstständig ist, sondern den Verwaltungsbehörden gehorchen muß. Wir haben erst kürzlich gesehen, was es heißt, daß der Oberbürgermeister von Berlin auf Grund der Anweisung des Oberpräsidenten von Brandenburg einen sehr vernünftigen Beschluß der Berliner Stadtverordneten beanstanden muß. Der Staatsrath hätte auf neue Befragung werden müssen.

Abg. Winterer (Elsaß) erklärt, daß er mit Rücksicht auf das Zustandekommen des Gesetzes darauf verzichte, einen

Antrag auf Abänderung desselben beziehungsweise wegen der Befragung des Staatsrathes einzubringen.

Darauf schließt die erste Beratung; in zweiter Beratung wird die Vorlage ohne jede Debatte angenommen.

Schluß nach 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Anträge aus dem Hause und zwar in erster Reihe der sozialdemokratische Antrag wegen Schaffung eines einheitlichen Reichs-Verkehrs- und Versammlungsgesetzes.)

Parlamentarisches.

Kommission Antrag Kanitz. Bei der am Dienstag fortgesetzten Diskussion sucht zunächst Graf Kanitz die gegen seinen Antrag geltend gemachten Bedenken zu zerstreuen. Wenn die Berechnung des Professors Schmoller richtig sei, daß der Antrag eine Vermehrung der Ausgaben für Brot im Betrage von 500 Millionen Mark zur Folge haben werde, so müsse man begriffen, daß die Landwirtschaft in Höhe dieser Summe leistungsfähiger gemacht werde. Augenblicklich seien die Getreidepreise ja im Steigen begriffen, aber das sei nur vorübergehend. Wir wollen die Getreidepreise nur so gestalten, daß sie den Produktionskosten entsprechen und einen bescheidenen Unternehmergewinn gewähren. Ein etwaiger Ueberschuß solle zu gemeinnützigen Zwecken verwandt werden, eine Schädigung der Arbeiter werde also nicht eintreten. Das Austrreten des Abgeordneten Steininger habe ihn sehr gefreut. Derselbe stimme mit dem Prinzip des Antrags doch überein. Redner wendet sich schließlich gegen einen von den Abgg. Meyer-Halle und Bebel gestellten Antrag, eine Enquete über die landwirtschaftlichen Verhältnisse vorzunehmen; dadurch würde die Entscheidung in der Sache nur in die Länge gezogen.

Abg. Hug (Z.) erklärt, die Ausführungen des Grafen Kanitz, der Landwirtschaft zu helfen, haben ihn sympathisch berührt. Er würde aber einer Erhöhung des Schutzzollens den Vorzug vor dem Antrage Kanitz geben und meint, ein Antrag auf Zoll-erhöhung würde im Reichstage die Mehrheit finden.

Abg. v. Mantuffel (L.) hält den Antrag mit den Handelsverträgen wohl vereinbar. Die gesammte landwirtschaftliche Bevölkerung habe von dem Antrage Nutzen, weil die wachsende Naturalien bezahlt würden. Die Sozialdemokraten bekämpften den Antrag, weil er der ärmeren Bevölkerung zu gute komme. Kein vernünftiger Mensch könne gegen den Antrag sein. Er hält eine Reise der Kommissionsmitglieder für lehrreicher als eine Enquete durch die Regierung.

Abg. Klose (Z.) meint, der Landwirtschaft müsse unbedingt geholfen werden. Er hält aber die Regelung der Währungsfrage für wichtiger als den Antrag Kanitz und schlägt eine Steuer auf das Goldagio vor. Wenn der Landwirtschaft nicht in anderer Weise geholfen werde, werden sich die Landwirthe immer mehr dem Antrage Kanitz zuwenden. Die Vertreter der Regierung mögen erklären, auf welche Art geholfen werden solle.

Abg. Rath Kuhn erklärt, er sei nicht in der Lage, eine Auskunft zu geben. Nach seiner Instruktion soll er nur etwaige Fragen tatsächlicher Natur beantworten, aber keine Erklärungen abgeben.

Abg. Schulze-Henne (nall.) fährt an, daß er nicht nur die Interessen der Landwirtschaft, sondern auch anderer Berufs-kreise zu vertreten habe und den Antrag daher ablehne. Der Viehzucht treibt, hat ein Interesse an niedrigen Getreidepreisen. Die Produktionskosten seien verschieden; sie richten sich nach dem Ausfall der Ernte und nach der Witterung.

Abg. Richbieter (Z.) will der Resolution des Grafen Schwerin zustimmen. Es sei Pflicht jeden Vaterlandsfreundes, der Landwirtschaft zu helfen. Er ist gegen eine Enquete, um die Sache nicht zu verzögern.

Abg. Herbert (Soz.) wendet sich gegen den Grafen Schwerin, der behauptete, es handele sich nicht um Brotvertheuerung, sondern um Brotverbilligung. Nach dem Antrage soll der Preis unter den Durchschnitt nicht sinken, aber er kann höher als dieser werden, also solche niedrige Preise verhindert werden, und da kann von einer Brotverbilligung doch keine Rede sein. Er sei überzeugt, daß etwaige Ueberschüsse sofort zu gunsten des Militarismus verwandt werden, denn das Reich sucht ja fortwährend nach neuen Steuern. Zur Zeit der hohen Getreidepreise seien in Pommern die Löhne nicht in Naturalien, sondern in barem Gelde nach dem Durchschnittslohn gezahlt worden. Eine Reise der Kommissionsmitglieder halte er auch für nützlich, aber man solle nicht nur die Großgrundbesitzer sondern auch die Tagelöhner und die Kossäthen fragen. Um dieselbe Summe, um welche die Landwirtschaft leistungsfähiger werde, werde die übrige Bevölkerung konsumtionsunfähiger, denn aus der vierten Dimension falle doch nichts.

Abg. Graf Galen fährt an, die Interessen des ganzen Landes könnten nicht über einen Kamm geschoren werden; was dem einen hilft, muß dem andern schaden.

Der Vorsitzende schlägt hierauf Vertagung bis Mittwoch 11 Uhr vor. Abg. Bebel macht dagegen geltend, daß er und seine Kollegen wegen der Waiserei an der Sitzung nicht teilnehmen könnten; finde aber keine Abstimmung statt, so lasse er den Widerspruch fallen.

Abg. v. Mantuffel und der Vorsitzende erwidern, daß eine Abstimmung nicht stattfinden werde, da noch eine große Zahl von Rednern eingeschrieben sei. Die nächste Sitzung ist demnach am Mittwoch 11 Uhr vormittags.

Die Reichstagskommission zur Beratung der Braunkohlsteuer ist gestern nach Schluß der Plenarsitzung gewählt worden. Sie besteht aus folgenden Herren: Warde, Symula, Reindl, Weber (Bayern), Spahn, Müller-Juda (Z.); Frank (Baden), Dr. Paasche (nall.); Gamp (Rp.); Graf Mirbach, Graf Stolberg-Wernigerode, Vohy, Rettich (L.); Dr. v. Komierowski (Pole); Werner (Antij.); Wurm, Schippel, Bod. Götth (Soz.); Dr. Pachnide (rs. Bg.); Weiß, Dr. Müller-Sagan (rs. Sp.).

Lokales.

Arbeiter, Parteigenossen! Nachdem am Sonntag, den 28. April, die Lokal-Liste Berlins und der Umgegend erschienen ist, werden die Genossen erlucht, sich streng danach zu richten. Die Lokal-Kommission hat in jeder Beziehung den Wünschen der Allgemeinheit Rechnung getragen. Vom heutigen Tage an erscheinen Nachträge in der Lokal-Liste nur alle 14 Tage.

Nachzutragen sind für heute noch: Meyer's Besätze, Müllerstraße 7. Freund auf Pichlerwerder a. d. Havel. Weissensee: Derweins Gesellschaftsbau, Königschloß. Café Rettig, Inhab. Heinrich, Berlinerstraße. Charlottenburg: Meyer, Wallstraße 96. J. A. der Lokal-Kommission, Karl Scholz, Wrangelstraße 32.

Der Festtag der Arbeit wird von den Parteigenossen in und um Berlin heute freudiger und begeisterter denn je begangen werden. In der Hauptstadt der deutschen Sozialdemokratie möge der Pulsschlag des öffentlichen Lebens rascher und härter denn anderswo, unmittelbarer

ist hier der Zusammenhang der um ihre Befreiung kämpfenden Arbeiterschaft mit den Vorgängen auf der vielbewegten politischen Bühne. Unmittelbarer schon deshalb, weil nach dem ehrenden Eingekündnis unserer Gegner alles, was von der Zentrale aus auf politischem Gebiete geschieht und geschehen soll, im Hinblick auf die Tag für Tag für die Gesellschaft der Herrschenden gefährlicher werdende Sozialdemokratie ins Werk gesetzt wird. Gerade die prägnanten Ereignisse der letzten Tage haben uns eine klassische Probe von dem Wirken unserer Gegner, von dem modernen Polizeikampf für Ordnung, Religion und Sitte gegen die Mächte des Umsturzes gegeben.

Die Arbeiter gründen eine Gesellschaft zur Aufführung von Werken der dramatischen Dichtung, keine auf privatkapitalistischer Basis begründete Bühne kann sich rühmen, jemals ein Repertoire gehabt zu haben, das stücklich edler und künstlerisch wertvoller gewesen wäre, als das der Arbeiterbühne. Da kommt, nachdem diese Vereinigung jahrelang gegenwärtig gewirkt und tausende Proletarier, die sonst nie Gelegenheit gehabt hätten, die Werke unserer Geistesheroen zu schauen, mit dem Guten, Edlen und Schönen bekannt gemacht hat, da kommt jetzt die Polizeisenfur und streckt ihre Hand aus nach der Pflegstätte der Proletarierbildung und des Proletariatswissens!

Und weiter. Für hunderttausende Proletarier wird am Festtag der Arbeiter alljährlich ein Gedenkblatt herausgegeben, das diesmal wahrlich nicht umstürzlerischer war als vordem und an dem Künstler und Schriftsteller, die nicht allein in der proletarischen, sondern auch in der bürgerlichen Welt einen Namen haben, ihr Bestes leisteten. Ueber das Gedenkblatt wird die Konfiskation verfügt, und es gelingt der Polizei, einen immerhin in betracht kommenden Bruchteil der Festchrift mit Beschlagnahme zu belegen. Durch solche und ähnliche Thaten aus der Zeit der Umstürze und der Umsturzsünde ist nun wirklich etwas geschehen. Da hat die Kraft, die in dem Namen des Köhler ihren Ausdruck findet, etwas außerordentliches geleistet. Da ist den Männern der neuen, aufstrebenden Gesellschaft gezeigt worden, was an Macht und Energie noch vorhanden ist unter den berufsmäßigen Schägern des Vellehens!

Zu, ist denn mit diesen Thaten irgend etwas Positives geleistet worden? Ist ein einziger Sozialdemokrat aufzuzählen, der durch diese Maßregel eingeschüchtert worden wäre, ist ein einziges bisher indifferentes Gemüth zu nennen, zu dem nunmehr der Geist des neuen nicht kommen könnte, das gefangen bleiben wollte wie bisher in den Sklavensketten leiblicher und geistiger Knechtschaft? Den Mann möchten wir sehen, der das zu behaupten wagte. Im Gegentheil. Gerade in diesen Tagen hat sich das offenbart, was noch an jeder neuen geistestriften Bewegung beobachtet wurde, nämlich daß die Thaten unserer Feinde tausende bisher dem alten blind ergebener Köpfe aufgeweckt und sie zum Nachdenken über unser Wollen und Wirken angeregt haben. Es geht wie mit dem Sturmwind, der das Samen Korn weit über die Lande wirbelt und auf Ackerland, das man drach wählte, Blüten und Früchte hervorzaubert. Nichts Löblicheres, als wenn Polizei und Staatsanwalt auf den Geisteskampf losgeschickt werden!

In Tausenden Versammlungen wird in den Augen vieler laufender kampfgewandter und kampfesfroher Männer und Frauen heute die Wirkung zu lesen sein, die das Wachen der eifrigen Diener des eifrigen Herrn Köhler gehabt hat. Diese sozial-revolutionären Thaten sind der Berliner Arbeiterschaft eine Mahnung und sie reden ihr ins Gewissen, besseres noch als bisher geschehen in Organisation und Agitation zu leisten, damit die Sozialdemokratie ihre Mission um so gründlicher erfülle. Hält die Arbeiterschaft dieses Jahr wieder Heerschau, so sollen der Sache des Proletariats neue Kampferhaaren gewonnen sein, zum Heil für die Kultur und den Fortschritt der Menschheit! Dahin wirt ein jeder!

Die Mafest-Zeitung hat der Polizeiverwaltung Schweißtropfen gekostet. Von vielen Seiten gehen uns Mittheilungen zu von staatsbrechenden Thaten, welche die braven Männer vom Alexanderplatz bei unsern Parteigenossen zu begehen hatten. Aus der frohenen Fälle derartiger Missethungen wollen wir kurz die prägnantesten skizziren. Bei unsern Genossen Lehmann, Sorauerstr. 17, und Weiske, Gdrügerstr. 68, kamen am Dienstag Morgen schon um fünf Uhr früh Sicherheitsbeamte, um zu haushalten. Nachdem diese Arbeit mit peinlicher Umsicht erfüllt war, beschied man die beiden Verdächtigen nach dem Alexanderplatz, alwo man allerhand Fragen an sie stellte, die selbstverständlich so gewissenhaft, als es Sozialdemokraten in solchen Fällen möglich ist, von den Inculpanten beantwortet wurden. — Der Vertrauensmann des 4. Wahlkreises SO, Buchdrucker Schulze, wurde mittags halb zwölf Uhr von seiner Arbeitsstätte geholt und von zwei Beamten nach dem Alexanderplatz gebracht. Schulze soll in betreff der Mafest-Zeitung eine sündbare Sünde begangen haben. Auf dem Polizeipräsidium wurde ihm nämlich vorgeworfen, daß er während erfolgter Konfiskation der Festchrift einige tausend Exemplare beiseite geschafft und sie unter den Parteigenossen des vierten Wahlkreises verbreitet habe. Er versteht sich, daß unser Genosse diese Verdächtigung als gänzlich unbegründet bezeichnen konnte und jegliche Mitwisserschaft an der angeblichen Gräueltat in Abrede stellte. Während der Vernehmung waren vier Polizeibeamte in der Wohnung unseres Genossen, Doppelenerstr. 3, mit einer geradzug haunenswerthen Entree thätig. So gründlich, wie wegen der Mafest-Zeitung, hat sich die Polizei wohl selten angestrengt. Teppiche wurden aufgehoben, Betten umgedreht u. s. w. u. s. w. — Auch die Frau des Spektors Thiel, Laufferstr. 2, wurde am Montag und Dienstag polizeilich vernommen. Bei Thiel hat man in seiner Abwesenheit am Sonnabend Nachmittag den Keller durch einen Schlosser öffnen lassen und gründlich in dem leeren Raum gehaust. Das Resultat aller dieser polizeilichen Recherchen, Sistrungen, Vernehmungen, Hausdurchsuchungen u. s. w. war durch und durch Null.

Ueber eine Hausdurchsuchung unter erschwerenden Umständen wird uns die folgende Mittheilung gemacht: Zu der kranken Frau unseres Genossen Marx, Kankonen-Allee 96, der für die Schönhauser Vorstadt die Parteipredigt versteht, kam in Abwesenheit des Mannes eine fremde Frau mit der Absicht, eine Nummer der Mafest-Zeitung zu kaufen. Diefem Verlangen konnte nicht entsprochen werden, da M. selbstverständlich nichts dergleichen hatte. Nach längerem Warten ließ sich Frau M. jedoch theilweise bewegen, ihr eigenes Exemplar, in welchem sie zufälligerweise gelesen hatte, der Frau zu überlassen. Die Folgen dieser übel angebrachten Gutherzigkeit zeigten sich alsbald darin, daß drei Beamte aus der Wilschstraße erschienen und eine sehr eingehende Durchsuchung aller Räume vornahmen. Dabei wurde auch das Lager der Kranken, die an beiden Füßen gelähmt ist, nicht verschont und die leidende Frau mehrmals aus dem Bett gehoben und der Körper einer peinlichen Visitation unterzogen. Trotzdem war das Resultat ein durchaus negatives.

Der Berliner Asylverein für Obdachlose hielt gestern Abend im Bürgeraal des Rathhauses seine Sechszehnte Generalversammlung ab. Nach Erledigung der Verwaltungsberichte referirte der Kurator des Männerzuges, Paul Singer, über die nothwendige Vergrößerung und den geplanten Neubau des Männerzuges. Der Verein habe sich um unentgeltliche Vergabe eines städtischen Grundstücks an den Magistrat gewandt. Zuerst schienen die Verhandlungen einen günstigen Verlauf zu nehmen, dann aber traten Schwierigkeiten ein, deren Ursprung Redner für sehr bedauerlich erklärte. Es scheint im Magistrat die merkwürdige Ansicht zu herrschen, daß „Arbeitslosigkeit“ und „Arbeitscheu“ identische Begriffe seien. Nach den durch Mittheilungen maßgebender Personen verstärkten Beobachtungen des Referenten hätte sich im Magistrat eine Strömung geltend gemacht, welche in der Thätigkeit des Asylvereins eine Förderung der Arbeitscheu und des Vagabundenthums er-

blickt. Der Asylverein — so hieß es weiter — ziehe auswärtige Arbeitslose nach Berlin — und erschwere es dadurch den hiesigen Arbeitern, Beschäftigung zu finden. Der Grundfah des Vereins, bei der Aufnahme nicht nach Namen u. s. w. zu fragen, mache die nach Ansicht mehrerer Magistratsmitglieder nothwendige polizeiliche Kontrolle unmöglich. Diese Anschauungen, welche auch in kommissarischen Verhandlungen zwischen Bevollmächtigten des Magistrats und des Asylvereins zum Ausdruck gelangten, hatten wohl — so meinte der Referent — dazu beigetragen, den Magistrat zur Ablehnung des Gesuchs zu veranlassen. Unter lebhafter Zustimmung der Versammlung gab der Referent der festen Entschliesung des Vereinsvorsitzenden Ausdruck, niemals von den seit 25 Jahren verfolgten Verwaltungsgrundsätzen abzuweichen. Nach wie vor werde der Asylverein den Unglücklichen eine Stätte sein, wo sie ungelannt und ungenannt vorübergehend Obdach und Nahrung finden. Die gewählten Vertreter des Vereins werden nun und nimmer zugeben, daß die Schöpfung werthvoller Menschenliebe zu einem Polizeigewaltsschritt zweiter Klasse gemacht werde.

Leider ein für die gegenwärtigen Zustände nothwendiges Palliativmittel werde der Verein sich stets seiner Aufgabe bewußt bleiben und die seine Anstalten besuchenden Unglücklichen vor allen polizeilichen Maßnahmen schützen. Mit der Aufrechterhaltung des Grundgesetzes der Anonymität seiner Besucher stehe und falle der Asylverein. Nachdem der Magistrat die unentgeltliche Vergabe eines städtischen Grundstücks abgelehnt habe, seien Verhandlungen über den Ankauf eines der Stadt gehörigen Terrains geführt worden. Diese Verhandlungen hätten jedoch kein Resultat erzielt, der Magistrat schließlich das Angebot des Vereins abgelehnt habe. Nach Ansicht des Referenten müsse der Verein nun auf die Hilfe der Stadt verzichten, aus seinen Mitteln zur Beschaffung des Grundstücks und zum Neubau des Männerzuges schreiten. Mit der Aufforderung, die Mitglieder des Vereins möchten durch rege Theilnahme und lebhaftes Agitation für die Zwecke des Vereins dazu beitragen, daß die Aufgabe, welche sich der Verein gestellt habe, recht bald erfüllt werde, schloß der Referent unter lebhaftem Beifall seinen Vortrag.

Das Mitglied, Stadtverordneter Dinse, bezweifelte unter voller Zustimmung zu den vom Referenten vertretenen Grundsätzen, daß die von Singer angeführten Motive für die Ablehnung des Magistrats maßgebend gewesen seien. Redner glaube die Ablehnung des gebotenen Kaufpreises mit dem zu geringen Angebot redichtfertigen zu können.

Im übrigen empfiehlt er die Mithung von Stadtbahnbögen für Asylzwecke. Nach einer kurzen Erwiderung Singers wird dieser Gegenstand verlassen, nachdem der Vorsitzende Thiel die Zustimmung der Versammlung zu den Singer'schen Ausführungen konstatiert hatte.

Der Abg. Träger referirte nunmehr über zwei dem Asylverein zugefallene Vermächtnisse von sehr erheblichem Betrage. Die eine Zuwendung (Person'scher Nachlaß) bringt dem Verein die Summe von etwa 200 000 M., die andere (Guwry'scher Nachlaß) bringt dem Verein in den Wittbeß einer Anzahl werthvoller Grundstücke, deren Veräußerung die Vereinsmittel sehr beträchtlich vermehren wird. Mit der Wiederwahl der statutenmäßig auszuwählenden Mitglieder wurde nach einigen Worten des Vorsitzenden die Versammlung geschlossen.

Der Eingemeindungs-Ausschuß der Vororte hat Montag Abend den Beschluß gefaßt, sich jetzt behufs Förderung der Einverleibung mit einer Immediatengabe an den Kaiser zu wenden. Die von Herrn v. Köhler beabsichtigte Stadtrechtsveränderung, so wurde ausgeführt, sei, obgleich sie gewissermaßen als Scherzschuß von Ritzdorf gemindert worden sei, die unglücklichste Lösung der Sache; sie werde Ritzdorf und Schöneberg ungebührlich belasten, ohne den anderen Vororten zu nützen. Der Vertreter von Weiskes berichtete, daß Herr v. Köhler auf seinem jüngsten Diner beim Champagner erklärt habe, er denke gar nicht an eine Einverleibung und wisse überhaupt von der Sache nichts. Das läßt tief blicken.

Soziales Pflichtbewußtsein in Unternehmerkreisen. Der Inhaber der Konfektionsfirma Lucian in der Landbergerstraße, ein Herr Schleich, legt seinen Arbeiterinnen ein Schriftstück folgenden Inhalts zum Unterschreiben vor: „Wir Unterzeichneten beehühen hiermit, daß wir nicht ausschließlich für die Firma Lucian, sondern auch für andere Geschäfte arbeiten.“ Wer nicht gewillt ist, dies Schriftstück zu unterschreiben, wird auf der Stelle entlassen. Diese Maßregel hat natürlich den Zweck, das Geschäft von der Zahlung der Beiträge zur Krankenkasse, sowie zur Alters- und Invalidenversicherung zu befreien. Die der Firmenträger großmüthig erklärt, ladet er die Lasten der Sozialreform seinen armen Arbeiterinnen nicht an Sparsamkeitsgründen völlig auf den Hals, sondern nur, um nicht mit den Schreibern zu thun zu haben. Diese bezeichnende Begründung ändert natürlich nichts an der Thatfache, daß die Arbeiterinnen zu unrecht geschädigt werden und daß sie oft offenbare Lügen unterschreiben müssen, wenn sie ihr tägliches Brot bei der Firma Lucian nicht verlieren wollen. Leider haben die Arbeiterinnen noch vielfach nicht begriffen, daß es einzig durch eine tüchtige Organisation möglich ist, das Unternehmertum zur Erfüllung seiner selbstverständlichen Pflichten zu zwingen.

Zur Selbsthilfe gegen ihre betrügerischen Bauherren schritten am Montag eine Anzahl Bauarbeiter. Ein Unternehmer läßt gegenwärtig in Gemeinschaft mit einem Baumeister in Moabit einen großen, umfangreichen Neubau aufzuführen, der bereits bis zur dritten Etage gediehen ist. Die Bauarbeiter aber hatten schon 14 Tage bis 4 Wochen lang ihren Lohn nicht erhalten und waren mit der Zahlung bis auf den vergangenen Sonnabend verdröhnet worden. Wer sich an diesem Tage auf dem Neubau nicht sehen ließ, waren die Bauherren, fuhren dagegen gestern per Droschke vor, um den Bauplatz zu inspiziren. Die erbitterten Arbeiter aber, die gleichfalls vollständig anwesend waren, forderten nun die Burschen auf, den Lohn sofort auszugeben; es gelang den Bauunternehmern jedoch, bis zu der auf der Straße haltenden Droschke zu flüchten und davonzufahren. Das Geschäft wurde von den Bauarbeitern, die sich gleichfalls in Droschken warfen, verfolgt und in der Markgrafenstraße gestillt. Jetzt trennten sich die beiden Betrüger; der eine lief in ein Haus dieser Straße, der andere, der Bauunternehmer suchte Zuflucht in einem Gebäude der Lindenstraße. Beiden ging es recht schlecht dabei, denn der Herr Unternehmer wurde von dem Portier des letztgenannten Hauses aufgefordert, dasselbe zu verlassen. Als er dies nicht that, wurde er von einem Schutzmännchen wegen Hausfriedensbruch festgenommen und nach der zuständigen Kreiswache in der Lindenstraße gebracht. Der andere Lumpazius aber, der erwähnte Baumeister, der in einem Hause der Markgrafenstraße weilte, wurde von den empörten Arbeitern herausgeholt und erhielt derartige Prügel, daß er blutüberströmt mittels Droschke nach seiner eleganten Wohnung im Westen Berlins geschafft werden mußte.

Deutsche Küpel. Diese Ueberschrift gaben wir einer der „Nordd. Allg. Zig.“ entnommenen Notiz, die vom unglücklichsten Chauvinismus handelte, dessen sich dem genannten Blatt zufolge einige Sportler schuldig gemacht haben sollten. Hierzu erhalten wir folgende Zuschrift: „Betreffs der der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ vom „Vorwärts“ entnommenen Notiz über die Sitzung des Vorstandes und Ausschusses der geplanten Ausstellung für Sport u. s. w. vom 23. April bemerke ich ergeben, daß ich jener Sitzung gar nicht beigewohnt habe. Aus zuverlässiger Quelle ist mir übrigens mitgeteilt worden, daß der Wortlaut des „Protestes“ nicht richtig von dem betreffenden Berichterstatter wiedergegeben worden sei. Caler.

Theater-Chronik. Das Zentral-Theater bleibt wegen Vorbereitungen zur Operettenpremiere „Figaro bei Hof“ bis Sonnabend geschlossen. Im Neuen Theater wird noch in dieser Saison

Josen's „Wildente“ aufgeführt. Sheridan's „Bäckerhölle“ wird am Donnerstag zuerst im Berliner Theater gegeben. — Cleonore Zuse, die berühmte italienische Tragödin, hat ihr Gastspiel in Mainz wegen schwerer Erkrankung abbrechen müssen und befindet sich jetzt in einer Privatheilanstalt in Mailand.

Tafel die Zigeuner besser sind als ihr Ruf, hat der in der Parochialstraße wohnende Handelsmann Thiersch erfahren, dem am Sonnabend von dem Straßendam fort das Fuhrwerk gestohlen worden war. Der Spühbube, ein gewerbmäßiger Pferdedieb, Schuly, versuchte das Pferd an Mitglieder der Petermann'schen Zigeunerbande, die sich gegenwärtig bei ihrem alten Hauptling in Berlin aufhalten, zu verkaufen. Infolge des enorm billigen Preises wurden die Zigeuner mißtrauisch, sie benachrichtigten die Polizei.

Der Schreiber Mag Niessch, der am Charfreitag in Gemeinschaft mit zwei Bekannten an der Oberbaumbrücke auf dem Wasser leuterte, ist jetzt als Leiche aufgefunden worden.

Die Leiche des vermißt gewesenen Milchhändlers Jurlo aus der Grünauerstr. 14 ist im Landwehrkanal aufgefunden worden. Man vermutet, daß der Tod die Folge eines Unglücksfalles ist.

Selbstmord beging der Kaufmann Nieder wegen schlechten Geschäftsganges. Seine Leiche wurde am Montag an der Gleichmiesstraße gelandet. Sein Vater war vor einiger Zeit gleichfalls in den Tod gegangen, nachdem er Konkurs gemacht hatte.

Mordversuch und Selbstmord. Nach dem „S.A.“ hat die in der Kleinen Hamburgerstr. 10 wohnhafte Ehefrau Bischoff ihre Schwiegermutter dadurch zu erdrosseln versucht, daß sie ihr mit einem scharfkantigen Stück Holz derartig über den Schädel schlug, daß derselbe vollständig bloßgelegt wurde. Der Ehemann der Bischoff brachte die Verletzte nach dem Lazarus-Krankenhaus und machte auf dem Rückwege nach seiner Wohnung bei der Polizei Anzeige von dem Geschehenen, worauf ihm ein Schutzmännchen mitgegeben wurde. Als Frau Bischoff die herannahenden Männer erblckte, schnitt sie sich beide Pulsadern auf und stürzte sich aus dem Fenster ihrer in der ersten Etage belegenen Wohnung auf die Straße hinab. Sie wurde sofort mittels Kopp'schen Krankenwagens nach der Charite transportirt, verstarb jedoch bereits auf dem Wege dorthin.

Die Rentnerin Anna Sch., die mit ihrer 12jährigen Tochter Julie am 21. April d. J. zu früher Morgenstunde vom Halle'schen Ufer aus in den Kanal sprang, nachdem sie das Kind an sich festgebunden hatte, dann aber von einem Schutzmännchen gerettet wurde, ist mit der Tochter aus dem Krankenhaus, wohin sie gebracht wurden, geheilt entlassen.

Von religiösem Wahnsinn wurde am Montag Morgen die Wittwe Heinrich besessen, deren Ehemann sich vor mehreren Jahren erschossen hat. Die Wittwe gründete sich damals ein Grünrommgeschäft in der Werstr. 21, hat dies aber seit kurzer Zeit aufgegeben und wohnt Gerbardstr. 8. Die Polizei hat sich der Frau, die auf der Straße umherlief und unsinnige Reden führte, angenommen.

Beim gewerbmäßigen Vogelfangen wurde der bereits wegen dieses Vergehens verurtheilte 17 Jahre alte Arbeitsschne Schneefski in Lichterfelde abgefagt.

Vom Unglück verfolgt wird die Familie des Wärtlers Heinrich, Kottbuser Damm 5, die aus den Eltern und 5 Kindern besteht. Der Vater war seit Monaten krank und daher arbeitslos. Am Montag war es ihm nach seiner Besserung gelungen, in der Zichorienfabrik von Resag in der Dresdenerstraße Beschäftigung zu erlangen. Als ihn nun die Ehefrau das erste Mal das Mittagbrot gebracht hatte und auf dem Heimwege begriffen war, wurde sie an der Ecke der Prinzen- und Dresdenerstraße von einem Kollwagen überfahren. Sie trug an Kopf und Brust so schwere Verletzungen davon, daß sie nach der Unfallstation III gebracht wurde, wo die Ärzte nach einer schweren Gehirnerschütterung feststellten. Das Ableben der unglücklichen Frau wird stündlich erwartet.

Polizeibericht. Am 20. d. M., vormittags, wurde auf dem Hofe eines Grundstücks in der Fiegelstraße in einem Abfalle die Leiche eines anscheinend gleich nach der Geburt erdrosselten Kindes aufgefunden. — Ein Mann sprang am Schleswiger Ufer bei der städtischen Bade-Anstalt, in der Absicht, sich das Leben zu nehmen, in die Spree. Er wurde noch lebend aus dem Wasser gezogen und nach dem Krankenhaus gebracht. — In einem Hause in der Friedrichsstraße fiel ein Mädchen infolge einer Ohnmacht von der Treppe und erlitt anscheinend innere Verletzungen. — Nachmittags stürzte auf dem Neubau der Gemeindeschule in der Grannstraße ein Maurer beim Abbrechen einer Stangenstütze aus dem zweiten Stocke auf den Hof hinab und erlitt außer einer schweren Verletzung am Kopfe einen Bruch des Oberschenkels. — Im Laufe des Tages fanden zwei kleine Brände statt.

Witterungsübersicht vom 30. April 1895.

Stationen.	Barometerstand in mm reduziert auf 0. Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1-12).	Wetter.	Temperatur (nach Celsius) 30 C. — 40 C.
Swinemünde.	768	NO	2	wolfig	13
Hamburg.	767	O	2	Dunst	13
Berlin.	767	O	2	heiter	12
Biesbaden.	767	NO	2	wolfig	14
München.	768	W	3	heiter	9
Wien.	766	WS	1	bedeckt	10
Paparanda.	773	S	1	wolkenlos	4
Petersburg.	772	WS	1	bedeckt	4
Cort.	768	WS	3	bedeckt	9
Aberdin.	765	WS	2	heiter	11
Paris.	769	N	1	wolfig	9

Wetter-Prognose für Mittwoch, 1. Mai 1895. Warmes, ziemlich heiteres Wetter mit schwachen südlichen Winden; keine oder unerhebliche Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Gewerkchaftliches.

An die Gewerkschaften Berlins!

Den Gewerkschaften und Arbeitern Berlins zur Kenntniß, daß das Gewerkschafts-Bureau am 1. Mai geschlossen ist. Nach Schluß der Versammlungen ersuchen wir, entweder sofort durch Postkarte an das Gewerkschafts-Bureau, Oranienstr. 10, oder wenn sich die beorderten Radfahrer, die sich legitimiren können, melden, an diese die Berichte abzugeben. Vor allem wünschen wir die Angaben, wieviel Arbeiter und Arbeiterinnen sich an den Vormittagsversammlungen betheiligt haben.

Der geschäftsführende Ausschuß der Berliner Gewerkschafts-Kommission.

An die Zimmerer Berlins und der Umgegend. Werthe Kameraden! Die am 28. April im Frempalast tagende öffentliche Versammlung beschloß in anbeacht der immer mehr um sich greifenden Lohnreduzierungen, auf jeder Arbeitsstelle oder Bau einen Platzdeputirten zu ernennen, welcher dem Unterzeichneten Material über die auf den einzelnen Plätzen gezahlten Löhne, über die Zahl der dort arbeitenden Zimmerer, über die Zu-

gedruckt derselben zur Organisation, sowie über sämtliche Unregelmäßigkeiten (Vorkausfall u. s. w.) berichten soll. Außerdem soll dadurch ein engerer Zusammenschluß, event. auch gegen die größten Ausbeuter Front gemacht werden. Es liegt nun wohl im Interesse aller Zimmerer, die Wahl sofort vorzunehmen und die Adresse der ernannten Deputierten dem Vorzeichner in dem Laufe dieser Woche mitzuteilen, um die für uns so wertvolle Einrichtung so schnell wie möglich in Fluß zu bringen. Gleichzeitig beschloß die Versammlung, die Sperre über die Firma Simon u. Co., Gaidenstr. 55/57, bestehen zu lassen, da von der Firma an Stelle der Tischler jetzt wieder Zimmerer gesucht werden zu den niedrigen Affordpreisen. Das Geschäft ist also unbedingt zu meiden. Der Vertrauensmann der Zimmerer: Theodor Fischer, Berlin N., Danzigerstr. 83.

Der jetzige Redakteur der „Deutschen Berg- und Hüttenarbeiterzeitung“, tritt am 1. Mai von der Redaktion zurück, nachdem sie gegen ihn erkannten Gefängnisstrafen in der Höhe von sieben Monaten rechtskräftig geworden sind. Außerdem haben noch drei Anklagen gegen ihn, und zwar je eine wegen angeblicher Beleidigung, Ausreizung und Majestätsbeleidigung. In einem erschütternden Abschiedsworte an die Freunde und Kameraden sagt der Scheidende: Ich bin schwer getroffen worden; habe ich doch das ganze Jahr 1893 vollständig im Gefängnis zubringen müssen. Und wieder sind es 7 Monate, die ich dem Leben entzogen werde, denn im Grunde ist es ein Tod oder hinter Kerkermauern. Kameraden, ich trete ab, ein anderer tritt in die Bresche. Ich fordere Euch auf, nicht zu wanken in dem Streben nach Erhaltung besserer Verhältnisse. Kein Baum fällt auf den ersten Hieb aber Beharrlichkeit führt stets zum Ziel. Dies bedenkt und eine hohe Freude wird es für mich sein, werde ich wieder in die deutsche Freiheit entlassen, Euch alle frisch unverdorren am Werke zu sehen. Erkahmt nicht! Das ist mein Abschiedsgruß. Hoch die Organisation! Glückauf!

Achtung, Töpfer! In der Ofenfabrik von Ritter & Co. in Prenzlau ist wegen Lohnunterschieden ein Streik ausgebrochen. Zugang ist strengstens fernzuhalten.

Der Zugang von Schneidern ist bis auf weiteres noch von Flensburg und Wilhelmshaven fernzuhalten.

Glas- und Porzellanarbeiter! Zugang ist fernzuhalten: Von Oldenburg (Glasmacher), Hörstel (Glasmacher), Bergedorf, Ibbenbüren (Glasmacher), Groß-Oldendorf (Glasmacher), Nadeberg (Schleifer), Rivede-Gier, Frankreich (Glasmacher), und sämtlichen Glätten Belgiens (Glasmacher, Schleifer und Graveren), Berlin (Maler), Begefaß, Altwasser in Schlesien (Lisch u. Ko.), Albersweiler, Turn bei Teplih (G. Woblis), Bessau bei Karlsbad, sämtlichen Porzellanfabriken (Dreher und Maler), sowie von der Majolika- und Terrakottafabrik der Firma A. Keller in Turn bei Teplih Antonwald (Glaschleifer), Schützen-Deutschdorf (Glasgläser), Wälsch (Schweiz), Firma Segel, Hab u. Ko.

Zugang von Tischlern ist fernzuhalten in Beziehung auf Varel (Tietjen's Werkstatt), Mohrbach bei St. Ingbert (Wagner's Werkstatt), Bunzlau i. Schl. (Kühlich's Werkstatt) und Bern in der Schweiz (Firma Marzill); von Bildhauern und Kehlern nach Lauterberg (Hilgeiß); von Drechslern nach S. d. B. (Antemann); von Steinmetz- und Schnitzern nach Schmölln in S. A.

Die Arbeiter der Fabrik von F. Piening in Elmsborn haben die Arbeit niedergelegt und bitten um Fernhaltung des Zugangs.

In Meerane (Sachsen) haben sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen (Joquard- und Schaftarbeiter) der Firma Straß u. Sohn die Arbeit niedergelegt. Grund der Arbeitsniederlegung ist die fortwährende Lohnminderung. Die Arbeiter verlangen nun eine Lohnerhöhung von 25 pCt. auf Joquard, 20 pCt. auf vielfältige Schaftarbeit und 15 pCt. auf gewöhnliche Schaftarbeit. Der jetzige Durchschnittslohn der Joquardarbeiter beträgt bei vollständiger Arbeit wöchentlich 9—10 M., bei den Schaftarbeitern 7—8 M.

Die Werft in Lübeck hat den streikenden Malern 40 Pf. Mindestlohn pro Stunde und für stehende sowie eiserne Maschinen 10 Pf. Zuschlag bewilligt.

Die streikenden Anmacher Solingens treten in einem Flugblatt den vielen unwahren Behauptungen entgegen, die von den Fabrikanten über die Beziehung der Arbeiter kolportiert werden. Gegenüber ihren Ungeheuern wird angeführt, daß die Anmacher trotz 12—14stündiger täglicher Arbeitszeit nur zwischen 12 und 18 M. wöchentlich verdienen. In dem Flugblatt wird es jedem freigestellt, sich durch Einsicht in die Lohnbücher von der Richtigkeit dieser Angaben bei dem Vorstande des Anmachervereins zu überzeugen. Zum Schluß heißt es: Unser Kampf ist nicht frivol vom Haune geblasen, sondern uns von den Fabrikanten aufgezwungen worden!

Ueber die Ursache des Bergarbeiter-Ausstandes in Wollan wird aus Grog gemeldet, die Arbeiter hätten die Wiederanstellung eines entlassenen Arbeiters und außerdem Lohn-erhöhung gefordert, was von den Bergwerksbesitzern abgelehnt worden wäre.

Unter Einflusse des Wiener Zieglerstreiks begann auch unter den Zieglerarbeitern Pilsens eine Lohnbewegung. Die Direktion des betreffenden Werkes bewilligte darauf den Arbeitern sofort 5 Kreuzer Lohnerhöhung für 1000 Ziegel mit der Bitte, sie sollten nur weiter arbeiten. Das geschah denn auch.

Ueber den Händlungsarbeiter-Ausstand wird der „Abein. Zeitung“ aus Paris gemeldet, in der ersten Sitzung der Kommission, die mit der Prüfung der Mittel zur Erzeugung des weißen Phosphors bei der Händlungs-Fabrikation beauftragt ist, habe Ministerpräsident Ribot, der in der Sitzung den Vorsitz führte, die betreffenden Belehnten ermahnt, die Erörterung dieser Frage so schnell als möglich zu erledigen. Die Kommission wird zu dem Zwecke wöchentlich zweimal tagen. Der Streik selbst nimmt seinen Fortgang.

In Ohio und West-Virginien wird, wie die „Times“ melden, ein ausgebreiteter Kohlenarbeiterstreik erwartet, da die Grubenbesitzer die Löhne herabsetzen wollen.

Kunst und Wissenschaft.

Die Große Berliner Kunstausstellung wird in diesem Jahre ungewöhnlich früh, am 1. Mai, eröffnet und kann bis Ende September besichtigt werden. Man hat es beklagt, daß uns in diesem Jahre kein sogenannter „Jahrestag“, ähnlich wie in Paris, beschieden war. Das heißt, daß der Versuch ausgegeben wurde, das Hauptereignis im Bereiche der bildenden Kunst mit einer Weibe zu feiern, an der die „Auswahl der Berliner Gesellschaft“ sich beteiligte. Was das unter Umständen bedeuten kann, das haben wir alle nach von der letzten großen Jubiläumsausstellung her lebhaft in Gedächtnis. Damals glich der Ausstellungspalast zu Nooit einem Feldlager, und unsere fremden Gäste schätzten bedenklich mit den Köpfen, als sie die Kavalleristen in den Park sprengen sahen. Diesmal wird es bei der Eröffnungsfeier einfacher zugehen. Es sind die Spitzen der Militär- und Zivilbehörden geladen, wie der offizielle Ausdruck lautet. Damit ist nach korrektem preussischem Stil die Bedeutung des künstlerischen Ereignisses genügend gewürdigt.

Doch das sind begleitende Nebenumstände, die am Ende mit dem inneren Werth der großen Jahresausstellungen nichts zu thun haben. Der Gelegenheit hatte, in der diesjährigen Ausstellung vorerst

sichtige Umschau zu halten, der wird zugeben müssen, daß die Kunstschau in diesem Sommer weit mehr zu sagen haben wird, als im Vorjahre. Das kommt daher: Man sieht wiederum die Hölzchen fallen, die den Berliner Kunstmarkt ängstlich schützen sollten. So weit sich in dem Wirrwarr, den jede noch unfertige Ausstellung auszuweichen pflegt, überschauen läßt, kommt freilich dabei die Berliner Kunst selber arg ins Gedränge. In ihrem Durchschnittsmasse stellt sie den Tiefstand der gegenwärtigen Kunstproduktion dar. Man muß aber gerechterweise erwägen, daß in Berlin zunächst das örtliche Interesse mitspricht. Für Berlin bedeutet die Ausstellung den großen Kunst-Jahresmarkt, an dem die Masse der Verehrten und Unverehrten Antheil haben möchte. Daher die Fülle nichtsfagerer Arbeiten. Schlimm ist es, daß diesem werthlosen Ueberflusse so wenig originales hier entgegenstellt werden konnte. Bisherlich wird die traurige Beleuchtung, in der Berlins Kunstschaffen erscheint, freundlicher, wenn erst die Ausstellung vollendet ist. Wie es noch gestern schien, haben sich Berliner Künstler besten Namens ferngehalten oder die Ausstellung ganz ungenügend besichtigt. Vereinzelt nur tauchen Versuche auf, daß jemand aus der jüngeren Künstler-schicht große malerische Probleme behandelt; so in einem Stollsalgemälde Dittmann's, das die winternächtliche Szenerie darstellt, als Kaiser Wilhelm's Reichnam nach dem Dom überführt wurde.

Den Gegenpol zur Masse der Berliner bilden die Pariser Gäste mit ihren amerikanischen Verbänden. Sie bedeutet der Besuch der Pariser eine friedliche Eroberung. Es konnten mit einer Elite-truppe ins Treffen rücken; sie brachten eine Auswahl von Werken, die in den letzten Jahren entstanden waren, vereinigen und so kommt es, daß fast keine einzige ihrer Arbeiten in den drei großen Gruppen, in die sie sich spalten, ohne individuelle Bedeutung, ohne Charakter ist. Jede der drei Gruppen, die die Hauptausstellung der diesjährigen Ausstellung bilden werden, hat einen großen Saal für sich in Anspruch genommen; im mittleren Saale herrscht die jüngere sührende Kunstschule vom Marsfeld, und Künstler, deren Schaffen ehemals vielumstritten, heute anerkannt ist, wie Besnard, der farbenreißige Puvis de Chavannes, hervorragen in dekorativen Elementen, der nachdenkliche Courtois, der markige Porträtmaler, sind hier vertreten.

Im Saale zur Linken ist die „ehrsamere“ und konservativere Künstlergruppe vom Elysee vereinigt; hier findet man Werke von Bouguereau, Le Douane, und ein paar der geistreichen, flottesken Porträts der ganzen Ausstellung von Boldini. Im Saal zur Rechten hängen die Arbeiten der Amerikaner. Dies originale, in Paris aufgewachsene Künstlergeschlecht, ist uns nicht fremd mehr in Berlin. Zur Aufrechterhaltung der großen Jubiläumsausstellung war eine Uebersetzung, die alten Namen lehnen diesmal wieder. Der elegante Stewart, Walter Gay, Melchers Weefs, Mac Ewen, und zu ihnen gesellt sich der wunderbar frische Garifon, der hervorragendste Kenner wohl aus der ganzen Schaar. Vom Hang zum Mysticismus, der neuerdings durch die französische Literatur zieht, ist in der Ausstellung der Pariser kaum ein Hauch zu verspüren, wenigstens in der Auswahl, die man traf.

Was unsere Münchner nach Berlin gesandt haben, das ließ sich gestern noch nicht überschauen. Sie scheinen sich im allgemeinen auf eine Auswahl dessen, was sie im vorigen Sommer daheim zu München zur Schau brachten, beschränkt zu haben. Der Schreiber dieser Zeilen sah fast ausschließlich Bilder, denen er im Vorjahre zum größeren Theile bei den Sezessionisten in der Prinzregentenstraße, theils auch im Gasopalast gelegene; unter ihnen Franz Stud's Allegorie von der Sünde, Paul Heder's Nymne mit dem Bundnamen, Lamberg's interessante Porträts, Albert Keller's neue Versuche. Erreulich ist, daß der fernhafte Leibl aus Dachau, bei uns sonst ein seltener Gast, diesmal mit einer ganzen Serie von Bildern kommt. An den Münchnern, die nicht in so konzentrirter Kraft auftreten, wie die Gäste aus Paris, läßt sich eher ein gerechtes Verthmaß für die Berliner finden; aber wie schlecht kommen auch da die Berliner weg. Da ist Leben, Ringen, Vorwärtsbewegen, Wärme! und etwas wie nächtliche, verdrossene Stimmung lagert drückend auf der Berliner Kunst. Damit sind natürlich nur flüchtige Eindrücke gekennzeichnet. Ein näheres Eingehen sei auf später verpart.

Gerichts-Beitrag.

Eine Anklage, die gestern hinter verschlossenen Thüren vor der 2. Strafkammer des Landgerichts I verhandelt wurde, eröffnete wieder einen Blick in einen tiefen moralischen Abgrund. Auf der Anklagebank saßen drei Dienstmädchen und neben ihnen ihre drei Dienstherrn, erstere unter der Beschuldigung des versuchten Verbrechen gegen leimendes Leben, letztere wegen Beihilfe dazu. Die Anklage bildete ein kleines Kapitel zu einem Sittenroman in da siebels, denn die Mädchen hatten sich von ihren Dienstherrn verführen lassen und auf deren Rath dann eine überberücklichtete Frau aufgesucht, die ein schimpfliches Gewerbe betreibt. Letztere hat sich ihrer Strafe durch die Flucht entzogen. Von den angeklagten drei Paaren wurde das eine freigesprochen, weil hier noch kein Versuch im strafrechtlichen Sinne festgestellt werden konnte, sondern erst vorbereitende Handlungen vorlagen. Die beiden anderen angeklagten Mädchen wurden zu 2 bzw. 6 Monaten, die mitangeklagten Männer zu 6 bzw. 7 Monaten Gefängnis verurtheilt.

Als ein Unternehmer, der seine „Autorität“ auszunutzen versteht, zeigte sich der Bädermeister Eduard Krause, welcher gestern unter der Anklage der wiederholten thätlichen Beleidigung und der Freiheitsberaubung vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I stand. Es traten gegen ihn vier junge Mädchen als Belastungszeuginnen auf, die bei ihm Verkäuferinnen gewesen waren. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Aus der Urtheilsverkündung ging hervor, daß der Angeklagte sich in unsittlicher Weise gegen seine Verkäuferinnen vergangen und in einem Falle sein Opfer über eine halbe Stunde lang eingesperrt hatte. Der Gerichtshof verurtheilte ihn zu einer Gefängnisstrafe von vier Monaten.

Der seit dem Tode des Landgerichtsdirektors Maritz verwaltete Posten des Direktors der 4. Strafkammer am Landgericht Berlin I ist jetzt durch den neu ernannten Landgerichtsdirektor Denso besetzt worden.

Gegen den Abgeordneten Dr. Bödel ist ein Verfahren wegen Aufreizung zum Klassenhaß von der Staatsanwaltschaft eingeleitet worden. Es handelt sich um ein Gedicht „Brutus, schläft Du?“, das in der von Bödel und Ahlwardt herausgegebenen Zeitung abgedruckt war.

Notenfälscher-Prozess in Sibirien. Die „Nomoje Wremja“ meldet aus Tobolsk: In dem Prozesse gegen 32 Personen, welche 19 Jahre lang falsche Kreditbillets angefertigt und deren im Betrage von 200 000 Rubel in Verkehr gesetzt hatten, wurden 10 Personen zu Zwangsarbeit in der Höhe von 8—9 Jahren verurtheilt und die übrigen freigesprochen.

Versammlungen.

Altdorf. Die Freie Vereinigung der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter vollzog in der Mitgliederversammlung am 21. April die Erziehung des Vorstandes. Das Amt des ersten Vorsitzenden wurde dem Mitglied Heinemann und die Stellvertretung dem Mitglied Spenser übertragen. In die Sachkommission delegierte die Versammlung die Mitglieder Meier und Koloff. Bei Verprechung von Vereinsangelegenheiten ermahnt das Mitglied Labe die Kolonnenführer, sie mögen darauf achten,

daß bei Annahme von Arbeitskräften doch zunächst diejenigen berücksichtigt werden, welche 15—16 Wochen arbeitslos sind.

Landmannschaft der Schilowitz-Golzheimer u. Berlin. Mittwoch, den 1. Mai, abends 9 Uhr, bei Tzelle, Händlungsplatz 1 (Wassergasse).
Vereinigung „Italia“. Mittwoch, den 1. Mai, abends 9 Uhr, bei Tzelle, Händlungsplatz 1 (Wassergasse).
Verband Deutscher Gardiere, Friseur und Perückenmacher. (Gewerkschaft Berlin.) Donnerstag, den 2. Mai, bei König, Neue Friedrichstraße 44: Versammlung.

Vermischtes.

Zum Untergang der Elbe. Aus London wird gemeldet: Der mit der Feststellung der Todesursache bei den mit der Elbe Berührung betraute Coroner hat den Antrag der Eigentümer der „Grathie“ auf fernere Vertagung der Untersuchung abgewiesen.

Das Reichenschaugericht in Sachen des Zusammenstoßes der „Elbe“ mit der „Grathie“ wurde am Dienstag in Lowestoft in Gegenwart des Kapitäns Wilson vom Handelsamt, des Kapitäns Donner und der bisherigen Rechtsbeistände fortgesetzt. Holman, der Rechtsbeistand der Eigner der „Grathie“, beantragte Vertagung und setzte auseinander, während die Zeugen der „Grathie“ einem Kreuzverhör unterzogen würden, hätte er keine Gelegenheit, die überlebenden Mitglieder der Mannschaft der „Elbe“ zu vernehmen. Der Reichenschaugericht entschied, daß die Verhandlung fortzusetzen sei. Der Koch der „Grathie“, Sharp, erklärte, als er um 5 Uhr 25 Minuten am Morgen der Kollision auf Deck gekommen sei, habe er, als er über die Bordbordseite blickte, etwas gesehen, was verschiedenen Lichtern von Fischerbooten glich; als er sich nach der Kambüse begeben habe, wo das Feuer brannte, habe er den Steuermann und den Ausguckmann gesehen, die dort bis zum Augenblick der Kollision gestanden hätten. Der Matrose Dram sagt aus, er habe das Steuerbord um 4 Uhr morgens übernommen; er habe das Licht des anderen Dampfers, als dieser 20—30 Yards entfernt war, gesehen und sofort das Steuerbord auf Bordbord gelegt; unmittelbar darauf sei der Zusammenstoß erfolgt. Vor und nach demselben habe er laut gerufen und gedacht, die Rufe müßten von dem Mann auf dem Ausguck gehört werden. Matrose White sagt aus, er habe zuerst das Licht der „Elbe“ gesehen, als diese etwa 2 englische Meilen entfernt war. Er habe zuerst ein rothes und ein grünes Licht bemerkt, aber beinahe auf der Stelle sei das rothe Licht verschwunden und nicht wieder aufgetaucht. Das Verschwinden desselben sei der Grund gewesen, daß er seine Beobachtungen nicht mitgetheilt habe, obwohl er, wie er zugibt, dies hätte thun sollen. Der Obersteuermann Geig der „Grathie“ bestreitet die Angabe, daß er zur Zeit des Zusammenstoßes in der Kambüse gewesen sei.

Bei einem Brande im Dorfe Brzeska, so wird aus Breslau gemeldet, sind 63 Besetzungen eingedacht worden; nur der geringste Theil des verlorenen Gutes ist versichert. Zwei Frauen und ein Knabe sind in den Flammen umgekommen; mehrere Personen werden vermisst. 80 Familien sind obdachlos. Aus Oswiegem kamen mehrere Wagen mit Lebensmitteln an.

Großes Aufsehen erregte in Wien die Entdeckung, daß es einem jungen, bildhäßlichen Mädchen, einer geborenen Ungarin, möglich war, sich fünf Jahre lang in Männerkleidung als Stallpöge und dergleichen unentdeckt durchzuschlagen. Sogar eine regelrechte Brautnacht mit einem anderen Mädchen wußte es zu unterhalten. Die Täuschung ist vor einigen Tagen entdeckt und die seltsame Heirat, die in diesem Sommer stattgefunden sollte, somit zu Wasser geworden.

Ueberschwemmung. Nach Meldungen aus Grog sind die Thur und die Raab theilweise aus ihren Ufern getreten und haben Weiler und Wiesen unter Wasser gesetzt. Wösendorf bei Grog ist überschwemmt.

Aus Laibach wird vom Montag berichtet: Sonntag Nachmittag um 7 Uhr 5 Minuten erfolgte ein heftiger kurzer Erdstöß mit vorhergehendem starken Geräusch. Nachts erfolgten zwei schwächere Stöße. Das regnerische kalte Wetter macht sich für die Feldbewohner recht empfindlich bemerkbar. Der Barackenbau schreitet fort. Die Sicherheit und der Sanitätszustand sind normal. Die Adaptierungs- und Demolirungsarbeiten schreiten fort.

Aus Laibach wird vom Dienstag gemeldet: Um 1 Uhr 37 Minuten nachts erfolgte ein harter Erdstöß unter rüttelnder Bewegung, der über eine Sekunde dauerte. Die Bevölkerung wurde alarmirt und verließ vielfach die Häuser. Neue Schäden wurden nicht festgestellt.

Prinz Voog-Cordwarem wurde in Brüssel wegen Betrugs (Schwindels im Betrage von mehreren Millionen) verhaftet. Der Prinz ist der Sohn des Herzogs Voog-Cordwarem und gehört dem höchsten belgischen Adel an.

Der Dammbrech bei Vouzey. Aus Mey wird berichtet: Infolge der Katastrophe bei Vouzey geht die Wofel seit Sonntag Mittag sehr hoch. Bei starkem Gewitterregen steigen die gelbbraunen Fluthmassen immer noch. — Die Staatsingenieure erklären, der Dammbrech sei durch äußerlich nicht bemerkbare Veränderungen herbeigeführt worden, welche der Winterfrost in dem Mauerwerk verursacht. — Aus Espinal wird vom Dienstag gemeldet: Der Bürgermeister von Donibre ist gestorben. Er hat bei der Katastrophe seine drei Achten, einen Schwager und zwei Schwägerinnen verloren. — Bisher sind 68 Leichen aufgefunden. Der Departements-Ingenieur Denis theilt einem Berichterstatter über das Reservoir von Vouzey folgende technischen Einzelheiten mit. Der Kanal benötigte täglich 40 000 bis 50 000 cbm Wasser für seiner Speisung. Man konnte nicht daran denken, dieses große Quantum der Wofel zu entnehmen, und stellte deshalb einen künstlichen See her, welcher während der Regenzeit angefüllt werden und im Sommer den Kanal speisen sollte. Das natürliche Becken oberhalb Vouzey war für diesen Zweck sehr günstig gelegen. Durch Herstellung der Dämme wurde dann der sogenannte Teich von Vouzey gebildet, welcher eine Oberfläche von 128 Hektar hatte. Man war gerade damit beschäftigt, den Teich zu füllen; an der vollständigen Füllung des Reservoirs fehlten nur noch 100 000 Kubikmeter. Es ist fraglich, ob man den Damm von neuem aufbauen wird; die Rücksicht auf die Empfindungen der Bevölkerung wird verhindern, daß man einen ähnlichen Damm aufführt, selbst wenn dessen Festigkeit über jeden Zweifel erhaben wäre. — Ein Fachmann erklärt in einer Zuschrift an den „Temp“, die Anlage des Teiches von Vouzey hätte an dem Fundamentalfehler gelitten, daß der Boden aus porösem Thon bestehe, durch welchen das Wasser durchgesickert sei und allmählich die Festigkeit des Grundmauerwerkes vernichtet habe.

Schiffszusammenstoß. Aus Odessa wird vom Dienstag berichtet: Der Dampfer „Kohobue“ der Russischen Dampfschiffahrt-Gesellschaft, der sich ohne Passagiere auf der Fahrt von Sebastopol nach Odessa befand, kollidirte 12 Werst von Sachant mit dem russischen Kriegsdampfer „Penderakia“, welcher von Nikolajew nach Sebastopol ging. Der „Kohobue“ erhielt einen Stoß in die Seite und ging sofort unter; der „Penderakia“, obgleich selbst ernstlich beschädigt, rettete 37 Personen der Besatzung des „Kohobue“, während drei davon und zwei zufällig auf dem „Kohobue“ befindliche Passagiere ertranken. Die Kollision soll auf die Nichtbeachtung der Regel, sich rechts zu halten, zurückzuführen sein.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Brief- (bzw. Buchstaben) oder eine Postkarte anzugeben unter der die Antwort ertheilt werden soll.

W. B. Die betreffende landwirtschaftliche Ausstellung bei Berlin-Treptow wurde am 6. Juni 1894 eröffnet und am 11. Juni geschlossen.

G. H. 40. Sprechen Sie auf der Redaktion vor.

W. 100. Landesdirigent des Arbeiter-Sängerbundes ist Fr. Kortum, Rantaustraße 70.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Mittwoch, den 1. Mai.
Opernhaus. Der Troubadour.
 Morgen: Hänsel und Gretel.
Schauspielhaus. Die Nibelungen.
 Morgen: Die Nibelungen.
Deutsches Theater. Die Weber.
 Morgen: Weh dem, der lügt.
Lesing-Theater. Ein Erfolg.
 Morgen: Der Herr Senator.
Berliner Theater. Madame Sans-Gêne.
 Morgen: Die Lästerschule.
Neues Theater. Die Nerven.
 Vorher: Die Massagetur.
 Morgen: Demi-Monde.
Schiller-Theater. Die jätlichen Verwandten. Hierauf: Ein Strafrapport.
 Morgen: Don Carlos.
Friedrich-Wilhelmstadt Theater. Der Obersteiger.
 Morgen: Diefelbe Vorstellung.
Residenz-Theater. Bernaud's Ehekontrakt.
 Morgen: Diefelbe Vorstellung.
Adolph Ernst-Theater. Madame Suzette.
 Morgen: Diefelbe Vorstellung.
Central-Theater. Geschlossen.
 Morgen: Geschlossen.
Alexander-Platz-Theater. Durchgegangene Weiber. Alle 5 Variationen.
 Morgen: Diefelbe Vorstellung.
National-Theater. Die lebende Brücke.
 Morgen: Diefelbe Vorstellung.
Theater Unter den Linden. Rund um Wien. Dorothea.
 Morgen: Diefelbe Vorstellung.
Sallealliance-Theater. Geschlossen.
 Morgen: Geschlossen.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
American-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.

(Wallner-Theater.)
 Mittwoch, 1. Mai, abends 8 Uhr:
 Die jätlichen Verwandten und Ein Strafrapport.
 Donnerstag, 2. Mai, abends 8 Uhr:
 Don Carlos.
 Freitag, 3. Mai, abends 8 Uhr:
 Don Carlos.
 Sonnabend, 4. Mai, abends 8 Uhr:
 Die jätlichen Verwandten und Ein Strafrapport.
 Sonntag, 5. Mai, nachm. 3 Uhr:
 Don Carlos. Abends 8 Uhr:
 Zum 1. Male: Ultimo.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 132.
 Direktion: Max Samst.
 Casspiel der amerikanischen Gesellschaft **William Calder.**
 Vorlegte Woche:
Die lebende Brücke.
 Großes Sensationschauspiel mit Musik in 4 Akten (11 Bildern), nach dem Englischen von Sutton Vane, überfetzt von H. Schwab. Dirigent: Adolph Wisdecke. Regie: Max Samst.
 Kassenöffnung 8 1/2 Uhr. — Anf. 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Diefelbe Vorstellung.

Central-Theater

Alte Jakobstraße Nr. 30.
 Mittwoch, Donnerstag, Freitag wegen Vorbereitung geschlossen.
 Sonnabend, den 4. Mai 1895:
 Novität! Zum 1. Male: Novität!
 Unter artistischer Leitung des Herrn **Adolf Brahl** vom königl. Gärtnerplatz-Theater in München:
Figaro bei Hof.
 (Boccaccio.)
 Operette in 3 Akten (nach Beaumarchais' Memoiren) von Bohrmann-Riegen.
 Musik von Alfred Müller-Nordén.

Urania

Anstalt für volkstümliche Naturkunde.
 Am Landes-Ausstellungspark (Lehrer Bahnhofs).
 Geöffnet von 5-10 Uhr.
 Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.
 Näheres die Anschlagzettel.

Passage-Panopticum.

Neu!
 Eine Fahrt auf dem **Golf** von **Neapel.**



Adolph Ernst-Theater

Madame Suzette.
 Vaudeville-Posse in 3 Akten von Ordonneau.
 Musik von Edmond Audran, Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Diefelbe Vorstellung.
 Sonntag, den 5. Mai, nachmittags 3 Uhr, zum besten der Hilfsbedürftigen in Laibach. Bei halben Preisen.

Charley's Tante.

Billetbestellungen zu dieser Vorstellung werden bereits von heute ab an der Kasse entgegengenommen.

Unter den Linden 21.

Nur noch diese Woche täglich.
Ben-Ali-Bey's orientalische Magie.
 Sonntag, 5. Mai: Saison-Schluss. Familienkarten Gültigkeit.

Kaufmann's Variété.

Königstrasse, Kolonnaden.
 Heute:
Ensemble-Casspiel der **Neumann-Bliemchen's** Leipziger Vaudeville-Gesellschaft:
 Neumann, Wilh. Wolff, Horvath, Gipner, Lemko, Feldow und Ledermann.
 Novität! Novität!
 Zur Umfuzvorlage.
 Zeitgemäße Posse von Wilhelm Wolff.

Castan's Panoptikum.

Ein Flug durch die Luft!
 Chamly's mysteriöse **Katakomben.**
 Reichskanzler Fürst Hohenlohe.

Ich habe meine Sprechzeit auf 8 bis 10 vorm. und 4 bis 6 nachm. verlegt.
Dr. Gustav Heymann, Staligerstr. 108 (Oranienstr. 207).

Müllerstraße 148.
 Nach langen Mühen habe ich endlich mein 9000 Quadratmtr. gr. Garten-Restaurant eröffnen dürfen, was ich hiermit allen Freunden, Bekannten und sonstigen Gönnern bestens empfehle.
M. Meißner.

Ein altes Kartoffel- und Frings-Geschäft ist billig zu verkaufen Voltmannstraße 7, **Rihmann.** 892b

Violin-Unterricht.

gut und fördernd, wird ertheilt **Wissnaterstr. 39,** vorn 1 Tr. r. 631*

Wo kauft man

eine gute **Cigarre?**
 Lausigerplatz 1, bei **Binneböfer.**

Herren-Hüte 1,25
Einsegnungs-Hüte 85 Pf.
 neueste Façons verkauft das Fabrik-tomptoir, jetzt **Barnimstr. 4 u. 5 I.**

Sargmagazin

u. Verdingungs-tomptoir, **Schuhmacher** (fr. 140 im Keller) jetzt **Swinemunderstr. 142,** im Laden.
Geschäfts-Eröffnung.
 Allen Freunden und Bekannten, insbesondere meiner werthen Nachbarschaft und Umgegend zur Nachricht, daß ich am 1. Mai 1895 eine **Casswirtschaft** verbunden mit großem **Frühstückstisch,** welchen ich mit früherer **Wurst** und **Schlachtfest** eröffne, übernommen habe, wozu ergebenst einladet der Unterzeichnete.
W. Perste, Casswirth, Neue Friedrichstraße 98/99.

! 1000 (Modell) Damen!

Spizen — seidene Sommertragen, nur Capes 7,50—25,00. Jaquet-Kostüme 10—15,00. Aparte Regenmäntel und Sommerjaquets, um zu räumen, 5,00 bis 15,00, wasserdicke Staubmäntel von 5,00—15,00. **Landbergerstraße Nr. 59, 1 Treppe.**

Möbel.

einzelne, vollständ. Ausstattungen, billig, solide Arbeit. Theilzahlung.
J. Kellermann, Neue Jakobstr. 26

Kinderwagen.

Rollen-, Leiter- und Sportwagen.
 Größtes Lager **Berlin's** Fabrikpreise, keine Marktschreierei. Musterbücher gratis. Alte Wagen käuflich. Theilzahlung gestattet.
Andreasstraße 53, 1. Etage.

Unserem lieben Freunde und Kollegen **Herrn Schernewski** zu seinem heutigen Geburtstag die herzlichsten Glückwünsche.
B. M. P. M. Sch. B. A. 899b

Buchhandlung des „Vorwärts“

Bauthstr. 2, Berlin SW,
 Zur **Maifeier**

ist feoeben erschienen und von uns für Deutschland in Vertrieb genommen worden:

Was haben wir erreicht?
 Ein Rückblick auf die Bewegung für die Achtstunden-Arbeit.
 Von **H. Thurow** und **H. Fronter.**
 Preis 20 Pf.

Dieses Schriftchen giebt auf 2 Bogen eine kurz gefasste Darstellung der Fortschritte, welche der Gedanke des Achtstundentags in den einzelnen Ländern in praktischer Hinsicht bei den Arbeitern, bei den Unternehmern und bei den Behörden gemacht hat. Wir empfehlen dasselbe bestens.

Bildhauer, Stuckateure!

Bei günstigen Wetter Nachmittags **Familien-Ausflug** nach **Restaur. Karpfenteich,** am Alten Trepptower Weg.
 Die **Kommission.** 72/20

Herrn Ramlow's

Weiss- u. Bairisch-Bierlokal.
 Zwei neu renovirte Kegelhöhlen.
 Vereinszimmer.
135 Schönhauser Allee 135.

Neu eröffnet:

Restaurant und Stehbiecherhalle
Emil Krutenberg,
Königsbergerstr. 13.

Max Klem's Volksgarten

Hofenstraße 14/15.
 Mittwoch, den 1. Mai d. J.:
Gr. Frei-Konzert.
 In den Sälen:
Gr. Ball.

Halte den geehrten Vereinen mein Lokal sowie meine drei überdeckten Sommerbahnen bestens empfohlen, auch ist der 1. Pfingstfeiertag zur Matinee, sowie nachmittags zu vergeben.
Max Klem.

Armin-Hallen

Kommandantenstraße Nr. 20
Säle und Vereinszimmer
 von 20-600 Personen.
 NB. Noch einige Sonnabende und Sonntage zu vergeben.

Freundliche Hofwohnungen, 2 Stuben, Küche, Klozet, Keller, eigener Korridor, sind mit 75 bis 90 Thlr. sofort zu vermieten.
Hausverwaltung Mühlentstr. 8, nahe der Oberbaum-Brücke.

kleines möbl. Zimmer (sep. Eing.) für 1 auch 2 P. bei **Pförtner,** Georgenkirchstraße 24a, Quergeb. 3 Tr.

Frei. Schlafst. 1 od. 2 Herren, zu verm. **Mariannenstr. 40, v. 2 Tr.,** Gorte. 905b

Möbl. Schlafst. ist zu verm. Kaiser **Friedrichstr. 4, H. 1. 4 Tr. b. Turm.** 906b

Frei. möbl. Schlafst. f. 2 P. mit sep. Eing. **Admiralstr. 40, v. 2 Tr. b. Ruhmert.**

f. ein P. St. u. K. (65 Thlr.) n. vorn 3. l. 7. b. Hoch, **Dresdenerstr. 38, v. 2 Tr.**

Schlafst. b. Merkel, **Dresdenerstr. 134, v. 4 Tr.** 898b

1 leere Stube ist zu verm. **Frantzstraße 2, vorn part.** 883b

Arbeitsmarkt.

Gefübte **Karton-Arbeiterinnen** verl. 886b
Bijerre, Chorinerstr. 4.

Lithograph, vollständig eingearbeitet auf englische Schrift, nur allererste Kraft bei höchstem Gehalt gesucht. Adresse unter **A. L. 30** an d. Exp. d. Bl.

Eine ältere Frau od. Mädchen f. d. ganzen Tag bei zwei Kindern sucht für sofort **W. Knorr,** Landberger-Allee 134, vorn 4 Tr. Son 7 Uhr abends zu erfahren. 901b

Bedarbeiterin, die Maschinenfalten für Sig.-Zaschen brechen kann, sucht **7522M**
Adam, Pringenzstr. 33.

Zur die hiesigen Leser liegt der heutigen Nummer unseres Blattes die gestrige Gewinnliste der preuss. Lotterie bei.

Freie Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker

Berlins und Umgegend.
Versammlung
 am **Freitag, den 3. Mai cr.,** vormittags 10 1/2 Uhr, bei **Buss,** Große Frankfurterstraße 85.

Tages-Ordnung:
 1. Bericht des Vorstehenden für das Geschäftsjahr 1894/95. 2. Neuwahl des Gesamtvorstandes. 3. Bericht und Neuwahl des Bibliothekars. 4. Aufnahme neuer Mitglieder. 5. Verschiedenes.
Der Vorstand.
 Gleichzeitig findet die Billetausgabe zum bevorstehenden Stiftungsfeste statt.

Wilmerdorf.

Klingenberg's Volksgarten, Berlinerstraße Nr. 40.
 Sonntag, den 5. Mai 1895:

Große Arbeiter-Maifeier

verankaltet vom **Arbeiter-Verein Wilmerdorf,**
 verbunden mit **Grossem Garten-Concert**
 unter gütiger Mitwirkung der Gesangsvereine „**Rothe Nelke**“, **Schöneberg**, „**Liedertafel**“, „**Abendroth**“ und „**Dorfglocklein**“, **Wilmerdorf** (Mitglieder des Arbeiter-Sängerbundes), unter Leitung des Dirigenten **Herrn A. Miersch**, sowie eines stark besetzten Orchesters unter Leitung des Kapellmeisters **Herrn Thiele.**
Festrede, gehalten vom Genossen **O. Antrick.**
 Im großen Saale: **Tanz.** Anfang 4 Uhr. Programm 20 Pf.
 Die Kaffeefische ist von 2 Uhr an geöffnet.
Das Komitee.

Am 1. Mai

bleibt mein Geschäft den ganzen Tag geschlossen.
Th. Mayhofer Nachf., Sozialdemokr. Buchhandlung,
Berlin N., Weinbergsweg 15b. 897b

Arbeiter Berlins!
 Die Fabrikate der ausgesperrten Schuhmacher in **Erfurt** werden jetzt, außer in den belanuten Verkaufsstellen, in den eigenen Niederlagen **Bellealliancestr. 98/99** und **Rosenthalerstr. 63/64** in vorzüglichster Beschaffenheit zu den billigsten Preisen verkauft. Wir bitten uns durch realitische Einkäufe zu unterstützen. 2290L*
Deutsche Schuhfabrik G. Markus & Co.

Künstl.Zähne 2M. Vollst. schmerzli. Zahnziehen 1M. Plomben 1,50 M. Rep. 20c. Theilz. Zahnarzt **Wolf,** Leipzigerstr. 22. Spr. 8-7 Uhr.

Dr. Thompson's Seifenpulver
 ist das beste
 und im Gebrauch billigste und bequemste
Waschmittel der Welt. 878M

C. Fröhlich's Gesellschafts-Säle und Garten.

Schönhauser Allee 161.
 Jeden Sonntag, Montag, Mittwoch: **Großer Ball.** Säle für Vereine und Gesellschaften. **Kaffeeküche.** Kegelhöhle noch einige Tage frei.

Größtes Etablissement der Reichshauptstadt.	Ausstellung Italien in Berlin. Stadtbahnhstation Zoolog. Garten. Eröffnung	Größte Sehenswürdigkeit in Berlin.
der diesjährigen Saison am 14. April, nachmittags 2 Uhr. Auftrien der neu engagirten 12 italienischen Sängerdörre und Musikkapellen. Maestro Cav. Gialdo Gialdini mit seinem Opern-Orchester, der Bersaglieri-Kapelle (Dirigent Maestro Giacomo Gatti), des italienischen Sorenamen-Orchs (Damen und Herren) unter Leitung des Maestro Donizetti Gaetano, der italienischen Volksänger-Gesellschaft Signor Raphaelo Liberti, Perna, Delarosa, Tribuni, Lorenzo, Salvatore, Facienda Rafaelo, der italienischen Tänzer-Gesellschaft Marano und Gletti u. a. m., sowie Auftreten des Ensembles des Berliner American-Theaters und schließlich: der schönen Margherita Astarti, des Sternes der Weltausstellung von Chicago.		
Täglich: Großer Gondel-Borso auf dem Canale grande.		
Besuchtestes Vergnügungslokal der Residenz.	Entre 50 Pf. Familien-Abonnements pr. Saif. à 10 M. verb. v. 1. Mai an i. den Bureaus d. Direktion ausgegeben.	Neu: Novitäten in besten populären italienischen Konzerten.

Achtung!

Mein 3. Café, Frühstückslokal, gut gehend, Kaiserstr. 26, gegenüber dem Polizeipräsidium, das jetzt **S. Berger** führt, ist zu verkaufen. Geld kann hinterlegt werden, bis Käufer sich überzeugt. Passend für einzelne Leute.
Ebel, Seydelstr. 17. 900b

Vereinszimmer zu verged. **Brunnenstraße 76,** Cadeffilation. 890b

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.
 Von der **Geschichte des Sozialismus** erschien soeben der erste Theil des ersten Bandes.
Die Vorläufer des neueren Sozialismus.
 Inhalt des ersten Theils
 Von **Plato bis zu den Wiedertäufern.**
 Von **Karl Kautsky.**
 Preis broschür. M. 3.—, gebd. in Lwd. M. 4.—, in Hftbr. M. 5.—

Kommunales.

Der von der Stadtverordneten-Versammlung eingesetzte Ausschuss zur Vorberatung der Eingemeindung der Vororte trat gestern Abend unter dem Vorsitz des Stadtverordneten-Vorsitzers Dr. Langerhans zusammen und nahm zunächst Kenntnis von einigen zur Sache eingegangenen Petitionen, die sich für eine Einverleibung der Vororte in größerem Umfang ausdrücken und namentlich die nördlichen Vororte eingemeindet wissen wollen.

Der Ausschuss beschloß in eine Generaldiskussion über die Notwendigkeit und den Umfang der Eingemeindung einzutreten und daran anschließend eine Spezialberatung darüber vorzunehmen, welche Vororte der Versammlung zur Eingemeindung empfohlen werden, und welche Bedingungen hierfür maßgebend sein sollen. Nachdem der Oberbürgermeister, der mit dem Stadtrath Soigt als Magistratskommissar an den Verhandlungen teilnimmt, mitgeteilt hatte, daß ihm Nachrichten über die Stellung der Regierung zu der Eingemeindung der Berliner Vororte nicht zugegangen sind, nahm der Stadtverordnete Singer das Wort und machte etwa folgende Ausführungen. Eine Einverleibung in größerem Umfang sei durch die Ausdehnung, welche Berlin gewonnen habe, durchaus notwendig. Ohne Einverleibungs-Fanatiker zu sein, wolle Redner die Vororte, deren Interessen mit denen Berlins verwachsen seien, eingemeinden. Wenn auch die Interessen Berlins für die Entschleunigung der städtischen Behörden in den Vordergrund treten, so dürfe man doch nicht vergessen, daß die Bewohner der Vororte zum großen Teil in Berlin thätig sind, den Wohlstand Berlins vermehren und daß hieraus den Vororten ein Anspruch erwächst, in ihren Schul-, Armen- und Krankenlasten von Berlin unterstützt zu werden. Aber auch das Interesse Berlins verlange aus hygienischen Rücksichten gebieterisch die Einverleibung der Vororte. Unsere gesundheitslichen Einrichtungen vermögen nur dann wirklichen Nutzen zu stiften, wenn wir dieselben auf die Vororte übertragen und uns dadurch vor etwaigen gesundheitschädlichen Einwirkungen sichern. Auf die Erörterung der Detailfragen übergehend, wendet sich Redner energisch gegen einen etwa beabsichtigten Ausschluß der nördlichen Vororte. Die Präponderanz des Westens dürfe nicht noch mehr gesteigert werden dadurch, daß man nach Westen hin Berlin vergrößert, den Norden und Osten aber unberücksichtigt läßt. Das Zentrum der Stadt dürfe nicht nach den Westen verlegt werden. Die westlichen Stadtteile sind seit Jahrzehnten durch städtische Anlagen und Einrichtungen sehr erheblich bevorzugt worden. Wenn in den allerletzten Jahren ein mäßiger Ausgleich eingetreten sei, so läge dies daran, daß der Westen keine Wünsche in dieser Beziehung mehr habe. Im Osten und Norden müsse einverleibt werden, weil auf diesem Terrain eher die Herstellung billiger Wohnungen zu erhoffen sei, als auf dem etwa im Westen der Stadt einzunehmenden Terrain. Redner wendet sich dann noch gegen die Magistratsvorlage, welche die Verbindungsbahn als Grenze für die Eingemeindung ziehen will und betont sehr energisch, daß namentlich von einer Zerreißung der Gemeinden bei der Einverleibung nicht die Rede sein könne. Am Schlusse seiner Ausführungen erachtet Redner den Ausschuss, diese wichtige Frage nicht nach engherzigen und kleintlichen Gesichtspunkten zu entscheiden, kein Stück- und Flickwerk zu schaffen, sondern sich bewußt zu sein, daß wenn Berlin sich nicht an die Spitze der Eingemeindungs-Bewegung stellt und durch besonnene aber doch weitgehende Vorschläge die Zustimmung der maßgebenden staatlichen Faktoren erringt, sehr leicht der Fall eintreten kann, daß sich die Einverleibung über unseren Kopf hinweg aufgezungen wird und wir dann den Einfluß auf die Gestaltung der Dinge verlieren. Die Verwaltung des vergrößerten Berlin könne im Rahmen der Städteordnung durch Verkaufschüsse und Verwaltungsdeputationen erfolgen.

Stadtv. Rommelen wendet sich gegen die Ausführungen Singer's. Redner hält eine Einverleibung im Westen für notwendig und zweckmäßig, belämpft dagegen die Eingemeindung der nördlichen Vororte. Die historische Entwicklung dränge nun einmal nach dem Westen und die Stadt könne diesem Zuge nicht widerstehen, sondern hätte ihn zu unterstützen. Eine Theilung

der Gemeinden hält Redner für zulässig und spricht sich unter den von ihm ausgeführten Bedingungen für eine Eingemeindung in mäßigem Umfange aus.

Stadtv. Cassel will die Frage ausschließlich aus dem finanziellen Interesse Berlins beurtheilt wissen. Redner sieht einer Einverleibung nicht sympathisch gegenüber und kann nur unter dem Zwange der Verhältnisse für die Eingemeindung von Vororten eintreten. Er möchte am liebsten die Frage aufschieben, auch schon um deswillen, weil im Augenblick die Regierung die Sache nicht mehr so betreibt. Wenn jedoch einverleibt wird, dann kommt für den Redner in erster Linie der Norden in Betracht; in dieser Beziehung, sowie in der Frage bezüglich etwaiger Zerreißung einzelner Vorortsgemeinden theilt Redner vollkommen den Singer'schen Standpunkt.

Stadtv. Dr. Langerhans ist gegen jede Einverleibung. Was in hygienischer Beziehung notwendig ist, könne durch Zweckverbände der beteiligten Gemeinden geschehen. Redner hält bei einer Gemeinde, wie Groß-Berlin werden würde, die Selbstverwaltung für gefährdet; es gäbe dann keine gemeinsamen Interessen mehr. Wenn einverleibt werden soll, so hält Redner die enge Grenze der Magistratsvorlage für richtig und spricht sich gegen die Einverleibung Charlottenburgs aus.

Stadtv. Hellriegel möchte am liebsten garnicht einverleiben; wenn aber, dann auf jeden Fall im Norden. Sein Standpunkt ist: ohne Norden keine Eingemeindung.

Stadtv. Sachs II wünscht eine genaue Untersuchung der thatsächlichen ökonomischen und hygienischen Verhältnisse der Vororte, um die Notwendigkeit und den etwaigen Umfang der Eingemeindung feststellen zu können. Redner wünscht eine Magistratsvorlage, ob etwa vorhandene Uebelstände in den Außengemeinden deren Einverleibung im Interesse Berlins notwendig machen. Gegen eine etwaige Bevorzugung des Westens spricht sich auch dieser Redner aus.

Stadtv. Meyer I tritt in allen Punkten den Singer'schen Anschauungen bei. Redner bezieht sich auf die Verhandlungen der gemischten Deputation, glaubt, daß die befürchteten Verwaltungs-Schwierigkeiten nicht eintreten bezw. leicht behoben werden können, und plaidirt für eine Eingemeindung der Vororte in den Grenzen, welche die gemischte Deputation bereits beschlossen hat. Diese Eingemeindung würde zwar erheblich weiter gehen als wie der Magistrat beabsichtigt, aber der Redner ist mit Singer der Ansicht, daß eine so große Frage nicht mit kleinen unzulänglichen Mitteln gelöst werden könne.

Stadtv. Dr. Langerhans erinnert an die großen Ansprüche, welche Noabit und Gesundbrunnen nach ihrer Einverleibung in den sechziger Jahren gemacht haben und befürchtet, daß die jetzt in Frage stehenden Vororte ebenfalls unerfüllbare Ansprüche an Groß-Berlin stellen werden. Redner findet, daß die Einverleibung ein Hinderniß darstellt für die sachgemäße Erledigung der kommunalen Aufgaben unserer Stadt.

Ober-Bürgermeister Zelle giebt eine Darstellung über die Ansichten des Magistrats in der Eingemeindungsfrage und bittet, über die Magistratsvorlage nicht hinauszugehen. Redner ist der Ansicht, daß die Stadt Berlin, unbekümmert um etwa veränderte Auffassung der Regierung, Vorschläge in der Angelegenheit machen müsse. Von der herrschenden Strömung befürchtet der Ober-Bürgermeister eine Schmälerung des Selbstverwaltungsbereichs durch Abänderung der Städteordnung.

Mit dem Vorsitz der Versammlung meint der Redner, daß Berlin zur Besserung der hygienischen Verhältnisse in den Vororten seine gesundheitslichen Einrichtungen (Kanalisation, Wasser u. s. w.) auch ohne Einverleibung auf die Vororte übertragen kann. Redner legt in großen Zügen seine Ansicht über die Bedingungen, unter denen eine Eingemeindung erfolgen könnte dar und meint, daß für eine Uebergangszeit von den neuen Gemeindegürgern für kommunale Leistungen besondere Beiträge geleistet werden müßten. Die Verbindungsbahn ist nach Ansicht des Redners eine sehr brauchbare und die natürliche Grenze für die Einverleibung. Einer Theilung der Gemeinden bei der Eingemeindung stehe nichts im Wege. Die Vorortsgemeinden hätten zuzusehen, wie sie mit den Restgemeinden wirtschaften können. Mit dem Westen und Süden sei Berlin zusammengewachsen, mit dem Norden dagegen nicht. Im

Magistrat sei keine Begeisterung für die Eingemeindung. Wenn eine Einverleibung statifände, wolle der Magistrat keineswegs über die in seiner Vorlage gezogene Grenze hinausgehen.

Die Generaldiskussion wurde hierauf geschlossen und die weitere Berathung auf Antrag Singer's vertagt. Im Laufe der weiteren Verhandlungen wird sich der Ausschuss über den Umfang und die Bedingungen der der Versammlung zu empfehlenden Vorortseingemeindung schlüssig machen.

Nächste Sitzung Montag, den 6. Mai, nachmittags 5 Uhr.

Veranstaltungen.

Auch die Frommen machen mobil gegen die Umsturzvorlage; in einer Resolution, die der vom „Evangelischen Bund“ einberufenen Volksversammlung am Montag Abend vorgelegt wurde, werden die evangelischen Mitglieder des Reichstages „dringend“ gebeten, einer durch das Zentrum derartig verböseren Vorlage ihre Zustimmung zu verweigern. „Insbesondere protestirt die Versammlung,“ heißt es wörtlich, „gegen die in der genannten Vorlage hervortretende Tendenz: einerseits der Religion und der Kirche einen zu weitgehenden polizeilichen Schutz zu gewähren, und andererseits die Freiheit des geistigen Kampfes für die Reinheit des Evangeliums zu unterbinden.“ — Der Referent für den Punkt der Tagesordnung: Der Einfluß der römischen Kurie auf die deutsche Gesetzgebung, gab sich große Mühe, das Walten dieser „Macht von jenseits der Berge“ als einzig und allein schädlich für die Entwicklung deutschen Geisteslebens hinzustellen; als ganz besonders verdammenswerth erschien dem frommen Herrn Konsistorialrath die Aufhebung des sogenannten Kanzelparagraphen. Das römische Joch, meint er, kann nur abgeschüttelt werden, wenn die Hohenzollern sich zu einer „That“ entschließen (!). Eine wenig beneidenswerthe Rolle spielte in der Versammlung der Pastor Schall, der als einziger „evangelischer Christ“ aus den Parlamenten erschienen war. Bei dem Bestreben, sein Kollektiv mit dem Zentrum mit „höheren politischen Gesichtspunkten“ zu entschuldigen, fand er bei den Anwesenden so wenig Gegenliebe, daß seine Ausführungen oft mit heiligem Widerspruch beantwortet wurden. Die — Offenheit, mit der dieser Diener der christlichen Kirche es aussprach, daß ihm zur Bekämpfung der Sozialdemokratie jedes Mittel recht sei, machte auf seine anwesenden Amtsbrüder offenbar einen sehr peinlichen Eindruck. Der streitbare Herr v. Gerlach, der Redakteur des „Volk“, wurde den Arrangements der Protestversammlung sehr unbehagen, als er sehr treffend darauf hinwies, daß durch die Hintermänner des Bundes, die staatsverhaltenden, mittelparteilichen Kreise die ganze Umsturzhege eingeleitet sei. Der Redner trat für die Aufhebung des Kanzelparagraphen ein, damit die christlichen Geistlichen verankert würden, gegen die Mißachtung der göttlichen Gebote bei der Sonntagsenthüllung (Unadentische) und in der Duellfrage Stellung zu nehmen. Das wirkte wie ein Peitschenhieb. Herr Schall machte ein sehr böses Gesicht, die Versammlung zitterte und der Herr Vorsitzende that sehr indignirt und entzog dem Redner das Wort.

Der Allgemeine Arbeiter- und Arbeiterinnen-Verein tagte am 22. April. Die vom Kassirer den Mitgliedern unterbreitete Abrechnung weist eine Einnahme von 399,75 M. und eine Ausgabe von 161,19 M. auf. Hieraus wird die Wahl eines Vergütungskomitees, des Bibliothekars und dessen Stellvertreters vollzogen. Sodann fand ein Vortrag des Genossen Jahn über die Sonntagsruhe in der Industrie allseitig zustimmende Aufnahme. Für zwei gemäßigtere Mitglieder bewilligte der Verein die übliche Unterstützung.

Im Verein deutscher Schuhmacher (Klasse I) gab in einer Versammlung am 22. April Genosse Niederauer in einem interessanten Vortrag Erläuterungen über das Vereins- und Versammlungs-gesetz. Bei der Erledigung der Vereins-Angelegenheiten macht der Vorsitzende bekannt, daß am 26. Mai der Versuch in der Arania stattfindet. Bilets sind in den Vereins-versammlungen zu haben und werden nur an diejenigen verabfolgt, die nicht im Rückstand mit ihren Bilets sind.

Der Graf von Mansfeld.

(Fortsetzung.)

Zu Böhmen führte Mansfeld den Krieg auf eigene Faust. Die Stadt Pilsen hatte er stark besetzt und unternahm von dort aus Züge in das Land. Da erhielt er aus Prag Befehl, zu den Truppen der Direktoren zu stoßen, die sich von dem heranziehenden kaiserlichen General Buquoy bedroht sahen. In dem Ort Ratolitz kam es am 10. Juni zum Treffen. Mansfeld wollte der Besatzung zu Hilfe kommen und wurde bei Rablat in den Hauptkampf verwickelt. Buquoy, mit der Pistole in der Hand, forderte den Mansfeld persönlich mit dem mehrmals wiederholten Ruf: Vions ça, fils de putain, vions ça (Komm her, Du S... Sohn). Mansfeld flüchtete vom Schlachtfeld mit dem Verlust seines Fußvolkes, des Gepäcks, seiner Kanäle und Kanonen. Seine Papiere wurden nach Wien geschickt. — Siegen, dem Gegner stand halten, konnte Mansfeld nicht. Desto hervorragenderes leistete er im Verwüsten des Landes. Der Geschichtsschreiber sagt von ihm: „Mansfeld ist der Lehrmeister des dreißigjährigen Krieges; die späteren Gottesgeißeln des deutschen Landes haben das Handwerk ihm abgesehen.“

Aus Prag wird aus jener Zeit berichtet: „Sie (die Anhänger Friedrich's von der Pfalz) alle wußten es und sprachen es offen aus, daß Mansfeld höchst unzuverlässig sei, daß man sich keines Gehorsams von ihm zu versehen habe, daß aber die Unbändigkeit gerade seiner Soldner das Landvolk zur Verzweiflung bringe.“

Er überfällt,“ wird über Mansfeld gemeldet, „das bayerische Dorf Schachen, plündert es und zündet drei Bauernhäuser an, wird aber noch denselben Abend von dem bayerischen und würzburgischen Volk so freundlich begrüßt, daß er der einfallenden Nacht zu danken gehabt, so anädiglich davon gekommen zu sein.“ Er zog sich in sein sicheres Pilsen zurück.

Mansfeld war allenthalben verdächtig geworden. Einmal wird von den Anhängern Friedrich's von der Pfalz der Vorschlag gemacht, weil er mit seinem Volk durch Raub und Plünderung dem Königreich großen Schaden zufüge, ihm auch sonst nicht zu trauen sei: so möge man auf Mittel und Wege bedacht sein, sich seiner zu bemächtigen und ihn mit allen den Seinigen niederzuhaun. Das betreffende Schreiben wurde von Mansfeld aufgefangen. Mansfeld unterhandelte gleichzeitig mit den Anhängern Friedrich's von der Pfalz und mit den Kaiserlichen, um sich

nach der Höhe und Sicherheit des Lohnes schließlich für den einen oder den anderen zu entscheiden. Der König Friedrich von Böhmen entließ ihn seines Dienstes.

Dem Kaiser bot Mansfeld die Uebergabe von Pilsen an unter den folgenden Bedingungen: Drei Tonnen Gold baar; Aufhebung der Reichsacht; völlige Gnade und Pardon, kaiserliche Legitimation seiner Person; die Würde eines Reichsgrafen und schließlich die Statthalterchaft von Luxemburg.

In derselben Zeit verlangte er von dem Herzog von Savoyen Mittel zur Bezahlung des rückständigen Soldes, der sich auf 500 000 Livres belief.

Den böhmischen Ständen, nach dem Abzug Friedrich's, bot er durch seinen Unterhändler Pforte die Herausgabe von Pilsen und Labor unter folgenden Bedingungen an: Aufhebung der Reichsacht, General-Pardon, 200 000 Gulden baar und 200 000 Gulden in Wechsel auf Nürnberg. Für einen seiner Obersten, Frank, besonders verlangt er 10 000 Gulden. —

Bald darauf entschloß sich Mansfeld zu neuen Bedingungen. Er bot auf das Pferd 20 Reichsthaler Handgeld und 15 Gulden Monatssold. Mehr hatte vor ihm noch kein Kaiser oder Kriegsfürst geboten. Daneben „erbuht er sich, ihnen den Raub gänzlich zu lassen.“ — In jener Zeit gehörte alles, was sich in einer eroberten Stadt vorfand, nach Kriegsgesetz den Soldaten; mit Ausnahme der schweren Geschütze und der Thurmlocken, welche Eigenthum des siegreichen Feldherrn wurden.

An den ungarischen Rebellen Bethlen Gabor schreibt Mansfeld aus Schlaggenwalde, Bethlen möge ihm ungarische Reiter schicken; an 2000 Pferde. Er selbst wolle in wenigen Wochen 15 000 Mann beisammen haben.

Der Kaiser erneuerte die Reichsacht über Mansfeld und setzte einen Preis von 100 000 Gulden für den aus, welcher den Mansfeld lebendig einbringe; von 10 000 Gulden für den, welcher ihn todt einliefere.

Wie Mansfeld seine Soldaten anwarb, wurde in jener Zeit folgendermaßen geschildert: „Wenn ihm einer 50 oder 100 Soldaten zuführt, giebt er ihm einen hohen Befehl, obgleich derjenige seine Lebstage keinen todtten Mann im Felde gesehen.“

Als General legte er sich die verschiedensten Titel bei. Einmal nennt er sich „Generalfeldmarschall des Herzogs von Savoyen“. Ein anderes Mal meldet der kurländische Oberst Wrzesjoweh: „Das neue Volk, das der Mansfelder hat

werden lassen, — die müssen allein ihm schwören als bestalltem Feldmarschall des Königreichs Böhmen, und da wird weder Pfalzgraf noch ein anderer Fürst mit einbegriffen.“

Nicht lange nachher bot Mansfeld die von ihm behaupteten Plätze dem Kurfürsten von Sachsen für zwei Millionen Gulden an und rückte in die Oberpfalz ein. Aus Heidelberg meldet der pfälzische Rath Camerax: „Der traurige Zustand in der Oberpfalz ist nicht zu schildern, das Mansfeldische Kriegsvolk haust übel.“

Aus Eger meldet der kurländische Oberst Wrzesjoweh: „Weil Mansfeld den Soldaten kein Geld giebt, so läßt er ihnen ihren Muthwillen; sie plündern, was sie antreffen.“

Am 8. April 1621 bietet Mansfeld den Generalstaaten (Holland) an: — sich en foi de cavalier für eine Summe von 200 000 Gulden seine Armee dahin zu führen, wo die Generalstaaten sie haben wollen.“

In jener Zeit verfügte Mansfeld über etwa 18 000 Mann. Damit suchte er die Stifte Bamberg und Würzburg heim und brandschatzte auch den ganz wechlofen Landgrafen von Leuchtenberg in Pfreimds. Welche Leute das Raubgesindel Mansfeld's befehligten, geht aus dem folgenden hervor:

Table listing names and amounts: G. Ernst Gr. v. Mansfeld Rgt. zu Fuß, dessen D.-L. 2 000; Graf Heinrich von Ortenburg 2 000; J. Wilhelm v. S. Weimar Rgt. zu Fuß, D.-L. Bismann 3 000; J. Casimir Graf zu Leventstein, D.-L. Frenthim 2 000; Joachim Carpizan, dessen D.-L. ist der von der Heid. 2 000; Pötkis wirkt ein Rgt. zu Fuß, soll Butler D.-L. werden 2 000; Valh. J. von Schlammerdorf kommandirt als D.-L. ein halbes Rgt. 1 000; So hat der Mansfeld noch an altem Volk zu Fuß 12 000; Summe zu Fuß 15 000; Reiterei; J. Wilhelm von S. Weimar 1 000; Markgraf Sigismund von Brandenburg 1 000; G. Frh. von Weimar 500; So hat der Mansfelder noch an alter Reiterei 2 500; Summe der Pferde 3 000.

Nachdem Mansfeld von den Generalstaaten 100 000 Thaler erhalten hatte, bot er seine Dienste zur Abwechslung wieder einmal dem Kaiser an. Er wandte sich an seinen

Der Hochverein der Musik-Instrumentenarbeiter hielt am 22. April im Vereinslokal Oranienstraße 51 seine Mitgliederversammlung ab. Vor Eintritt in die Tages-Ordnung wurde das Andenken des verstorbenen Vereinsmitgliedes Paul Rodenberg in der üblichen Weise geehrt. Den Vortrag hielt Genosse **K. N. R. I. C. H.**, der unter dem Titel: „Welche Aufgaben stellt uns die Gegenwart und die Zukunft“ behandelte und zum Schluß seiner Ausführungen die Nothwendigkeit der Forderung auf Verlängerung der Arbeitszeit begründete. Sodann wurde als Treffpunkt für die in früherer Versammlung beschlossene Herrenpartie am Stimmelfahrtstag das Lokal von **H. R. I. E. D. I. C. H.**, Friedrichstr. 1 in **O. R. A. N. I. E. N. A. U.**, morgen 8 U. H. r. bestimmt. Der Vorsitzende sprach noch den Wunsch aus, daß die Kollegen in den einzelnen Werstätten lebhafter für den Besuch der Versammlungen, welcher in letzter Zeit sehr schwach war, agitieren mögen. Die nächste Versammlung findet am **S. O. N. N. A. B. E. N. D.**, den 4. Mai, im selben Lokal statt.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Ansp. arbeiter hatte am 22. April den Antrag, betreffend den Anschluß an den Holzarbeiter-Verband, zur Berathung gestellt. Nach einer längeren Debatte wurde einer Kommission der Auftrag zu theil, die erforderlichen Schritte einzuleiten. Für die streikenden Ansp. arbeiter in Schmölln bewilligte die Versammlung eine Unterstützung von 50 M. Nach Erledigung einiger Vereinsangelegenheiten erfolgte der Schluß der Versammlung.

Der Verband der in Holzbearbeitungsfabriken und auf Holzplätzen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hielt am 23. April eine Mitgliederversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Mitgliedes **W. I. S. T. E. I. N.** in der üblichen Weise. Der Vorsitzende giebt den Mitgliedern sodann bekannt, daß der Anschluß an den Holzarbeiter-Verband mit 94 Stimmen Majorität abgelehnt ist. Die Abrechnung des Kassirers weist einen Bestand von 208.80 M. auf, und ergab der Ueberschuß vom Raasensball die Summe von 90.95 M. Dem Kassirer wurde für seine Kassensführung Dankerzweise. Sodann wird die Neuwahl des Vorstandes vollzogen, die folgendes Resultat ergab: **K. A. S. C. H. U. B. O. W. S. K. I.** und **H. I. D. L. E. R.**, Vorsitzende; **S. C. H. U. L.** und **O. F. F. E.**, Kassirer; **M. A. J.** und **K. A. U. N.**, Schriftführer; **P. U. M. P.**, **F. R. E. S. E.** und **E. G. E. R.**, Revisoren. In die Rechtschutts-Kommission wurden die Mitglieder **S. A. U. E. R. A. P. F.**, **F. R. A. N. Z.** und **V. I. E. H.** delegirt. Die Arbeitsnachweis-Kommission bilden die Mitglieder **L. A. U. N.**, **W. I. R. T. H. O. L.**, **S. T. I. D. I. N. S. C. H.**, **E. G. E. R.**, **W. I. S. C. H.**, **H. E. I. S. C. H.** und **P. U. M. P.**. Arbeitsnachweis, Bibliothek und Verkehrslokal befinden sich jetzt **A. D. E. R. S. T. R.** 145 bei **W. I. E. L.**.

Die hiesige Filiale des Vereins der Lithographen, Steindruckere und Verlagsgeoffenen hielt am 25. April in den Armishallen ihre Generalversammlung ab. Der Kassirer bericht pro 1. Quartal 1895 ergab folgende Zusammenstellung: Einnahmen 1421.80 M., Ausgaben 586.38 M., an die Hauptkassa abgeführt 885.42 M. Aus dem Jahresbericht, den der Kollege **S. C. H. U. P. T. E.** gab, ging hervor, daß der Verein neben 12 ordentlichen Monatsversammlungen, 10 Verwaltungssitzungen sowie eine ganze Reihe von Branchen- und Geschäftsversammlungen abgehalten hat. Anlässlich des Leipziger Streiks sind seitens der Berliner Filiale 4600 M. nach Leipzig gesandt worden. Die Statistik der Arbeitsnachweise bezügl. der Arbeitslosigkeit pro 1894—1895 ergibt folgendes Resultat: Gemeldet als arbeitslos 320. Davon waren Mitglieder 292, Nichtmitglieder 27. Von diesen waren verheirathet 187, die 232 Kinder besaßen. Ledige Mitglieder waren arbeitslos 192. In Summa ergibt dies an arbeitslosen Wochen 2040 und einen Gesamtverlust an Wochenverdienst von rund 45 900 M. Nachdem noch betont, daß die Benutzung der Bibliothek in erfreulicher Weise zugenommen habe, wurde der Jahresbericht einstimmig angenommen. Nach Niederlegung der Aemter des alten Vorstandes erfolgte durch Wahl per Akklamation die Neuwahl desselben. Es wurden gewählt: **S. C. H. U. P. T. E.** zum 1. **F. R. I. E. D. E. W. A. L. D.** zum 2. **B. E. V. O. L. L. M. A. C. H. T.** zum 1. **J. A. N. G. E. N.** zum 2. Kassirer; **F. E. I. C. H. N.** zum 1. **G. U. T. K. N. E. C. H.** zum 2. Schriftführer; **F. E. I. D. L. E. R.**, **F. L. E. I. D. R. I. C. H.** und **E. G. Y. H. E. N.** zu Revisoren und die Kollegen **L. A. N. G. E.**, **D. U. A. S. T.** und **G. U. N. T. H. E. R.** zu Kassenschriftföhrern. Hierauf folgte die Berathung einiger Anträge zu der während der Pfingstfeiertage stattfindenden Generalversammlung in Nürnberg. Es handelt sich dabei um eine nothwendig gewordene Erweiterung des Statuts namentlich bezüglich eines Minimallohnes, bezüglich Aufnahme von Arbeiterinnen, betreffend eine Arbeitslosen-Unterstützung, Modifizirung der Reise-Unterstützung und zwar so, daß pro Kilometer 2 Pf. berechnet werden, und diese Unterstützung bis zu 1000 Kilometern bezogen werden kann u. s. w. Sämmtliche Vor schläge wurden seitens der Mitglieder einstimmig gutgeheißen. Die projektierte Wahl der Delegirten für Nürnberg ward der außerordentlich vorgedrängten Zeit wegen vertagt und beschloffen, zu diesem Zweck innerhalb 14 Tagen eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen.

Raffen, René de Chalou, Gouverneur von Gult und bat ihn mit dem Kaiser zu verzhöhen.

Der Erzherzog **Albrecht** ging darauf ein und befahl **Chalou**, mit **Mansfeld** zu unterhandeln. Zugleich aber unterhandelte **Mansfeld** um 50 000 Gulden mit den Generalstaaten und um weitere Gelder mit der Stadt **Strasburg**. Der Vertrag mit dem Kaiser kam zu stande. Danach sollte **Mansfeld** für seine Truppen 750 000 Gulden baar und für seine Person 200 000 Reichthalere, zu 8 Gulden den **Thaler**, erhalten.

Digby, der englische Gesandte, erhielt Kenntniß von dem Vertrag und bot **Mansfeld**, um ihn bei der Sache des **Palzgrafen** zu halten, 40 000 Pfund Sterling. Die Hälfte dieser Summe händigte er **Mansfeld** sofort ein, indem er sein Tafelgeschirz verkaufte. Allein auch **Digby** wurde von **Mansfeld** hintergangen. Drei Jahre später trafen die beiden wieder in London zusammen. Obgleich damals **Mansfeld** allgemein gefeiert wurde, so behandelten ihn doch **Digby** und **Graf Bristol** mit Verachtung.

Es dauerte nicht lange, da brach **Mansfeld** den Vertrag mit dem Kaiser und fiel in die Unterpfalz ein.

Aus jener Zeit wird berichtet: „Die **Mansfelder** haben die armen, unbewehrten Bauern hausenweise in die brennenden Häuser mitten in die Flammen geworfen und diejenigen, die sich retten wollten, wie die Hunde niedergeschossen. Sie haben die Kirchen ausgebrochen, beraubt, die Altäre abgerissen, die Taufsteine auf unehrliche Weise zu Schanden gemacht. Sie haben alle Weibspersonen öffentlich geschändet und nach verübtem Muthwillen dieselben ins Feuer geworfen. — Ja — sie haben junge Kinder von neun, zehn Jahren mit unaussprechlicher teuflischer Anzucht verderbt, so lange unmenschlich rottenweise verschändet, bis sie unter ihnen gestorben. Wie ihrer dann junger und alter Weibsbilder eine gute Anzahl drei Tage danach in offenen Wegen, an den verbrannten Scheuern noch unehrlich, unbedeckt, todt gefunden worden, andere aber barmhertzig verderbt, daß sie kaum athmen können und nach wenigen Tagen ebenfalls weggestorben. Sind das nicht in den hohen Himmel rufende und ewig freche begehrnde Laster?“

Mariendorf. Am 21. April hielt der Arbeiter-Bildungsverein für **Mariendorf** und Umgegend seine Generalversammlung ab. Laut Kassenericht war eine Einnahme von 22.50 M. und eine Ausgabe von 41.40 M. zu verzeichnen, sodas mit dem Bestand vom vorigen Quartal von 39.50 M. ein Bestand von 21.60 M. vorhanden ist. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden **G. U. S. T.**, **S. C. H. N. E. I. D. E. R.**, **M. A. R. I. E. N. D. O. R. F.**, als 1. Kassirer und **G. O. S. T.**, **S. C. H. M. I. D.**, **M. A. R. I. E. N. F. E. L. D.**, als 2. Kassirer gewählt. Als Bibliothekar wurde **W. O. T. T.**, **M. A. R. I. E. N. D. O. R. F.**, **B. E. R. G. H. T.** 30, wiedergewählt. Um den Genossen, die wegen der resignirten Beiträge aus dem Verein ausgeschlossen sind, den Wiedereintritt zu erleichtern, ist der § 5 dahin geändert, daß die betreffenden nur 50 Pf. Einschreibegeld zu entrichten haben. Zugleich wurde der Wunsch ausgesprochen, recht regen Gebrauch von dieser Vergünstigung zu machen. Zum Schluß wurde eine Agitationspartie angeregt, die weiteren Schritte hierzu wurden dem Vorstand überlassen.

Friedrichsberg. Hier tagte am 22. April eine öffentliche Versammlung der Gewerkschaften, in der Genosse **P. I. A. N. N. U. C. H.** über **R. U. G. E. N.** und **Z. W. E. C. H.** der Gewerkschaftsbewegung sprach. Die Diskussion gestaltete sich sehr lebhaft, da von mehreren Gewerken Vertrauensleute erschienen waren. Genosse **S. E. M. P. E. L.** forderte die Vertreter an, sich in den Vororten mehr um die Organisationen zu kümmern. Als Beispiel führt **W. E. D. N. E. R.** die Tischler an, die vor einem Jahre in die Agitation eingetreten sind, und durch ihre stetige Agitation schöne Erfolge erzielt haben. Der Anregung des Redners wurde allgemein zugestimmt und das Versprechen abgegeben, das Versäumte nachzuholen.

Charlottenburg. Das hiesige Gewerkschaftskartell hielt am 28. April im Lokal „**Bismarckshöhe**“ eine öffentliche Versammlung ab, in der zunächst die diesjährige Maifrage zur Verhandlung stand. Erledigt wurde dieselbe dahingehend, daß sich jede Gewerkschaft dem Beschluß der öffentlichen Volksversammlung vom 26. März (des Vormittags eine öffentliche Versammlung und am Abend eine Festlichkeit zu veranstalten) fügen möge. Genosse **K. E. I. M. A. N. N.** (**M. A. U. R. E. R.**) gab hierauf den Bericht der Herbergskommission. Wie derselbe berichtet, hält es schwer, hier selbst ein zu einer Herberge geeignetes Lokal zu finden, allerdings habe sich nur ein Wirth gefunden, der auf unsere Bedingungen eingehen wolle; aber da die Lage des Lokals weit entfernt vom Bahnhof liegt, so ist es besser, wir bemühen uns nach einem anderen, mehr in der Nähe des Bahnhofes gelegenen Lokal. Wie sich des weiteren in der Diskussion herausstellte, sind die anderen beiden Kommissionsmitglieder in ihren Pflichten lässig gewesen und es wurden demnach auf Antrag **P. I. E. M. M. I. N. G.** zwei neue Kommissionsmitglieder gewählt. Die jetzige Kommission bilden **K. E. I. M. A. N. N.** (**M. A. U. R. E. R.**), **K. U. B. E.** (**Z. I. M. M. E. R. E. X.**) und **V. I. E. D. I. C. E.** (**Z. I. C. H. L. E. R.**). Ein Antrag **K. U. B. E.** in nächster Zeit verschiedene Gruppenversammlungen zu veranstalten, fand einstimmige Annahme. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten Erledigung gefunden hatten, erfolgte der Schluß der Versammlung, in welcher mit Ausnahme der **L. E. P. S. E. R.** sämmtliche Delegirte anwesend waren.

Charlottenburg. Die **M. A. S. E. R.** und **A. N. S. T. R. E. I. C. H. E. R.** hielten am Sonntag Vormittag im Lokal „**Bismarckshöhe**“ eine gutbesuchte öffentliche Versammlung ab. Als Referent war Kollege **M. A. R. T.** **B. E. R. L. I. N.** erschienen, welcher in einem beifällig aufgenommenen Vortrage über: „Die wirtschaftliche Lage in bezug auf eine etwaige Lohnbewegung im Malergewerbe“ referirte. In der sich hierauf anschließenden Diskussion sprachen die Kollegen **K. A. S. S. E. R.**, **D. A. L. E. R.** und **P. I. E. M. M. I. N. G.** im Sinne des Referenten. Eine Resolution, welche zum Anschluß an die Organisation und zur ständigen Beihauer zum Streikfonds aufforderte, wurde einstimmig angenommen. Hierauf erstattete Kollege **P. I. E. M. M. I. N. G.** Bericht über seine Thätigkeit als Delegirter zum hiesigen Gewerkschaftskartell. Zum Selbstvertretenen Delegirten beim Gewerkschaftskartell wurde sodann Kollege **D. I. E. S. E.** gewählt. Die Frage: „Wie feiern wir den 1. Mai“, wurde dahin geregelt, daß am Vormittag die Werksgeoffenen die Versammlung der Berliner Kollegen in den „**Armishallen**“ und des Abends die Feier des hiesigen Wahlvereins besuchen. Laut Beschluß sollen die Kollegen, welche nicht fern können, ein Viertel des Tagesverdienstes zum besten des Sammelfonds beisteuern. — Die nächste Mitgliederversammlung findet am 16. Mai bei **K. A. U. S. E.**, **B. I. S. M. A. R. C. K. S. T. R.** 74, statt.

Die Steinmehnen hielten am 28. April im **V. I. K. T. O. R. I. A.**-Salon eine sehr gut besuchte Junngesellen-Versammlung ab. Haupt sächlich beschäftigte man sich mit der Besprechung von Wisthänden auf den Werksplätzen und wie dieselben beseitigt werden könnten. Die Versammlung, welche zum weitans größten Theil von älteren Arbeitern besucht war, die sich in letzter Zeit etwas zurückgezogen hatten, brachte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: Die Junngesellen-Versammlung stellt ein, daß es nur ein Mittel giebt, den eingerissenen Wisthänden, wie Nichtbezahlung des Tarifs, schlechte Behandlung u. s. w. entgegen zu treten; dieses ist die Wiedervereinigung zu einer geschlossenen

Mansfeld hatte sein Hauptquartier in **Bruchsal**. Von dort ließ er sogenannte „**Nitterzehrungen**“ einfordern; von den Städten **Worms**, **Heilbronn**, **Wimpfen**, **Schwäbisch-Hall** u. a.

Als er im folgenden Jahr die Stadt **Babern** im **Elß** nicht einnehmen konnte, ließ er es das Volk der Umgegend entgelten. Ein **Strasburger Chronist** berichtet: „Darauf hat **Mansfeld's** gottloses Volk das ganze Land mit Rauben, Brennen und Schänden dergestalt ruiniert, daß dergleichen noch niemals erhört worden. Man sah rund um die Stadt herum nichts als Feuerbrünste in den Dörfern; oft konnte man 16 und mehr Feuer auf einmal zählen. Der Oberst **O. B. E. N. T. R. A. U. T.**, der als **Mansfeld's** bester Soldat bezeichnet wird, streifte bis nach **Basel** hinaus.“

Mansfeld knüpfte Beziehungen zu dem König **L. U. D. W. I. G.** **X. I. I. I.** von Frankreich an und ließ sich von der Republik **Venedig** ein Jahresgehalt von 12 000 Dukaten zahlen unter der Bedingung, jederzeit für die Republik ins Feld zu ziehen. Von den Generalstaaten verlangte er, außer den 50 000 Gulden, die er jeden Monat erhielt, noch 300 000 Gulden. Von England hatte er 80 000 Pfund Sterling erhalten.

Im Jahr 1622 unterhandelte **Mansfeld** wieder mit der Infantin, durch Vermittlung des Erblandmarschalls von **L. U. X. E. M. B. U. R. G.**, **P. E. T. E. R.** von **R. O. L. L. I. N. G.**. Außer den Summen, die er für Soldzahlungen verlangte, wurden ihm von **S. P. A. N. D. A. U.** gewährt 100 000 Goldthaler und ein Jahresgehalt von 12 000 Kronthalern. **Mansfeld** hielt auch dieses Abkommen nicht. Später verlangte er noch die **L. A. N. D. O. V. O. G. L. E.** **H. A. G. E. N. A. U.** im **Elß** für sich.

Bei **W. I. S. T. O. C. H.** (**M. I. N. G. O. L. S. H. E. I. M.**) trug **Mansfeld** einen unbedeutenden Sieg über die Bayern davon. (April 1622.) Diesen Erfolg benutzte er, von den Generalstaaten 100 000 Gulden zu verlangen und von den **E. I. S. T. E. R.** **W. I. R. T. Z. B. U. R. G.** und **B. A. M. B. E. R. G.** 100 000 Dukaten einzutreiben. Die französische Nittererschaft suchte er gleichfalls heim. In der Stadt **H. A. G. E. N. A. U.** ließ er sich huldigen. In **W. I. E. N.** kam der Reichshofrath zu dem Schluß: „daß der **Mansfelder** als ein beharrlicher offener Feind und des gemeinsamen Vaterlandes Feind, die einzige Ursache aller noch währenden Kriegsunruhe ist.“

Mansfeld führte seine Scharen jetzt in das **T. A. R. M.** **S. A. D. I. S. C. H.**. Bevor er das Land betrat, hielt er eine Anrede an seine Mannschaft: „Er führe sie nun auf eine

Vereinigung, damit wir eine Macht sind wie früher, vor der die Weister Achtung haben. Diese Vereinigung ist die Organisation der **Steinmehnen Deutschlands**“ und verpflichteten sich die Anwesenden dieser beizutreten, und den damit verbundenen Pflichten nachzukommen.

In einer öffentlichen Versammlung der **H. I. S. T. A. R. B. E. I. T. E. R.** und **A. R. B. E. I. T. E. R. I. N. N.**, welche am Sonntag Nachmittag in **Ch. A. R. L. O. T. T. E. N. B. U. R. G.** stattfand, referirte Genosse **J. A. H. N.** über die **G. E. W. E. R. K. S. C. H. A. F. T. S. B. E. W. E. G. U. N. G.** und die **B. E. R. U. F. S. T. A. T. I. S. T. I. K.** unter besonderer Bezugnahme auf sämmtliche **H. I. S. T. A. R. B. E. I. T. E. R.** und **A. R. B. E. I. T. E. R. I. N. N.** unter dem Titel: „Die Anwesenenden, Genosse **K. R. A. N. D.** theilte einige Beispiele von „**A. R. B. E. I. T. E. R.** **F. R. E. U. N. D. L. I. C. H.**“ mit und bedauerte die **L. A. S. S. I. F. I. K.**, welche vorwiegend die **Ch. A. R. L. O. T. T. E. N. B. U. R. G.** Arbeiter und Arbeiterinnen den Organisationen und Versammlungen gegenüber durch ihre Theilnahmlosigkeit beweisen. Genosse **G. U. T. Z. E. I. T.** erörterte an der Hand einiger Beispiele, in welcher Weise die gesammte Sozialgesetzgebung den Arbeitern gegenüber gehandhabt wird. Als Arbeitervertreter bei der **U. N. F. A. L.** **V. E. R. S. I. C. H. E. R. U. N. G.** habe er genügend Erfahrungen gemacht, wie auch die **K. E. R. Z. E.** sich auf die Seite des Unternehmertums zu stellen suchen. So habe man einen Arbeiter, der durch einen Unfall seinen Genickbruch erlitten, als einfach an „**A. U. G. E. N. T. E. N. T. S. T. A. N. D.**“ gestorben bezeichnet, um der Wittve die Rente zu entziehen, bis erst durch erzwungene Seizung der **W. E. I. C. H.** die wahre Ursache des Todes entdekt wurde. Das nenne man „**A. R. B. E. I. T. E. R.** **V. E. R. S. I. C. H. E. R. U. N. G.**“.

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, sowohl der Raum dafür abzugeben ist, dem Publikum zur Belirung von Angelegenheiten allgemeiner Interessen zur Verfügung; sie wohnt ihm aber gleichseitig dagegen, mit dem Inhalt desselben identifizirt zu werden.

Zur freien Arztwahl.

Bezugnehmend auf den in Nr. 94 des „**V. O. R. W. A. R. T.**“ unter „**S. O. Z. I. A. L. E.** **U. E. B. E. R. S. I. C. H.**“ besprochenen Jahresbericht der **O. R. T.**-**K. R. A. N. K. E. N.** **L. A. S. S. E.** für den **G. E. W. E. R. B. E. T. R. I. E. T.** der **K. A. U. F. M. A. N. N.**, **H. A. N. D. L.** **S. T. E. N. T.** und **A. P. O. T. H. E. K. E. R.** sehe ich mich veranlaßt, verschiedenes richtig zu stellen. Einen vollständigen Jahresbericht pro 1894 habe ich leider nicht vor mir, kann deshalb auch über denselben nicht urtheilen; jedoch sind die Zahlen, die der „**V. O. R. W. A. R. T.**“ vom Jahre 1893 anführt, theilweise falsch. Da ist z. B. die Gesamtausgabe pro Kopf und Jahr mit 19.72 M. angesetzt, während nach den „**A. M. T. L. I. C. H.** **B. E. T. R. I. E. B.** **R. E. S. U. L. T. A. T.**“, welche vom Statistischen Amt der Stadt **B. E. R. L. I. N.** herausgegeben sind, sich dieselben auf 20.55 M. belaufen. Nun schließt allerdings das Jahr 1894 mit einer Ausgabe von 23.83 M. pro Kopf und Jahr ab und wird deshalb gleich am Anfang des Artikels gesagt: „Zweifellos muß zugestanden werden, daß das finanzielle Ergebnis des Rechnungsjahres 1894 kein günstiges gewesen ist.“

Ich frage nun hier: Ist unter den Agitatoren für freie Arztwahl jemals auch nur einer gewesen, der nicht gewußt hätte, daß dieselbe etwas mehr kosten würde? Jeder wußte im voraus, und in jeder Versammlung ist das klargelegt

1. das Arzthonorar wird erhöht — es kostet also mehr;
2. die **K. E. R. Z. E.** werden, je nach den Umständen, bessere Medizin, mehr **M. I. L. C.**, **W. E. I. N.** **K. O. G. N. A. T.** u. s. w. verschreiben — es kostet also abermals mehr.

Und angesichts dieser Umstände ist über eine Steigerung der Ausgaben von 20.55 M. auf 23.83 M. pro Kopf gar nicht zu reden, wenn wir fernerhin in Betracht ziehen, daß dieselben schon seit dem Jahre 1891 (soweit liegen mir die amtlichen Betriebsergebnisse nur vor) permanent gestiegen sind, und zwar von 17.82 im Jahre 1891 auf 18.36 im Jahre 1892 und auf 20.55 M. im Jahre 1893, und zwar ist dies nicht allein bei dieser, sondern bei ungefähr 50 von 61 **O. R. T.**-**K. R. A. N. K. E. N.** **L. A. S. S. E.** der **F. A. L.**.

Hieraus ist wohl zur genüge ersichtlich, daß nicht die freie Arztwahl an dem unglücklichen finanziellen Ergebnis schuld ist, sondern zum größten Theile die immer schlechter werdenden wirtschaftlichen Verhältnisse der **K. A. S. S. E. N.**

Es heißt weiterhin: „Aberaus schwerwiegend erscheint, daß im Vergleich zu 1893 die **Z. E. I. T. B. A. U. E.**, welche zur Deckung des einzelnen Krankheitsfalles erforderlich war, eine weit längere gewesen ist.“

Niemand, auch kein Mitglied des Vorstandes kann nun aber behaupten, daß meinetwegen ein Krankheitsfall von diesem Jahre mit einem solchen vom vorigen Jahre in irgend welcher Weise zu vergleichen ist. Im übrigen aber ist auch die Zahl der Krankheitsfälle im Jahre 1893 im Verhältnis zum Jahre 1892 schon gestiegen und zwar von 6.67 auf 7.07 pro Kopf bei den männlichen, und von 13.53 auf 14.48 bei den weiblichen Mitgliedern. Für deutet möge dies genügen und will ich nur noch den Wunsch ausdrücken, daß die Genossen sich auch um die Krankenkassen in Zukunft etwas mehr kümmern, und bald in die Verwaltung einzudringen mögen. **W. J. A. G. E. R.**, **N. I. Z. D. O. R. F.**, **H. E. R. M. A. N. N. S. T. R.** 34.

gute Weide. Dort solle ihnen alles preisgegeben, jedoch Brennen und Todtschlagen verboten sein; auch Wäflsteine und heißes Eisen sollen sie liegen lassen.“

Wie die **Mansfelder** in **O. F. F. E. N.** gehaßt haben, sagt der folgende Bericht: „Im Lande ist alles mit unerträglichster Feindschaft und Tyrannie abgegangen, alles gebrandschakt, geplündert und fast alle Kirchen ausgeraubt, ehrlüche Leute, geistlich und weltlich, geschlagen und gar ermordet, und dazu Frauen und Jungfrauen Gewalt angethan. Die Schloßer und Häuser sind ihrer Vorräthe bis auf den letzten Bissen beraubt. Im Schlosse **D. O. R. N. B. E. R. G.** hat das **B. A. U. E. N. B. U. R. G.** **R. E. G. I. M. E. N. T.** **H. U. N. D. E. R.** **D. E. S.** **B. E. S. T. E. N.** **R. H. E. I. N.** **W. E. I. N.**, vom Jahrgang 1618, jedes 100 **T. H. A. L. E. R.** werth, theils hinweggeführt, theils in **R. O. T. H.** und **K. E. L. L. E. R.** **L. A. U. F. E. N.** **L. A. S. S. E.** und verderben. Nach und nach sind auch die Dörfer angehakt, ein Feuer nach dem anderen gesehen worden.“

Vor den heranrückenden Bayern schickte **Mansfeld** nach dem **Elß**. Vor **Strasburg** wüthete er schrecklich. Das Dorf **A. U. S. L. A. W.** wurde ganz niedergebrannt, das Getreide auf den Feldern in Brand gesteckt. Tag und Nacht sah man Feuerbrünste.

„Es wird barmhertzig gehaßt“, meldet der **C. H. R. O. N. I. S. T.**, „daß, wer es nicht täglich vor Augen sehen thut, es nicht glauben kann. Man traktirt die Leute ärger als der **T. U. R. C.**.“

Endlich zog **Mansfeld** aus **H. A. G. E. N. A. U.** ab, nachdem er noch 120 000 Dukaten Kontribution erhoben und einige der reichsten Bürger und Juden als Geiseln mitgenommen. **Mansfeld** unterhandelte jetzt gleichzeitig mit dem König von Frankreich gegen die **H. U. G. E. N. O. T. T. E. N.** und mit den **H. U. G. E. N. O. T. T. E. N.** gegen die Generalstaaten und mit den Generalstaaten gegen die Infantin, durch seine Boten **G. O. L. S. T. E. I. N.** und **A. N. A. D. T.** bot er den Generalstaaten seine Dienste mit 15 000 Mann zu Fuß und 10 000 zu **R. O. S.** an. Es wurden ihm dafür 100 000 Gulden durch **M. O. R. I. Z.** von **O. R. A. N. I. E. N.** bewilligt.

Von der Infantin verlangte er die Herrschaft **W. I. A. N. D. E. N.** mit dem Titel eines Reichsfürsten. Durch den Grafen **G. R. A. N. D. P. R. E.** unterhandelte er mit dem König **L. U. D. W. I. G.** **X. I. I. I.** von Frankreich.

Der **W. I. R. T. W. A. R.**, den er mit seiner Intrigue schuf, bewog die **P. A. L. Z.** **G. R. A. F. I. N.** **E. L. I. S. A. B. E. T. H.** im **H. A. A. G.**, ihn an den **G. A. L. G. E. N.** zu **w. I. N. S. C. H. E. N.**“.

(Schluß folgt.)

Grösstes Manufaktur- und Modewaaren-Verkaufshaus des Nordens!
Berlin N., Müllerstrasse 181 am Weddingplatz. **M. Grünberg Nachf.** **Berlin N., Müllerstrasse 181 am Weddingplatz.**

Telephon Moabit 1277. (Inhaber: L. N. & A. Jacob.) Telephon Moabit 1277.
 3 Minuten vom Wedding-Bahnhof, Pferdebahn-Verbindung aus allen Stadttheilen Berlins.

Verkauf nur gegen baar zu streng festen Preisen.
Spezial-Abtheilung für Kleiderstoffe.

Ein großer Posten	Kleiderstoffe, doppeltbreit	Meter	35 Pf.
Ein großer Posten	Kleiderstoffe, doppeltbreit, englischer Geschmack	Meter	48 Pf. und 60 Pf.
Ein großer Posten	Englische Diagonals, verbürgt solide Qualität, doppeltbreit,	Meter	80 Pf.
Ein großer Posten	Loden, doppeltbreit, in allen neuen Farbenstellungen	Meter	90 Pf.
Ein großer Posten	Noppés, schwerste Qualität	Meter	100 Pf.
Ein großer Posten	Cheviots in allen Farben, reine Wolle	Meter	65 Pf.
Ein großer Posten	Cheviots in allen Farben, reine Wolle	Meter	125 Pf., 145 Pf., 225 Pf.
Eine Serie	Nouveautés	per Meter	von 125 Pf. bis 225 Pf.

Schotten, schwarze Kleiderstoffe, glatt und gemustert, reine Wolle, doppeltbreit, von Mtr. 63 Pf. anfangend.

Besonders beachtenswerth:
Beige Diagonals, 120 cm breit, in allen Melangen,
doppeltbreit Meter 165 Pf.

Verkauf nur gegen baar zu streng festen Preisen.

Unerreicht billig!!!
Steppdecken,
 reine Wolle
 in allen Farben
 160 + 200 cm das Stück
5 M. 50 Pf.
Otto Büchler, Berlin C.,
Königstr. 26, Ecke Klosterstr.

Linoleum
 von **Nixdorfer Linoleum-Fabrik**
 habe ich wiederum von der Magdeb. Feiner-Verf.-Ges. erhalten und wird dasselbe: Läufer, Treppenplatten, Stückwaare bedruckt u. glatt zu enorm billigen Preisen abgegeben. Verkaufsstelle: Ostbahnhof, Perlebergstrasse, Raum 6, Eingang Rüdorsdorferstrasse.
J. Weiss, Partiewaaren-Handlung,
 Berlin, Kaiser Wilhelmstr. 17.

Möbel-Gelegenheitskauf
 zu ansehnlich billigen Preisen.
 Für Brautleute ganze Einrichtungen von 200-1000 M. Theilzahlung gestattet. Elegante Nussbaum- u. Mahagoni-Kleiderspinden und Vertikons 30 M., einfache 18 M., Sophas, Bettstellen mit Matratzen 20 M., Waschtiseltische, Küchenspinden, Kommoden 12 M., Stühle 8 M., Sophas 6 M., Säulen-Trumeaux 65 M., Plüschgarnitur 60 u. 100 M., Muschelspinden 40 M., Paneeleosophas 80 M., Buffets, Silberschränke, Schreibrüstchen, Schreibstühle, Zylinder-Bureau, Spiegel. Wenig gebrauchte Möbel zu halben Preisen und sollte es niemand verschmähen, der gut und reell kaufen will, mein großes Lager zu besichtigen. Gekaufte Möbel werden bis 1. Juli kostenfrei aufbewahrt, transportiert und aufgestellt.
Schützenstr. 2, Möbelfabrik.

Gold- und Silberwaaren.
A. Bärnick, Gröser Weg 112, part. 1.
 Eig. Repar.-Werkstatt f. Uhren, Gold- und Silberwaaren.

Möbel, Spiegel- u. Polsterwaaren. Gr. Auswahl in Nussbaum und Mahagoni, billigste Preise nur per Kasse, im Speicher
O. Schmidt, Berlin N., Gartenstrasse 52 u. 56

Kinderwagen-Gelegenheitskauf
Max Brinner, Jerusalemstr. 42
 am Dönhofsplatz und Brunnenstraße 6.
 Großartig. Auswahl von Kinderwagen, Puppenwagen, Sportwagen billigst. Viele Anerkennungen, bestes Fabrikat. - Musterbuch gratis Theilzahlung gestattet.

Baer Sohn

24a. Chausseestr. 24a, neben der Apotheke von Schering.
 11. Brückenstr. 11, Ecke Ringstraße.
 16. Gr. Frankfurterstr. 16, schrägüber dem Nationaltheater.

Der illustrierte Katalog Sommer 1895
 ist erschienen und wird auf Wunsch gratis u. franko zugesandt.

Eigene Fabrikation, kein Zwischenhandel.

Die festen Grundsätze der Firma:
 1. Baarverkauf zu streng festen, billigsten, in Zahlen gezeichneten Preisen.
 2. Unmittelbarer Bezug aller Waaren aus den bewährtesten Häusern des In- und Auslandes.
 3. Großer, schneller Umsatz bei kleinem Ruhen.
 4. Unser Personal ist angewiesen, sich über Beschaffenheit und Ursprung der Waaren immer streng wahrheitsgemäß zu äußern.

Maß-Anfertigung.
 Durch Vergrößerung unserer Zuschnitts-Einrichtungen sind wir nunmehr in der Lage, auch dem größten Andrange vollauf genügen zu können und den Wünschen unserer geehrten Kundschaft in erhaltener Weise Rechnung zu tragen.

HERREN- u. KNABEN-Bekleidung.

Hausfrauen!
Die Lessive Phénix
 (Patent J. Picot Paris)
 ist das einzig reellste und vollkommenste
Waschpulver der Welt.



Nur **Lessive Phénix** schont die Wäsche, ist ein vollständiger Ersatz für Seife und Soda, schließt Chlor, Pottasche oder sonst scharf ägende Substanzen absolut aus.
 Die Wäsche wird blendend weiß, die hartnäckigsten Flecke von Wein, Früchten, Tinte und Blut etc. gehen durch Kochen mit Leichtigkeit heraus, welches Professoren und Chemiker wiederholt bestätigt haben.
Lessive Phénix ist überall nur echt mit nebenstehender Schutzmarke, in Packeten à 1/2 Kilo à 30 Pf. zu haben, sowie bei dem Vertreter

Ferdinand Ladwig,
 Solmsstrasse 32.
 Fernsprech-Anschluss Amt VI, 3563.
 Hochachtungsvoll
Fabrikation für Lessive-Phénix
 Patent J. Picot, Paris.
L. Minlos, Köln-Ehrenfeld.



Unfallfäden, Nagen, Eingaben, Putzger, Stahlfäden 65
Nussbaum-Möbel
 verk. schnelligt Kleiderschrank, Wäscheschrank, Spiegel 19, Anstichtisch, Sophas 9, Oelgemälde, prachtvolle Köpfe 4,50, Bettstellen 12, Plüschgarn, Schlagregul., Teppiche, Gardinen sofort billig Landwehrstr. 5/6, 1. (Nähe Alexanderplatz).

66. Resterhandlung. 66
 Billig Reste zu Anaben-Anzügen von 1 M. Große Anzüge von 7 M. an bis zum feinsten Raingarn, auch voll zu Einsegnungs-Anzügen. Große Auswahl in Valetostoffen, sowie zu Frühjahrs- und Sommermänteln, Jaquets, Plüsch, Atlas, Seide, Sammt u. Spitzen. Auf Wunsch alles zugeschnitten, auch angefertigt. Fertige Anaben-Anzüge.
66. Karle, Waldemarstrasse 66.

Damen- u. Mädchen-Mäntel-Fabrik 22012
 von **J. Salomonsky,**
 Badstr. 18, Ecke Stettinerstraße,
 empfiehlt sein großes Lager in Damen- u. Mädchen-Mäntel zu billigen, aber festen Preisen. **J. Salomonsky, Badstrasse 18, Ecke Stettinerstraße.**

Kinderwagen größt. Lager,
 auch Theilzahlung, bei
Holze, Oranienstr. 3.

Badesalze
Stäffurter, fein gemahlen, in Säcken von 25 Kilo, 50 Kilo, 100 Kilo, frei Haus zu 1,50 M., 2,50 M., 4 M.
 Niederlage der Vereinigten
Stäffurter Salzwerte,
 SW., Lindenstraße 12.

Waarenhaus Sigm. Simonsohn, Oranienstraße 166, 2. Haus vom Oranienplatz.
 Handschuhe von 13 Pf. an. Glacé-Damen-Handschuhe von 1,08 an. Socken von 19 Pf. an. Damenstrümpfe von 19 Pf. an.

Typographia

Gesangverein Berliner Buchdrucker und Schriftgesser.
Sonntag, den 12. Mai 1895,
in Louis Keller's Festsälen, Koppenstr. 29:

Lieder-Abend

unter gütiger Mitwirkung 152/10

der Konzertsängerin Fräulein Helene Bartenwerffer.
Anfang 7 Uhr. Entree 50 Pf. inkl. Tanz.
Sillots sind im Seherlaale des „Vorwärts“ und bei den Mitgliedern zu haben.

Achtung! Achtung! Grosse öffentl. Versammlung sämmtl. Plätterinnen

und verw. Berufsgenossen Berlins
am **Mittwoch**, den 1. Mai 1895, abends 8 Uhr,
in Birk's Salon, Strausbergerstraße 3.
Tages-Ordnung:
Die Bedeutung des 1. Mai. Referent: Genosse **Schlaikjer**.
Nach der Versammlung: **Geselliges Beisammensein**
und **Tanz**, sowie Gesangsaufführung des Sängerkhore der Töpfer.
287/101 Der Einberufer: **E. Möhring**.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse d. Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter (Hamburg),

Ortliche Verwaltung Berlin A.
Sonntag, den 5. Mai, nachmittags 5 Uhr, im Etablissement
„Süd-Ost“, Waldemarstraße 75:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 1. Quartal 1895, 2. Vor-
trag des Hypnotiseurs Herrn Gerling, 3. Diskussion.
Zum Schluss: **Gemüthliches Beisammensein mit Tanz**.
Damen und Gäste sind willkommen. 294/14
Wegen des interessanten Vortrags wird ein Entree von 25 Pf. erhoben.
Sillots sind vorher bei allen Verwaltungsbeamten und in den Zahlstellen zu
haben. Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Bildungs-Schule.

Lehrplan für das Sommerhalbjahr 1895.

	Nord-Schule. Müllerstr. 179a.	Südost-Schule. Waldemarstr. 14.
Montag	Nationalökonomie.	Volksthümliche Medizin. (Bau- u. Lebenserscheinungen d. gesunden und kranken Menschen).
Dienstag	Volksthümliche Medizin. (Die Krankheit d. Proletarier mit bes. Berücksichtigung der Berufskrankheiten).	Nationalökonomie (praktische).
Mittwoch	Natur-Erkentnis. (Die Darwin'sche Theorie. Entwicklungsgesetze.)	Geschichte (alte).
Donnerstag	Deutsch (Literatur).	Naturerkentnis. (Die Abstammung des Menschen). Deutsch (Literatur). Lektüre-Übungen. (Arbeiterfrage u. Organisationsfrage).
Freitag	Geschichte (neueste).	
Sonnabend	Diskurs-Übungen.	

Die Schulräume sind abends von 1/8 Uhr an geöffnet (Sonntags 10-12 Uhr), um den Mitgliedern und Gästen Gelegenheit zu geben, in dem außerordentlich reichen Zeitungs-, Zeitschriften- u. Material zu studieren.
Der Unterricht beginnt um 1/9 Uhr und endet um 1/11 Uhr.
Die Theilnahme am Unterricht steht jedem, auch Nichtmitgliedern an einem Abend im Semester unentgeltlich frei.
Für sämmtliche Lehrfächer werden zu jeder Zeit neue Teilnehmer (Damen und Herren) aufgenommen.
In größeren Lokalitäten werden in bestimmten Zwischenräumen **große Versammlungen** abgehalten, in welchen **wissenschaftliche Chemat's** in **volksverständlicher Weise** behandelt werden.
Der Mitgliedsbeitrag beträgt 25 Pf. monatlich. Das Unterrichtsgeld beträgt monatlich für jedes Unterrichtsfach 25 Pf.; für den Sonnabends-Unterricht wird kein Entgelt erhoben. Die Zahlung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder erfolgt an endstehenden **Zahlstellen**, deren je eine auch in jeder Schule errichtet ist.
Die Zahlstellen sind folgende:

S.	N.
Schöning, Stallschreiberstr. 29.	Nordschule, Müllerstr. 179a.
SO.	Gnadt, Putznerstr. 92.
Südostschule, Waldemarstr. 14.	Gleimert, Müllerstr. 7a.
Schulz, Admiralsstr. 40a.	Wornau, Rosenthalerstr. 57.
SW.	NO.
Grabs, Mariendorferstr. 5.	Mamlok, Barnimstr. 42.
Windhorst, Junkerstr. 1.	NW.
O.	Löffler, Stendalerstr. 12.
Orzareck, Langestr. 65.	W.
	Werner, Bälowsstr. 59.

Die Bibliothek ist abendlich geöffnet und steht jedem Mitgliede zur unentgeltlichen Benutzung zur Verfügung. 69/3

Spree-Havel

Dampfschiffahrts-Gesellschaft „Stern“

empfehlen ihre vollständig neu renovirten mit komfortablen Kajüten ausgestatteten
32 Salon-Dampfer jeder Grösse
bis zu 400 Personen fassend nach sämmtlichen Plätzen der Oberspree, Dahme, Unterspree und Havel.
Wir erlauben uns besonders darauf hinzuweisen, daß wir die Vermietungspreise so **ermäßig haben**, daß eine Dampferpartie den verehrlichen Vereinen und Gesellschaften **das angenehmste und billigste Transportmittel** geworden ist, **billiger als Eisenbahn und Dampfer**.
Aufträge nehmen an und erteilen bereitwilligste Auskunft unsere Bureau's:
Berlin SO. **Potsdam**
Brückenstrasse 13, 1 Tr. Lange Brücke, Dampferstation
Fernsprech-Amt VII. 1025. Fernsprecher Nr. 124.

Typographia.

Die Sängere werden um rege Theilnahme bei der Beerdigung unseres verstorbenen Mitgliedes

Johannes Dachs

heut Nachmittag 6 Uhr auf dem Neuen Jakobkirchhof in Brigg besucht.
Der Vorstand.

Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß unser Kollege 893b

Arnold Janssen

am Sonntag Abend um 9 Uhr gestorben ist. — Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittags 5 Uhr vom Trauerhause Anklamerstr. 27 nach dem Domkirchhof in der Müllerstraße statt. Die Arbeiter der Beckstein'schen Hof-Pianofortefabrik.

Am 27. v. M. verchied nach langem Leiden meine liebe Frau 888b

Martha Krafft

im 29. Lebensjahre. Die Beerdigung findet am 1. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Neuen Jerusalem Kirchhofs aus statt. Der trauernde Gatte **E. Krafft**, Tapezireur, und Geschwister.

Todes-Anzeige.

Freie Vereinigung aller in der chirurgischen Branche beschäftigten Berufsgenossen.
Allen Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Wandagist

Franz Hoffmann

am Sonntag, den 28. d. M., im Alter von 58 Jahren im Hedwigs-Kranken-hause gestorben ist.
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 1. Mai, nachm. 5 Uhr, vom Hedwigs-Krankenhaus aus statt.

Zahlreiche Theilnehmung erwartet
101/1 Der Vorstand.

Allen Freunden und Kollegen die traurige Mittheilung, daß unser lieber Bruder und Schwager, der Drechsler

Heinrich Nerlich

am 29. April cr. nach kurzem schwerem Leiden und durch den Tod entrisen wurde. Die Beerdigung findet am 2. Mai cr., nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Elisabeth-Kirchhofes, Bringen-Allee, aus statt. Um hilfes Beileid bitten 905b
Die trauernden Hinterbliebenen.

Zentral - Krankenkasse der Tischler

Ortsverwaltung Berlin B.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß das Mitglied

F. Brors

am 29. d. Mts. verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstags nachmittags um 4 1/2 Uhr von der Leichenhalle des Neuen Louisen-Kirchhofes (Hermannstraße) aus statt.
294/13 Die Ortsverwaltung.

Aufzagung.

Allen Theilnehmern bei dem Begräbnis meines lieben Mannes und Vaters, des Moskautschers 902b
Emil Hermann v. d. Hyde,
sagen wir unsern herzlichsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.
Wittwe Frau v. d. Hyde.

Achtung! Achtung! Anderverein „Vorwärts“.

Beim Beginn des Frühlings richten wir wieder an alle Freunde einer gesunden Körperübung das Ersuchen, sich unserm Verein anzuschließen. Der Verein ermöglicht es auch dem Rinderbemittelten, sich diesem Vergnügen zu widmen. 108/17
Die nächste Sitzung mit Vortrag findet morgen, Donnerstag, 2. Mai, abends 9 Uhr, in den Oranienhallen, Oranienstraße 51, statt. Gäste herzlich willkommen.
Der Vorstand.

Textil-Arbeiter!

Heute, am 1. Mai:
Ausflug nach Ober-Schönweide,
Restaurant Haserland. Treffpunkt mittags 2 Uhr Schlesischer Bahnhof. 885b
Der Vorstand.

Achtung! Achtung! Polnische Sozialisten.

Mittwoch, den 1. Mai, abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Specht, Marktgrabenstr. 88. Marktgrabenstr. 88.
Öffentliche Versammlung.
Um zahlreiche Theilnehmung bittet
210/6 Der Einberufer.

Mittwoch, den 1. Mai 1895 Gr. Mai-Feier

der
6 Berliner Reichstags-Wahlkreise.

Vocal- u. Instrumental-Concert

ausgeführt von der
Freien Vereinigung der Civil-Berufsmusiker
Berlins und Umgegend
unter Mitwirkung von Vereinen des Arbeiter-Sängerbundes.

1. Wahlkreis.
Feen-Palast, Burgstraße, Ede St. Wolfgangstraße.
Festrede.

Grosses Festspiel
ausgeführt von Mitgliedern des National-Theaters.
Nach Beendigung des Programms:
Tanz.
Anfang 4 Uhr. Das Comitee.

2. Wahlkreis.
Bock - Brauerei, Tempelhofer Berg.
Vorstellung lebender Bilder. **Festrede.**

Auftreten des Arbeiter-Turnvereins „Fichte“.
Anfang 4 Uhr. Kaffeeküche geöffnet. Das Comitee.

3. Wahlkreis.
Neue Welt, Hasenhaide Nr. 108.
Festrede vom Reichstags-Abg. Vogtherr.
Auftreten des Arbeiter-Turnvereins „Fichte“.

Großes Feuerwerk. Tanz.
Malvest-Zeitung gratis!
Anfang 4 Uhr. Das Comitee.
Sillots à 25 Pf. sind in allen mit Plakaten belegten Handlungen, sowie am 1. Mai in der „Neuen Welt“ an der Kasse zu haben.

4. Wahlkreis (Süd-Ost).
Keller's Festsäle, Koppenstr. 29,
Konzerthaus Sanssouci, Kottbuserstr. 4a.

4. Wahlkreis (Osten).
Brauerei Friedrichshain, Am Königsthor,
Elysium, Landsberger Allee 39/40.

Kaffeeküche von 3 Uhr an geöffnet.
In allen 4 Lokalen:
Festrede. Aufführung lebender Bilder. Deklamationen.
Tanz.

Herrn, die am Tanz theilnehmen, zahlen 30 Pf. nach.
Anfang 4 Uhr. Das Comitee.

5. Wahlkreis.
Schweizer Garten, Am Königsthor.
Festrede. Prolog. Aufführung lebender Bilder.

Auftreten des Arbeiter-Turnvereins „Fichte“.
Von 6 Uhr ab im großen Saale: **Tanz.**
Anfang 4 Uhr. Das Comitee.

6. Wahlkreis.
Für Moabit:
Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47-49.

Für Wedding:
Norddeutsche Brauerei, Chausseestr. 58,
Feldschlösschen, Müllerstr. 142.

Auftreten des Arbeiter-Turnvereins „Fichte“.
Für Rosenthaler Vorstadt:
Weimann's Volksgarten, Badstr. 56.

Für Schönhauser Vorstadt:
Mörschel's Salon, Schönhauser Allee 28,
Mierke, Schönhauser Allee 100,
Jägerhaus, Schönhauser Allee 102.

In allen Lokalen:
Festrede. Deklamationen.
Gesangs-Aufführungen etc.

Anfang 4 Uhr. Das Comitee.

Gewerkschaftliches.

Die Generalkommission theilt im „Korrespondenzblatt“ gegenüber dem vom Vorstande des Unterföhrungsvereins deutscher Tabakarbeiter in seiner bekannten Erklärung aufgestellten Behauptung,

der Vertreter der Generalkommission habe in Bremen bei der Umfrage über die Abhaltung des Gewerkschaftskongresses gesagt: „Die englische Gewerkschaftsbewegung hätte einen größeren Einfluß auf die dortige Arbeiterschlag-Gesetzgebung gehabt als die politische Arbeiterbewegung Deutschlands auf die deutsche Arbeiterschlag-Gesetzgebung. Ueberdies gingen den Arbeitervertretern im Reichstag die Fähigkeiten ab, über Arbeiterverhältnisse sich ein richtiges Urtheil zu bilden.“

folgendes mit: „Unser Vertreter bestreitet ganz entschieden, den letzteren Satz gebraucht zu haben. Er stände auch in direktem Widerspruch zu dem bisher auf diesem Gebiete seitens der Generalkommission gegebenen Erklärungen. Die Richtigkeit des ergründeten Satzes dürfte aber wohl von keiner Seite bestritten werden, da ein Blick auf den Stand der Arbeiterschlag-Gesetzgebung in England und Deutschland den Beweis für diese Behauptung liefert. Die Verhältnisse Englands und Deutschlands sind nicht ohne weiteres vergleichbar, doch mag man nicht vergessen, daß die Arbeiterschlag-Gesetzgebung hier wie dort nicht ein Produkt des guten Willens der Kapitalisten, sondern des Druckes der Arbeiterbewegung ist. Wir müssen diesen von dem Vorstand des Unterföhrungsvereins deutscher Tabakarbeiter unserem Vertreter gemachten Vorwurf mit aller Entschiedenheit zurückweisen.“

Da die Generalkommission selbst zugiebt, daß die Verhältnisse Deutschlands und Englands nicht ohne weiteres vergleichbar sind, so haben wir keine Veranlassung, auf ihre Ansicht von der englischen Gewerkschaftsbewegung und der politischen Arbeiterbewegung Deutschlands einzugehen.

Der Verband der Formsticker, Drucker, Silbkarbeiter und verw. Berufsgenossen hielt am 1. und 2. Osterfeiertag seine vierte ordentliche General-Versammlung zu Hildesheim ab. Man schreibt uns darüber: Erschienen waren 15 Delegirte, die 17 Orte mit 850 Mitglieder vertraten. Nach dem Bericht des Vorstandes hat sich der Verband in letzter Zeit etwas gehoben, ist aber im übrigen durch den Druck des Unternehmens in seiner Entwicklung gehindert worden. Es sind mehrere Zahlstellen durch die Maschinen der Prinzipalität und das ungesunde Verhalten der Mitglieder jener Zahlstellen eingegangen. Gemahrgelte hatte der Verband in Köpenick, Gindes und Nordhausen zu unterstützen. In Hildesheim brach infolge einer Wohnveränderung ein Streik aus, der durch das ausnahmslos solidarische Verhalten der Mitglieder mit einem vollständigen Siege der Arbeiter endete. Mehrere Zahlstellen sind neu errichtet worden. Die Klassenverhältnisse hatten durch die starke Inanspruchnahme der Reisunterstützung sehr gelitten, sich aber in letzter Zeit wieder gehoben. Der Arbeitsnachweis hat eine rege Thätigkeit entfaltet. Es konnte 115 Personen Stellung vermittelt werden, wobei die erfreuliche Thatsache zu konstatieren war, daß die Nachfrage nach Arbeitskräften stärker gewesen ist, als das Angebot der Arbeiter. Nach Erledigung des Berichtes wurde umgehend über die Einführung einer Arbeitslosen-Unterstützung diskutiert. Diese sollte 6 M. bei Erhöhung des Beitrages von 15 auf 25 Pf. betragen. Die Versammlung war jedoch der Ansicht, daß es sich bei der gegenwärtigen Lage der Organisation nicht empfehle, eine solche einzuführen, der Verband vielmehr erst gekräftigt und ausgebaut werden müsse. Zur Ueberfeierabend- und Hausarbeit wurde eine Resolution gefaßt, wonach sämtliche Kollegen verpflichtet sind, solche nach Möglichkeit einzuschränken. Um den Nachweis der Ueberfeierabend- und Hausarbeit festzustellen, wurde die Ausgabe statistischer Fragebogen beschlossen. Der Situationsbericht der Delegirten entrollte von der Lebenshaltung der Arbeiter kein günstiges Bild. So wurde über Löhne von 7,50 M. berichtet. Des weiteren mußte konstatiert werden, daß sich die größere Zahl der Kollegen dem Verbanne noch fern hält, der Agitation daher noch ein weites Feld offen steht. Die interne Thätigkeit der Zahlstellen war zufriedenstellend. Bei der Statutenberatung drehte sich die Debatte namentlich um die materiellen Leistungen

des Verbandes. Während man diese von einer Seite möglichst ausgedehnt wissen wollte, wurde von der anderen Seite betont, daß der Hauptzweck des Verbandes ein idealer sei und deshalb die materiellen Leistungen möglichst einzuschränken seien. Besprochen wurde wie bisher eine Reiseunterstützung von 2 Pf. pro Kilometer, ferner Rechtschutz sowie Unterstützungen und Darlehne an in Noth gerathene Mitglieder zu gewähren. Hierauf wurde vom Vorsitzenden die alte Frage des graphischen Kartells erwähnt. Dasselbe sei leider an den Widerstand der hauptbetheiligten Organisation, der Buchdrucker, gescheitert. Unsere kleine Organisation müsse jedoch nach dem Anschluß an eine größere trachten. Es seien daher Unterhandlungen mit dem Vorstande des Verbandes der Lithographen und Steindruckergesellen worden, die einer Verschmelzung beider Organisationen nicht abgeneigt wären. Die Verschmelzung sprach sich ebenfalls dahin aus, daß diese Verschmelzung wünschenswert sei, da es unserm kleinen Verbanne nicht möglich wäre, die Agitation mit dem nötigen Nachdruck durchzuführen. Eine dahingehende Resolution wurde angenommen. Ebenso eine zweite, die die Ausdehnung der Formsticker-Krankenkasse auf die Drucker und Hilfsarbeiter forderte. Als Sitz des Vorstandes und Zentral-Arbeitsnachweises wurde Berlin wieder gewählt, der Ausschuss nach Hildesheim verlegt und als Ort der nächsten Generalversammlung Köln bestimmt. Nach Erledigung innerer Angelegenheiten wurde die imposante Versammlung, die sich weit über das Niveau ihrer Vorgängerinnen erhob, mit einem Hoch auf die internationale Arbeiterbewegung geschlossen.

Der Zusammenritt einer internationalen Bildhauer-Konferenz ist, wie das hierfür eingesehene deutsche Agitations-Komitee in der „Bildhauer-Zeitung“ erklärt, jetzt gesichert. Oesterreich, Ungarn, die Schweiz, Holland, Rumänien und Amerika werden bestimmt vertreten sein, von den übrigen Ländern steht der Entscheid noch aus, bis auf England, dessen Bildhauer die Theilnahme ablehnen, weil sie „unter der Unkunst der Arbeitsverhältnisse in d. letzten Jahren außerordentlich zu leiden hatten und durch ihr Abhängigkeitsverhältnis von der „Alliance-Cabinet-Maker“ (einem Industrieverbanne, der aus Tischlern, Bildhauern, Drechsleren, Tapezieren und Malern besteht) gehindert sind, einen Delegirten zu senden.“ Als Schlusstermin für die Einfindung der Berichte über die Lage der Bildhauer in den verschiedenen Ländern ist vom Agitationskomitee der 15. Mai angenommen. Die Adresse des Komitees ist: Gustav Winkler, Berlin SO., Wrangelstr. 135, I.

Nichtwürdige Zustände wurden in den vom Streik betroffenen Ziegelleien in Jagersdorf bei Wien hinsichtlich der Arbeiterwohnungen durch die Reichsraths-Abgeordneten Polzhofer und Dr. v. Hoffmann-Wellenhof aufgedeckt. In der ersten Wohnung, die besucht wurde, standen acht Betten und wohnten 17 Personen. Eine von Italienern bewohnte Wohnung ist 2 1/2 Meter hoch, 10 Meter breit und lang. Es sind in diesem Räume 29 Schlafstellen, die von 58 erwachsenen Männern und 19 Knaben benützt werden. Eine dritte Wohnung ist 2,26 Meter hoch und 9,55 Meter breit und lang. Sie wird von 55 Personen bewohnt. Eine Wohnung im ersten Stock, der sogenannte „Himmel“, ist von sieben Familien mit 36 Personen bewohnt. In einer Dachkammer wohnen 18 Italiener. Das sogenannte „Studentenzimmer“, die ärgste, von ledigen Leuten bewohnte Höhle, ist geräumt worden und wurde gereinigt, um der Sanitätskommission zuvorkommen, deren Ankauf man erwartet. In einem Massenquartier, das in Abtheilungen für je eine Familie getheilt ist, wohnen 28 Männer, 15 Frauen und 11 Kinder. Die Luft in diesem Quartier war geradezu unerträglich.

Am Ende des Pariser Omnibusbediensteten-Streiks wird uns aus Paris geschrieben: Die Streikenden haben, jedoch mit geringer Mehrheit, die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen, nachdem ihnen die Direktion folgende Konzessionen gemacht hat: 1. Erhöhung des täglichen Arbeitsverdienstes aller seit mehr denn drei Jahren in den Depots beschäftigten Arbeiter um 25 Centimes; 2. Theilnehmung dieser Bediensteten an der Altersrentenklasse mit einer jährlich bis zu 30 Francs steigenden Subvention der Omnibuskompagnie; 3. Erhöhung des Antrittslohnes der Depotsarbeiter um 25 Centimes täglich, so daß sich deren Lohn im ersten

Monat auf 3,50 Francs, in den beiden folgenden Monaten auf 3,75 Francs und vom vierten Monat an auf 4,25 Francs stellen würde; 4. Erleichterung des Dienstes auf dem am meisten beschwerlichen Linien und damit verbunden ein höherer Verdienst der sogenannten Ueberzähligen; 5. Entschädigung von 30 Centimes für jede Wartestunde der zur Sicherung des Dienstes einkaufenden aber nicht beschäftigten Ueberzähligen; 6. Erhöhung der Altersrente der Kontrolleure und des Zugpersonals um 10 Fr. pro Jahr nach zurückgelegter 25jähriger Dienstzeit, wo sie 305 Fr. beträgt, so daß sie sich nach einer 30jährigen Dienstzeit auf 475 Fr. stellen würde. Die Minorität war deshalb gegen die Wiederaufnahme der Arbeit, weil die Direktion verweigert hatte, auch alle diejenigen wieder einzustellen, die sich während des Streiks eines damit zusammenhängenden Vergehens schuldig gemacht haben. Daß der Streik ein berechtigter war, zeigen eben die Konzessionen. Konnten sie nach dem Streik gemacht werden, so hätten sie auch vorher gemacht werden können; es wären dann auch keine Opfer zu beklagen gewesen. Daß die Streikenden unter diesen Umständen die Arbeit wieder aufgenommen, wird von vielen scharf getadelt. So hat es z. B. eine Versammlung der Droschkentischer als Freigebung hingestellt. Wäre der Streik nicht zu Ende gegangen, so hätten sich ihm auch die Droschkentischer angeschlossen. Nun er beendet, haben sie beschloffen, vorläufig davon abzusehen. Dafür haben sie eine Resolution gefaßt, in der sie unter anderem erklären, den 1. Mai durch Arbeitsruhe feiern zu wollen.

Gerichts-Beitrag:

Gewerbegericht.

Weil er die Mühe nicht abnahm, als er mit einem Kram voll Flaschen ins Zimmer trat, hatte ein Buchhalter der Brauereifirma Josty dem Kaufherrn A. eine Lektion in Wohl-anständigkeit erteilt. A. ließ sich das aber nicht gefallen; er nahm sich die Freiheit heraus, darauf aufmerksam zu machen, daß sich die Mühe wohl schlecht abnehmen ließe, wenn man tüchtig depakt sei. Ein Wort gab das andere, und als A. schließlich auf den Hof und unter seine Kollegen trat, war er noch so erregt, daß er hier weiter „räsonnirte“. Da er die Gestalt des Prokuristen der Firma das Verhängnis. Derselbe ermahnte ihn, doch ruhig zu sein, wobei er ihn einen „alten Dummerjan“ nannte. „Wenn ich einer bin, dann sind Sie auch ein Dummerjan!“ schleuderte nun A. dem Beleidiger entgegen, welcher sehr vermeinte, vor sich selbst und den Kollegen des „rentierten“ Stützers sich „schämen zu müssen“, wenn er lehteren nicht entlasse. A. klagte dann auf eine Entschädigung in der Höhe des Verdienstes, den er voraussichtlich in vier Wochen erzielt hätte; bei seinem Engagement war eine vierwöchentliche Kündigungsfrist ausdrücklich vereinbart worden. Da die Frist bei der Einreichung der Klage noch nicht abgelaufen war, hatte der Kläger beantragt, ihm zunächst die Hälfte im Betrage von 39,40 M. zuzusprechen. Das Gericht kam dem nach, die Beflage wurde verurtheilt. Nach Ansicht des Gerichtshofes war in dem Ausdruck „Dummerjan“ gerade deshalb, weil der Prokurist ihn zuerst mit Bezug auf den Kläger gebrauchte, nicht eine so hochgradige Beleidigung zu sehen, daß er die Entlassung rechtfertigen könnte. — Die Entscheidung ist von besonderer Bedeutung, weil im vorliegenden Falle nicht nur die Entlassungsgründe aus § 123 in Frage kamen, sondern auch § 124 anzuziehen war. Der Paragraph bestimmt, daß jeder der beiden Theile (Arbeitnehmer und Arbeitgeber) auch sonst, abgesehen von den Gründen der §§ 123 und 124, aus wichtigen Gründen vor Ablauf der vertragmäßigen Zeit und ohne Innehaltung einer Kündigungsfrist die Aufhebung des Arbeitsverhältnisses verlangen kann, wenn dasselbe mindestens auf vier Wochen, oder wenn eine längere als vierzehntägige Kündigungsfrist vereinbart ist.“

Daß die Unternehmer „auch“ Rechte haben, suchen dieselben in neuester Zeit mit Vorliebe dadurch der staunenden Welt vor Augen zu führen, daß sie Entschädigungs-klagen gegen Arbeiter und Arbeiterinnen anstrengen, wenn diese ohne Kündigung die Arbeit verlassen. Ihr Zweck ist beileibe nicht, auf diese Weise Geld zu gewinnen — dagegen verwahren sie sich gewöhnlich ganz unnothigerweise energisch; nein, ihren

Telegraphischer Zeitungsdruck.

Nicht infolge der Schwäche der Buchdrucker-Organisation, nicht wegen der geringfügigkeit der materiellen Hilfsquellen, auch nicht infolge des partiellistischen Eingreifens der Behörden ging der letzte große Buchdruckerstreik verloren, obwohl alle diese Momente natürlich mitwirkten, die heldenmüthig Kämpfenden zu schwächen; sondern in erster Linie deshalb, weil eine über Erwarten starke Reserve-Armee den Kämpfenden in den Rücken fiel. — Der Ausgang des Buchdruckerstreiks gab die bedeutende Lehre, daß auch in den Gewerben, in denen die Handarbeit von der Maschine noch nicht verdrängt ist, gerade durch die kapitalistische Produktionsweise eine Ueberproduktion von Arbeitskräften stattfindet, die den Kampf ums Dasein in der schroffen Form zeitigt. Diese Lehre war hart und bitter für die Theilnehmenden, aber sie hat ihr Gutes doch auch insofern gehabt, als sie auch den Indifferenten zeigte, bis zu welcher Intensität sich der Kapitalismus ausgewachsen hat.

Welche Lehren sehen aber noch bevor, wenn erst die Maschine das Buchdruckergeräthe erobert haben wird?

Wenn der Buchdrucker heute von der Schmaschine hört und Niest, schüttelt er noch ungläubig den Kopf und meint, die Schmaschinen tangen nichts, sie arbeiten theurer als die menschlichen Arbeitskräfte, die zu ihrer Bedienung übrigens auch nicht entbehrt werden können, außerdem aber vermöge sie nur „glatten Satz“ zu liefern. Aber die sozialen Umwälzungen, die die Schmaschine mit sich bringen wird, stehen doch nicht in so ferner Zukunft, wie die meisten optimistisch glauben. In Leipzig arbeiten heute bereits Druckerinnen mit Schmaschinen, und sie arbeiten mit so fabelhafter Schnelligkeit, daß vier Druckbogen als Manuscript des Morgens in Berlin zur Post gegeben, des Abends bereits als Korrekturbogen in Berlin zurück sind. Das ist eine Leistung, mit der der Mann von Fleisch und Blut nicht mehr mit kann, er ist besetzt von dem unbesetzten, unermüdbaren Automaten aus Stahl und Eisen. — Aber damit noch nicht genug! — Die Schmaschine steht noch nicht auf der höchsten Stufe der Vollendung und schon taucht eine neue Erfindung auf, die die Schmaschine mit der telegraphischen Vervielfältigung verbindet, und sich nichts geringeres vornimmt, als denselben Satz in verschiedenen Städten gleichzeitig herzustellen. Eine Berliner Zeitung also, deren Redaktion abends den Text für die Morgenausgabe feststellt, kann des Morgens in allen größeren Städten des Reiches mit demselben Inhalt erscheinen, wie in der Hauptstadt!

Nach dem, was die Erfinder G. Marx-Fornwall und G. Roga in Graz mittheilen, ist die Idee genial einfach. Die praktische Brauchbarkeit muß allerdings erst wohl noch abgeworfen werden.

Das Sehen spielt sich bei der neuen Maschine in folgender Weise ab: Ein Maschinenschreiber kopirt mit einer gewöhnlichen Schreibmaschine den ganzen Text der zu druckenden Zeitung. Arbeiten die

Redakteure und Mitarbeiter gleich mit der Schreibmaschine, so wird der Maschinenschreiber überhaupt erspart. Der Abdruck, der den Charakter gewöhnlicher Maschinenschrift besitzt, dient später als Korrekturbogen. Die Schreibmaschine hat aber noch eine besondere Einrichtung. An ihrer Hinterseite wird ein schwacher Streifen Papier, ähnlich wie bei den Telegraphenapparaten, durch einen Mechanismus hindurchgezogen, der zugleich mit dem Niederdruck einer Taste, die den Buchstaben des Manuscripts schreibt, eine Kombination von längeren und kürzeren Strichen dem Papierstreifen einverleiht. Jeder Buchstabe des Alphabets ist natürlich durch eine besondere Strich-Kombination gekennzeichnet, und bei jedem neuen Tastendruck rückt der Streifen um einen Schritt vor. Der Papierstreifen besteht aus gewöhnlichem Silberpapier und die Zeichen auf ihm werden dadurch sichtbar gemacht, daß an bestimmten Stellen die Silberschicht weggehört wird. Das geschieht so einfach und so rasch wie das Aufzeichnen von Strichkombinationen mit Harde bei dem Morse-Telegraphen. Durch das Weggehen der Silberschicht wird der Papierstreifen an dieser Stelle für den elektrischen Strom nicht leitend, und damit ist die Unterlage zur telegraphischen Vervielfältigung der Schriftzüge des Streifens gewonnen, denn die Strichkombinationen sind ja nichts anderes als Schriftzüge besonderer Art.

Dieser Streifen wird nun in den Telegraphenapparat eingeführt, dessen wesentlicher Bestandtheil eine Kombination von Kontaktfedern ist, die den Strom unterbrechen, wenn sie auf einen weggehört Strich kommen. Die Reproduktion solcher Zeichen auf beliebige Entfernung hin bietet heut nicht die geringste Schwierigkeit mehr, sie wird in modifizirter Form besonders in England und Amerika bereits vielfach zur automatischen Telegraphie benutzt, wenn es sich um das Ablesen derselben Depesche nach verschiedenen Orten handelt. Der metallische Streifen wird fehlerlos telegraphisch nach jeder beliebigen Stadt übermittelt, wobei die Leistungsfähigkeit des Apparates an einem Drahte ca. 500 Druckzeilen in der Stunde beträgt. (Der Maschinenschreiber leitet ca. 200 bis 300 Zeilen, so daß der automatische Telegraph die Leistung von zwei Schreibern zu bewältigen vermag.)

Die mit Zeichen versehenen Streifen dienen gleichzeitig aber auch zur Vervielfältigung des elektrischen Typographen; jede Strichkombination löst das Spiel elektrischer Kontakte aus, die so angeordnet werden, daß jeder Kombination die Bewegung einer bestimmten Stahllitter entspricht. Die Maschine besitzt so viel Stahllittern als Strichkombinationen beliebt werden, also so viel Lettern als die ursprüngliche Schreibmaschine. Jede Letzer wird sofort in eine Pappmatrize eingepreßt. Da die Maschine gleichzeitig das Vervielfältigen der Matrizenpappe besorgt, so wird der ganze Satz gleichzeitig in verschiedenen Städten in die Papp eingepreßt und kann sofort durch Stereotypie vervielfältigt werden. Mit diesen gleichartigen Stereotypplatten kann dann in verschiedenen Städten dieselbe Zeitung gleichzeitig gedruckt werden.

Die Schwierigkeit des Spationirens und Ausschließens der Zeile, die für die gewöhnlichen Schmaschinen fast unüberwindlich sind, fallen hier ganz weg, da diese Arbeiten gleich beim Korrekturlesen mitbesorgt werden. — Als Korrekturbogen dient hier das Originalmanuscript der Schreibmaschine bezug der Original-Silberstreifen. Fehler werden einfach durch Ausschneiden aus dem Silberstreifen und Einkleben korrekter Zeichen ausgemergelt und ebenso wird durch Verändern der Zwischenräume zwischen den einzelnen Zeichen auf dem Silberpapier das Spationiren und Ausschließen besorgt. Ist der Originalstreifen aber erst einmal korrekt, so sind es auch alle Kopien in den Filialen, alle Matrizen und alle Stereotypplatten. Das Korrigiren und alle nothwendigen Handarbeiten vollziehen sich mit gehobener Leichtigkeit, während bei den bisherigen Typensetzmachines, wenigstens bei denen, die Matrizen lieferten, Korrekturen äußerst schwierig sind.

Die Vortheile dieser Maschine sind so augenscheinlich, daß wir sie nur kurz zu berühren brauchen. Die Korrekturen werden gelesen, noch ehe ein Buchstabe gedruckt ist, das Sehen ist einzig auf die Herstellung des Original-Silberstreifens beschränkt, mittelst desselben besorgt die Maschine, in verschiedenen Orten gleichzeitig das gussfertige Verstellen der Matrizen für die einzelnen Spalten. Man kann hiernach den Erfindern wohl Glauben schenken, daß gegenüber dem Handsehen eine Ersparnis von 80 p Ct. in der lokalen Arbeit erzielt wird, ganz abgesehen von der nötigen Ersparnis an Sehern in den Filialstädten, die durch die Ausgabe von Zentralzeitungen gleichzeitig in verschiedenen Orten erzielt wird.

Da das Wegfallen der Postspesen zum Theil bereits das Drachabonnement kompensirt, so würde, wenn sich die Maschine bewährt, für eine Unzahl von Lokalblättern wohl bald die Sterbestunde geschlagen haben.

Dabei ist die ganze Maschine und ihre Handhabung äußerst billig. Die Telegraphenapparate sind keine billige Maschinen, die von einem einzigen Mechaniker überwacht werden können; während die Schmaschinen z. B. 70 000—100 000 M. kosten, soll sich der elektrische Typograph auf nicht mehr als 3400 M. stellen. Eine Maschine kann zugleich zwei Spalten à 60 Zeilen pro Stunde in gussfertigen Matrizen liefern. Fünf Maschinen liefern also bei zehnstündiger Arbeitszeit ca. 6000 Zeilen, also ungefähr so viel, wie eine „Vorwärts“-Nummer mit zwei Beilagen.

Während sich die Maschine in der Praxis — die Erfinder arbeiten mit ihr in Graz — so ist das der Anfang vom Ende des Seherberufes, dann hat auch auf dem letzten großen Gebiete, wo die Handarbeit bisher fast keine Rivalen hatte, die Maschine gefiegt. — Aber gleichzeitig ist damit eine so fürchterliche Ueberproduktion des Kapitalismus verbunden, daß sie uns einen Riesenschritt dem Sozialismus näher führt.

anderen Arbeiter soll in den erstrittenen Erkenntnissen gewissermaßen eine Warnungslampe errichtet werden. Waren vor einem Jahre noch Entschädigungsansprüche der Unternehmer wegen Kontraktbruchs eine Seltenheit, etwas Außergewöhnliches, so sind sie jetzt gang und gäbe. Na, was dem einen recht, ist dem anderen billig. Die Kammer I hatte sich kürzlich in einer Sitzung mit zwei derartigen Forderungen eines Unternehmens abzugeben. Es war die bekannte Firma Philippohn u. Deschjener, die an zwei Plätterinnen ein Exemplar statuieren wollte. Der einen hatte es nicht gepasst, sich von einer Directrice sagen zu lassen, Herr Philippohn wollte sie gar nicht mehr haben, nur aus Gnade und Barmherzigkeit sei sie noch in der Fabrik, weil betreffende Directrice „ein gutes Wort“ für sie eingelegt hätte. Das konnte nun als grobe Beleidigung, ausgegangen von einer Stellvertreterin der klagenden Firma, nicht angesehen werden, war also auch kein gesetzlicher Grund zum Niederlegen der Arbeit. Es kam aber zu einem Vergleich; die Beklagte erkannte ausdrücklich an, die Arbeit bei der Klägerin grundlos und widerrechtlich verlassen zu haben und verpflichtet sich, nach der Genesung ihres kranken Kindes bei der Firma die Arbeit wieder anzunehmen. — Im zweiten Falle lag die Ungeschicklichkeit der Arbeitsaufgabe des Beklagten, eines jungen Mädchens, klar zu Tage; dasselbe gab sogar unter der Heiterkeit der Anwesenden zu, eine „kleine List“ gebraucht zu haben, um zu ihrer Invalidentarte zu kommen. Während sie tatsächlich in Berlin war, kam in von ihr geschriebener Brief aus einem thüringischen Neste an Philippohn, in dem um die Karte gebeten wurde, die sie „zu ihrer Legitimation brauche“, und worin sie mittheilte, daß sie krank sei und sich deshalb bei Verwandten auf dem Lande aufhalte und daß sie noch weiter reisen wolle. Die Beklagte wollte lieber die beanspruchten 9 M. zahlen, als in die alte Stellung zurückkehren.

Zu einer großen Feier, welche die Arbeiter der Telegraphen-Van-Anstalt von Miz u. Benet im Lokale eines Herrn Niemann vereinigt, hatte sich letzterer 61 Kellner kommen lassen, von denen ein Theil die Nacht durchzuarbeiten und gemäß den vereinbarten Bedingungen am anderen Morgen zu ruhen hatte. Der Kellner J., der um 12 Uhr nach Hause gehen sollte, arbeitete dennoch durch; als es aber am Morgen ans Pugen ging, weigerte er sich, daraus theilzunehmen. Er hatte nämlich ein Engagement nach dem Restaurant des Zoologischen Gartens in der Tasche und sollte dort um 9 Uhr früh antreten. Da man ihm auf seine Weigerung Vorhaltungen darüber machte, daß die Kollegen seine Arbeit mitmachen müßten, äußerte er, lieber verzichte er auf den Lohn, als daß er die fragliche Stellung fahren lasse. Die Folge war, daß sich die lieben Kollegen auf seine Kosten an einem „Nacht“ gütlich thaten. Man hatte den Verzicht ernst genommen und denen, die „seine Arbeit mitmachen“, die drei Mark zur Verfügung gestellt, welche ihm zugestanden. Herr J. ließ das aber nicht kassieren und bemühte sich vielmehr auf dem Wege der Klage um das Geld. Drei Zeugen bestätigten die Behauptung des Vertreters des Beklagten Niemann, daß Kläger erklärt hätte, lieber auf sein Gehalt verzichten zu wollen, als zu pugen und die andere Stellung zu verlieren. Das Gericht wies den Kläger unter folgender Begründung ab. Es sei nicht zu verkennen, daß Kläger geradezu angebeutet worden sei im Lokale des Beklagten, denn tatsächlich habe er denselben seine Dienste zwölf Stunden lang gewährt. Andererseits sei aber durch die Zeugenansage bewiesen, daß ein klarer Verzicht des Klägers vorlag, weshalb sein Anspruch formell für unbegründet erklärt werden mußte. Pflächlich trat der nachträglich erschienene Beklagte aus dem Hintergrunde der Verhandlungskammer hervor und drückte dem Kläger 3 M. in die Hand, wobei er mit vor Erregung zitternder Stimme äußerte: „Hier ist das Geld, man soll nicht sagen, Sie seien bei mir angekommen worden.“

Das Kammergericht hatte sich am 25. April mit der Revision gegen das Urteil der Strafkammer in Potsdam zu beschäftigen, welches dem Genossen Simon als Redakteur der „Brandenburger Zeitung“ wegen vorsätzlicher Beleidigung eines Brandenburger Schneidermeisters sechs Monate Gefängnis auflegte, nachdem die erste Instanz 100 M. für eine hinreichende Sühne erklärt und demgemäß entschieden hatte. Es handelte sich um mehrere Zeitungsartikel, in denen besagter Schneidermeister in launiger Weise „mitgenommen“ wurde, nachdem ihm vorgeworfen worden war, er hätte zwei Soldaten denunziert, in einem „arztlichen“ Bier- und Zigarrengeschäft etwas gekauft zu haben. Die Revision stütze derselbe darauf, daß die Vorinstanz seinen Beweisnachtrag nicht stattgegeben und ihm in seiner Verteidigung beschränkt habe. Das Kammergericht wies die Revision als unbegründet zurück. Es nahm an, daß aus der Form der verlesenen inkriminirten Artikel klar die Absicht der Beleidigung hervorgehe.

Auch eine Anklage. Ein Selbstmordversuch im Untersuchungsgefängnisse kam in einer Verhandlung zur Sprache, die gestern vor dem Schöffengericht stattfand. Der 18jährige Handlungslehrling Wilhelm Gorkwald hatte seinem Ober verabschiedene Waaren einwendet und falsche Bestellungen aufgegeben, als er versuchsweise in der Umgegend Randschaft erwerben sollte. Als die Entdeckung unvermeidlich wurde, ergriff G. die Flucht,

kehrte aber nach kurzer Zeit nach Berlin zurück und stellte sich selbst der Polizei. Im Untersuchungsgefängnisse trieb ihn die Neugier zu einem verzweifelten Selbstmordversuch. Er trennte seine Matraxe auf, schüttelte den Inhalt in eine Ecke seiner Zelle und jänderte ihn an. Er glaubte durch den Rauch zu ersticken, das Feuer wurde aber entdeckt, bevor er seinen Zweck vollständig erreicht hatte. In bedäufem Zustande und mit arg verbrannten Händen wurde er aus der Zelle herausgeholt. Die Staatsanwaltschaft hatte deshalb Anklage wegen Sachbeschädigung (1) gegen ihn erhoben. Der Gerichtshof trat aber in dieser Beziehung den Ausführungen des Verteidigers, Rechtsanwalt Leopold Meyer bei, welcher geltend machte, daß der Angeklagte nicht von der Absicht geleitet worden sei, die Sachen zu zerstören, sondern dies nur als Mittel zum Zweck des Selbstmordes benützt habe. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten wegen der übrigen Straftathen zu vier Monaten Gefängnis, wovon ein Monat durch die erlittene Untersuchungs-haft für verdrängt erachtet wurde.

Um eine Schädigung der Orts-Krankenkasse der Sattler handelte es sich in einer Verhandlung vor der 155. Abtheilung des Schöffengerichts gegen den Kaufmann Albert Israel und seinen Bruder, den Lederarbeiter Kaufmann Israel. Der erstere litt an einer Krankheit und da er augenblicklich keine Stellung hatte, bat er seinen Bruder, ihm seine Mitgliedskarte zur Sattler-Krankenkasse zu leihen. Mit dieser ging er zum Arzt, wurde unentgeltlich untersucht und erhielt auf Vorzeigung des Medizinischen auch Arznei und Apparate ohne Bezahlung. Es blieb der Schwindel aber nicht unentdeckt und die Kur ist schließlich doch zu einer ziemlich theuren geworden, denn der Gerichtshof verurtheilte den ersten Angeklagten zu 20 M. Geldstrafe wegen Betruges, den Bruder wegen Beihilfe dazu zu 10 M. Geldstrafe. Der Staatsanwalt hatte das Doppelte beantragt.

Vom Gemeinfinn der Hausbesitzer. „Der Schneeprozeß“ der Berliner Hausbesitzer scheint eine für dieselben unangenehme Wendung nehmen zu wollen. Bekanntlich haben unsere Haus-eigentümer auf grund eines Einzelfalles gegen den Entlass der Polizei, die Bürgersteige vom Schnee zu befreien, opponirt und Widerspruch erhoben. Im Termin wurde seitens des Schöffengerichts die polizeiliche Strafe von 3 auf 2 M. herabgesetzt, doch legten die Hausbesitzer gegen dieses Urtheil Berufung ein. Jetzt jedoch hat die zweite gerichtliche Instanz in demselben Sinne entschieden. Trotzdem aber wollen sich die Hausbesitzer nicht zu Frieden geben und den Kampf bis zur letzten Instanz ausfechten. Es leben die Weinbrüche, wenn nur der Hauswirth den Beutel nicht aufzuthun braucht!

Der alte Lehrer und der junge Pastor. Vor dem Schöffengericht am Landgericht II spielte sich Sonnabend folgende Szene ab. Ein Bauer aus B. war angeklagt, seinen schulpflichtigen Sohn einen halben Tag der Schule fern gehalten zu haben. Er hatte dagegen Einspruch erhoben und den alten Schulmeister als Zeugen laden lassen. Als der alte, würdige Herr den Sitzungssaal betrat, mußte dem Vorsitzenden dessen augenfällige Verlegenheit auffallen. Der Zeuge vermochte nur zitternd und zögernd ein Wort hervorzuhämmeln. Auf eine diesbezügliche Bemerkung des Vorsitzenden warf plötzlich der Angeklagte ein: „Das ist ja gar kein Wunder, daß der Lehrer mit der Sprache nicht heraus will! Dort im Zuhörerraum sitzt ja sein Vorgesetzter, der Lokal-Schulinspektor, der Pastor aus unserem Dorfe, mit dem Rotzjuche in der Hand und schreibt jedes Wort auf!“ Sofort wandten sich aller Blicke auf einen jungen, bartlosen Mann mit langem Haar, der sichtlich bemüht war, Bleistift und Rotzjuch den Beobachtungen zu entziehen. Der Vorsitzende hielt nun dem Zeugen vor, daß er, nachdem er den Eid geleistet, seine Augen haben dürfe vor den Menschen, möchten sie auch sein, wer und was sie wollen. Und nun plakte der Lehrer wie erleichtert heraus: „Der Angeklagte ist ja gar nicht daran schuld. Der Junge hatte Prellgeld verdient und aus Furcht vor demselben hat er den halben Tag die Schule geschwänzt!“ Daraus erfolgte ohne weiteres die Freisprechung.

Ein 74 jähriger Wüstling stand gestern wegen schwerer Sittlichkeitsverbrechen vor der zweiten Strafkammer am Landgericht II. Der im Jahre 1831 geborene Todtengräber und Nachtwächter Wilhelm Jacobi aus Lüdersdorf wurde überführt, mit mehreren Mädchen unter 14 Jahren schwere unzüchtige Handlungen vorgenommen, sich auch an seinem neunzehnjährigen Wünder vergangen und dasselbe beschwängert zu haben. Aus der Untersuchungs-haft vorgeführt, ging er dahin zurück, um drei Jahre Gefängnis zu verbüßen, wozu er verurtheilt wurde. Mit Rücksicht auf sein Alter wurden ihm mildernde Umstände bewilligt, so daß er vor dem Zuchthause bewahrt blieb.

Ein Inquisitionsgericht. Aus München wird der „Leipziger Volkszeitung“ geschrieben: Vor dem Schwurgericht von Oberbayern hat sich am 30. April auch der Schriftsteller Dr. Oskar Panizza wegen nicht weniger als 88 Vergehen gegen die Religion zu verantworten. Diese Sünden hat Panizza, ein Mitglied der Münchener „Moderne“, mit seinem Buche: „Das Liebeskonzil“ verbrochen, darin das katholische Dogma und noch einiges andere mehr glossirt ist. Panizza konnte, trotzdem er sehr vermögend ist, bis zur Stunde keinen Verteidiger finden.

Von unserer Zeiten Schande. In Glogau wurden dieser Tage zwei Majestätsbeleidigungen abgeurtheilt. In dem einen Falle traf einen Stockblinden das Unglück, drei Monate Gefängnis abzuessen zu müssen. Als Denunziant ist ein Schuhmacher J. a. n. s. aus der Bruttstraße in Glogau zu nennen. In dem anderen Falle, in dem eine angeblüh vor drei Jahren begangene Aneuerung „geföhnt“ wurde, hatte ein Schneidermeister 6 Monate auf sich zu nehmen, nachdem die Revisionsinstanz ein früheres, gleichlautendes Urtheil aufgehoben und die Verhandlung in die Vorinstanz zurückgewiesen hatte. In diesem Falle ist der Denunziant der Landwirth J. a. n. n. i. g. zu Schepplau.

Recht und Gerechtigkeit im sächsischen Bergwerksbrevier. Aus Zwickau wird uns geschrieben: Der Beleidigungsprozeß der Steiger Fischer und Bachmann gegen den früheren Redakteur des „Glückauf“, A. Strunz, der am 17. November vorigen Jahres vor dem hiesigen Landgericht geföhnt und mit der Verurteilung des Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten endete, die er vorigen Montag angetreten hat, scheint für einige Zeugen noch traurige Folgen zu haben. Der Bergarbeiter A. Köffel war gleich nach dem Urtheilspruch in Haft genommen worden. Er sollte Mitte Februar vor den Geschworenen erscheinen, um wegen Meineids abgeurtheilt zu werden, weil er in einer Nebenfrage nach seinen Verhaftungen wegen Vergehens gegen die Verleumdung der Zeche „Teufelsland“, wo er 3 Jahre gearbeitet, nicht genau bei der Wahrheit geblieben sein soll; einen Tag vor der Hauptverhandlung wurde A., der in der Untersuchungs-haft schwer gelitten hatte, jedoch so krank, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Er wurde bald wieder entlassen und hat sich jetzt, obgleich er auf dem Schachte schon zweimal wieder Schaden litt, geistig soweit erholt, daß er wahrscheinlich vor die Mai-Geschworenen gestellt werden wird. Aber auch die Hauptzeugen im Strunz'schen Prozeß, Frau Bauer aus Delitzsch i. G., ist vor die Staatsanwaltschaft zitiert worden und nicht wieder zurückgekommen. Sie hat trotz ernstem Vorhalt entgegen dem Zeugniß des Steiger Fischer beschworen, daß dieser mit ihr intimen Umgang gehabt habe und sich infolgedessen mit einer früheren Aussage in Widerspruch gesetzt, die sie vor dem Amtsgericht Stollberg gethan hatte, wo sie als Verklagte mit Fischer einen Vergleich dahin einging, daß sie zu Protokoll gab, sie habe mit diesem keinen intimen Umgang gehabt. Sie entschuldigte diese Aussage vorm Landgericht Zwickau damit, daß sie in Stollberg sehr eingeschüchtern worden sei und nur aus Furcht vor Strafe zum Vergleiche die Hand geboten habe; die Wahrheit sei es nicht gewesen was man damals protokollierte. Gegen Fischer wurde nun vom Vertheidiger Strunz's eine Denunziation wegen Meineids eingereicht, die wie es scheint damit ihren Abschluß findet, daß — gegen Frau Bauer die Untersuchungs-haft wegen Meineids-verdacht verhängt worden ist.

Der Skandalprozeß gegen den Schriftsteller Oskar Wilde und seinen Freund Alfred Taylor wegen wiederholter Verbrechen gegen die Sittlichkeit, sowie wegen Anstiftung zu solchen Verbrechen begann am Freitag vor dem Geschworenenricht in London. Der Zuhörerraum ist überfüllt; auf den Tribünen bemerkt man viele Damen aus der ersten Gesellschaft. Der öffentliche Ankläger Gill vertritt die Anklage, die er ausführlich begründet, wobei die Angeklagten gespannt zuhören. Daraus wird diesen das Wort ertheilt. Beide plädiren für Nichtschuld. Infolge dessen wird in die Zeugenvernehmung eingetreten. Während des Zeugenverhörs sagt Charles Parker aus, daß er durch Taylor die Bekanntschaft Wildes gemacht hätte. Parker hätte später 30 Pfd. von Leuten erhalten, die gewohnheitsmäßig an Leuten, wie Oskar Wilde, Erpressung ausgeübt hätten; diese Leute hätten von Wilde 400 Pfd. erpreßt. Nachdem er Taylor's luxuriöse Wohnung auf das genaueste beschrieben hatte und durch die Beweis-aufnahme seine Zusammenkünfte mit Wilde festgestellt waren, wurde Alfred Wood, ein junger Buchhalter, vernommen. Er sagte aus, daß er während eines Monats als Gast in der Wohnung Taylor's geweilt hätte. Während dieser Zeit sei er durch Lord Alfred Douglas mit Oskar Wilde bekannt gemacht worden. Nach Vernehmung mehrerer Zeugen wurde die Verhandlung gegen Wilde und Taylor auf Sonnabend vertagt und die Angeklagten ins Gefängnis wieder abgeführt. Der im Prozeß vielgenannte Sohn des Marquis of Queensberry, Lord Alfred Douglas, veröffentlicht eine Erklärung des Inhalts, er reise auf ein dringendes Telegramm seiner Mutter nach Italien, werde aber in wenigen Tagen zurückkehren.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (Zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag wird von 7 bis 8 Uhr abends Auskunft und Rath in Rechtsangelegenheiten ertheilt.

N. N. 34. Ja. — 111. Sie können auf Kosten des Vertheilers die Reparaturen bestellen lassen und die Kosten von der Miete abziehen. Ob Sie unter den obwaltenden Umständen als zur Räumung berechtigt erachtet würden, ist zweifelhaft.

Unter dieser Rubrik zeigen wir sämtliche der Redaktion zugehende literarische Mittheilungen an. Wir bitten unsere Leser die Anmerkung der Schriften nicht als Empfehlung der Redaktion, sondern lediglich als Empfangsbekundigung aufzufassen.

Was über die jüngsten Erscheinungen, welche im Interesse unserer Leser oder aus politischen Gründen besprochen werden müssen, veröffentlicht wir, soweit dies der Raum unseres Blattes zuläßt, kritisch. Gemäß einer Verabredung die Einführung der überaus langen Rezensionen in dieser Rubrik nicht, so bitten wir von der Zusendung der Manuskripte des Verlegers absehen zu wollen.

Währung und Weltweise. Versuch zur Befreiung des Geldmonopols von W. H. Rüchardt. Wien. Verlag „Die Zeit“, außerdem Kommissions-Verlag von Bucher-Strass. Les Finances Prussiens par E. de Cyon. Paris, Librairie H. La Soudier; 174, Boulevard Saint-Germain. 1er Mai 1894. Qu'avons-nous obtenu? Par H. Frontier et H. Thurow. Dépôt général à la Librairie socialiste, 21, rue Saint-Louis, Paris.

Die soziale Frage und die Ethik von Dr. G. Rappoport. Bern. Verlag von Boppert u. Lehmann.

Was haben wir erreicht? Ein Rückblick auf die Bewegung für die Achtundachtzig von G. Thurow und H. Frontier. David (Schwarz), Verlag von Prolog, 22. Heft, 20 Pf.

Die Bibel, ihre Entstehung und Geschichte. Aus dem Holländischen des Domela Nieuwenhuis. Stiefel. Verlag Sieben, 30 Seiten, brosch., Preis 40 Pf.

Handlungslehre und Revolution. Berlin. Verlag A. Kraft, 18 Seiten, 20 Pf.

Frankheiten des Galles und Schicksale von Dr. Georg Hertens. Berlin. Verlag von G. Steinhilber.

Rabbi Rosen, historisches Drama von O. Strauß. Smette, Kassel. Verlag von Wagner-Verlag und Kötter-Verlag.

Die Frau und der Sozialismus von August Bebel. Jubiläum-Ausgabe, 25. Auflage in 10 Heften à 20 Pfennige. Heft 1 und 2. Stuttgart, Verlag von J. G. D. Dietz.

Kompendium der Lehren niedriger Ordnung von St. John. Heft I, 200 Seiten, 20 Pf. Berlin, Selbstverlag.

Händler- und Hausmärchen, gesammelt durch die Brüder Grimm. Ausgewählt und bearbeitet von Georg Meißner u. G. Meißner. Berlin. Verlag: Dammert-Berlin.

Neben und Neben des ersten deutschen Parlamentes von Dr. G. Meißner. Chemnitz a. S., Verlag von Sieckel.

Organ der Menschheit von Dr. H. G. Kornig. Berlin-Weißensee, Verlag von Steinhilber.

Weltgericht von Viktor v. Andronoff. Leipzig, Verlag von Haumann.

Moderne Literatur von Dr. G. Meißner. Leipzig, Verlag von Steinhilber.

Parlaments. Von Dr. H. Wiel. Zürich, Verlag von Schönbach.

Nieder-Österreich von Max. Jährling. Verlag von Schönbach.

Die Schweiz im Lichte der Statistik von Dr. G. D. Schmid. Zürich, Verlag von Schönbach.

Vertrag in Frankfurt a. M. Wohnungsrecht? Von Dr. H. Meißner. Kommissions-Verlag von G. Meißner, Frankfurt a. M., Schillerstraße 12.

Aus einer Salonphilosophie.)

Wenn der Verzweifelte um sich sieht, um Hilfe zu suchen, erblickt er nichts als Verzweifelte.

Wer alle seine Fehler kennen lernen will, muß sich die Mähe nehmen, arm zu werden.

Man würde die Armuth sofort abschaffen, wenn die begütetste Klasse sich dadurch bereichern könnte.

Man schätzt das gute Herz, weil dieses nicht merkt, daß man es mißbraucht.

Habe Erfolg, und sogar die Schande wird Dir Ehre eintragen.

Die Gemohnheit erstickt mehr Revolutionen, als alle bewaffneten Heere zusammenkommen.

Jeder möchte helfen mit den Mitteln des anderen.

Wer die Welt kennt, so wie sie ist, muß erstaunen, daß wir nicht alle an Verfolgungswahn leiden.

Eine Hölle noch nach diesem Leben? Welch' eine Phantasie! Unbarm macht leiden, hauptsächlich, wenn die Wohlthat als Kapitalanlage betrachtet worden.

Verlange alles vom Mitleid, ausgenommen Hilfe.

Viele erinnern uns nur durch ihren Haß daran, daß sie sich zur Religion der Liebe bekennen.

Die zivilisirteten Völker tätowiren sich ebenfalls — mit christlichen Nienen.

Man wäre zu beklagen, liebte man sich selbst nicht mehr, als man seinen Nächsten liebt.

Wenn der Staat religiös wird, plant er irgend eine Schlechtigkeit.

Wenn es kein Eigenthum gäbe, könnte man auf fast alle Tugenden Verzicht leisten.

Wir geben einander nichts mit größerer Bereitwilligkeit, als unsere Hände — wenn sie leer sind.

Die Eigenliebe hat vor der Liebe zum andern Geschlecht viele Vortheile voraus: Keine Spur von Widerstand, unbegrenzte Treue, selten ein Nebenbuhler, eine Leidenschaft, die mit dem Alter wächst, und, was am berüchtigtesten ist, es existirt kein einziger Fall von Selbstmord aus Eigenliebe.

*) Ausgewählte „Gedanken“ aus dem in französischer Sprache erschienenen Buche eines Deutschen. Der Titel lautet: Emanuel Wertheimer, Pensées et Maximes. Traduction de Marcellin, Baron Grivot de Grandcourt. Lettre-Préface de François Coppée. Paris, Paul Ollendorff.

Wenn es nötig wäre, an stelle von Gebeten Goldstücke zum Himmel emporzusenden, würden fast alle Menschen Atheisten sein. Das Geld allein hat keine Empfehlung nöthig. Oxyere Dich Jahre hindurch, ruhe Dich dann nur einen Tag aus und Du wirst für einen Egoisten gelten.

Niemals predigt man Entsagung mit mehr Ueberzeugung, als zwischen zwei reichlichen Mahlzeiten.

Es gehört noch mehr Muth als Geist dazu, um richtig zu denken.

Heute lautet für viele Leute der Text der Bibel also: Im Schwelge der Angesichts der anderen sollst Du Dein Brot essen.

Wenn die Moralbegriffe Banknoten wären, würden die Priester die Moral sich selber predigen.

Viele werden Atheisten, weil so viele Schurken es nicht sind. Man bemerkt selten so tief nachdenkliche Mienen als beim Studium der Speisefarte.

Der bequemste Patriotismus ist der, stolz auf sein Vaterland zu sein.

Arm und zugleich gut zu sein ist ein doppeltes Unglück.

Die Tapferkeit der Fürsten erfordert oft viel Muth von den Unterthanen.

Der schwerlichste Verlust ist ein entgangener Gewinn.

Viele besitzen eine Ehre erst dann, wenn sie sie angegriffen sehen!

Wie reich könnte man sein, wenn man in allen Stücken so sparsam wäre, wie in denen der Wohlthätigkeit.

Nichts ist für einen Monarchen schwieriger, als keine Bewunderung hervorzuufen.

Wenn die Fürsten schmarnen, vernehmen die Höllinge in diesem Geräusch die geistreichsten Ausprüche.

Es giebt Perlen, mit denen man Diamanten schneiden könnte.

„Le style c'est l'homme“. Gibt es wirklich so wenig gute Menschen?

Eingelaufene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. G. D. Dietz Verlag) ist soeben das 20. Heft des 12. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt lehren wir hervor: Ein Gebetbuch zum Reichthum. — Das Proportional-Verhältniß und die deutschen Reichstagsabgeordneten. — Neu Advocatus (Hortensium). — „Trilby“, Roman von George du Maurier. — Besprochen von Julie Jabel-Romm (Rom-Port). — Todesurtheil in fünf Briefen. — Zur Lage der bayerischen Grundbesitzer. (Materialien zur Sozialfrage). Von H. Beer. — Studien: Die Auswanderer aus Italien. — Paulsen's: Germinale Baedeker. Von Edmund und Jules de Courcour. Einzige autorisirte Uebersetzung von Emma Adler. (Hortensium.)

Geschäftshaus S. Heine, Berlin N., Chaussee-Strasse 14.

Kleiderstoffe. Neuheiten für die Frühjahrs- und Sommersaison zu aussergewöhnlich billigen Preisen!

Auslage neuer Glasser Druckstoffe: Mousseline, Levantine, Sommerflanell und Kattune Meter von 30 Pf. an.
Geschmackvolle, originelle Muster in den neuesten Farbenstellungen, garantiert waschecht!

Fabrik für Herren-, Damen- und Kinderwäsche.
Damenhemden aus gutem Stoff mit Befehl Stück 90 Pf., mit Handlaugnette Stück 1,50 Mark.
Berühmte Spezialität der Firma:

Die schönsten Kinderkleider für Mädchen jeden Alters. Jedes Kleid zum Verlängern eingerichtet.

Tragkleidchen: Reine Wolle, ganz gefüttert und hübsch garnirt: 4, 5, 6, 7,50 u. 9 M., crème: 6, 7,50, 9, 10, 12 u. 13,50 M., auch in hellblau u. schottisch!	Tragmäntel: Reine Wolle, wattirt und mit Flanell gefüttert: 6, 7,50, 9, 12, 13,50 u. 15 M., crème: 13,50, 15, 16,50, 18 u. 21 M., sämmtlich reich gestickt!	Jahreskleidchen: Grosse Auswahl sowohl betreffs der Muster als in der Ausführung, Plüsch, Sammet, Wollstoffe, Serl. Flanell etc., Stück von 1,50 M. an.	Mädchenkleider aus besten Woll- u. Wäschstoffen, sauber und elegant angefertigt, in modernster Ausführung und jedes Kleid zum Verlängern, sehr billig!!!	Kostüme für Damen in Wasc- und Wollstoffen von 5 Mark an vorrätig, event. Anfertigung nach Mass schleunig. Morgenröcke: Stück 4, 5, 6 u. 7,50 bis 30 M.	Blusen, elegant gearbeitet in Seide, Wolle u. Wäschstoffen. Grosse Auswahl, bill. Preise! Stück von 2 M. an. Für jede Figur vorrätig, ev. Anfertigung nach Mass!
Tauf-Mützen und Hütchen.	Baby-Hütchen und Mützen.	Laufmäntel in crème und farbig.	Mädchen-Jaquets und Peterinen.	Zier- u. Wirthschafts-Schürzen.	Unterröcke für Damen Stück von 1,50 M. an.

Achtung!
Zahnerfabrik, auch Theilzahl., wöchentl. 1 Mark, G u d e l, Pansther Platz 2, Giffasserstr. 12.

I. Mai

gebe ich meinen Arbeitern frei und bitte meine werthen Abnehmer um Nachsicht, wenn die Bierlieferung an dem Tage ausbleiben sollte.

R. Plessner,

Kothringerstr. 9,
Vertreter für Flaschenbier des Münch. Brauhauses.

Sophastoff = Reste

zu Bezügen ausreißend in Phantase, Bips, Damast, Eröpe, Gobelin, Moquette und Plüsch sowie Satteltaschen spottbillig. (756M)

J. Adler Teppichfabrik

Spandauer Straße 30,
vis-à-vis dem Rathhause.

Eispindeln, Festmal- und

so wie Milchgeschäfts-Utensilien.
Jordan, Kleine Markuofstr. 28.

WILH. UHLEY



Engros- u. Detail Verkauf bei
Georg Borstorf
Berlin, S. Michaelkirch-Str. 18.

14 Resterhandlung 14

für Herren- und Damenstoffe, Reste für Kinder-Anzüge von 1 Mark an.
C. Joch, Pallisadenstrasse 14 part.

Theilzahlung.

Monat. v. 10 M. an liefert elegante Anzüge nach Maass
Comporowski, Schneidermeister,
Berlin O, Süde n str. 37 I.

Bettfedern, reine Gänsefedern & Pfd.

v. 50 Pf. an
Frau Glaser, Prenzlauer Allee 19.

Knaben-Anzüge sehr billig.
8546*) Hoffmann, Veteranenstr. 14.

Grösste Berliner Zusehneide - Akademie

Direktion Maurer - Alexanderplatz

Bedeutendste technische Hochschule für die gesammte moderne Zuschneidekunst.

Mit allem Comfort der Neuzeit ausgestattet

Damen-Kostüme. Herren-Moden. Putz- und Weisswaren.
Mäntel-Konfektion. Knabengarderoben. Wäschezuschneiden.
Kindergarderoben. Uniformen. Handelswissenschaft.

Kurse von 20 Mark an beginnen an jedem Ersten und Fünfzehnten im Monat.

Kostenloser Stellennachweis als Direktrizen, Zuschneider, Konfektionäre.

Ausführliche Prospekte gratis und franco.

Die Direktion Maurer am Alexanderplatz.

Strong feste Preise.

J. Adler

Strong feste Preise.

Herren- und Knaben-Bekleidung.

25 Weissenburgerstr. 25
direkt am Wörtherplatz.

Freunden und Bekannten zur gefl. Nachricht, daß ich unter obiger Firma ein Herren- und Knaben-Garderobengeschäft

eröffnet habe. Mein Bestreben wird es sein, nur reelle Waaren, bei billigsten aber

festen Preisen zu führen. Halte große Auswahl in fertigen Garderoben, wie auch Stoffe zu Bestellungen nach Maass. Adolf Adler.

Vorwärts ist der beste Bitter

Strebe „Vorwärts“

Ties den „Vorwärts“

vor allem aber

Trink den Vorwärts.

A. Hiller, Berlin W.

Maitrank

frisch, ausgezeichn. & Flasche 60 Pf. inkl. 10 Pf. M. 5,50.
Johannisbeerwein, herb, Pf. 60 Pf. Desertwein, süß, Pf. 75 Pf.
Stachelbeerwein, ganz vorzüglich, Flasche M. 1,-.

Echt Stoussdorfer Likör,

& Str. 1,20, 5 Str. 5,50, 10 Str. 10,-, 50 Str. 47 1/2, 100 Str. 90,-.
Echten allen Nordhäuser Strf. M. 1,10, 5 Liter & M. 0,90.
Berliner Getreide-Pümmel Strf. M. 1,10, 5 Liter & M. 0,90.
Süßbeer-, Birsch-, Johannisbeerstrf., vorzüglich, Strf. 1,30.
Medizin. Hugarwein, beste Qualität, & Literflasche M. 2,10.
Empfehlen und senden einzelne Flaschen frei Haus Berlin.

Eugen Neumann & Co., 6a, Belle-Allianceplatz 6a,
Orantenstr. 8, Genthinerstr. 29. Potsdam, Waisenstr. 27.

S. Neumann's Central-Bazar.

Nach beendeten Umbau meines Hauptgeschäftes
Andreas-Strasse 62

habe ich in den neuen, erweiterten Räumen eine Special-
Abtheilung für Haushaltungs- u. Küchengeräthe
eingerrichtet. Auch meine Lager in

Kurz-, Galanterie- und Spielwaaren
sind bedeutend vergrößert worden.

✓ Auerkannt billigste Preise. ✓

1. Geschäft: Andreasstrasse Nr. 62, 2. Geschäft: Frankfurterstrasse 90,
zwischen Andreasplatz u. Langestr. Ecke Markussstrasse.

Restaurant und Destillation von J. Raumann,

Blücherstr. 42, Ecke Gneisenaustr., unmittelbar an der Hasenhalde, früher Gultstrasse.
Empfehlte seine vorzüglichen Speisen und Getränke.

✓ Vereinszimmer 50-100 Personen. — Brillantes Billardzimmer. ✓

Restaurant Sansjoui, Schmargendorf

Ruhlaerstr. 20/21 (unten dem Schützenhaus), direkt am Wald, mit
großem schattigen Naturgarten und angrenzender Wiese als Spielplatz.
Vorzügliche Speisen und Getränke zu zivilen Preisen; große Kaffee-
küche, 2 gute Regelmahnen, Volkshelmsitzungen aller Art.
400 Personen fassender Parquetsaal zu Versammlungen und Festlichkeiten.
Jeden Mittwoch unter Leitung des Tanzl. Herrn Goldschmidt
und Sonntag: Großer Ball, (Mitgl. d. Tanzlehrervereins „Solidarität“).
Um regen Besuch bittet Alfred Malitz (früher Berlin, Amnenstrasse 37).

Schweizer - Garten

Am Königsthor - Am Friedrichshain.

Jeden Sonntag

Gr. Theater u. Spezialitäten-Vorstellung.

Volkshelmsitzungen aller Art. Im neuen Saale

ANFANG 4 Uhr. Entree 30 Pfennig.

An den Wochentagen ist das Etablissement an Vereine, Gesell-
schaften zur Abhaltung von Sommerfesten zu vergeben.

Billard-Bälle kauft resp. miethet man am billigsten bei
Ferd. Diedrich, Dresdenerstr. 109.
(Gaden)

Bitte genau auf
Hausnummer 38
zu achten!

Perleberg junior,

Grösste Auswahl
in
Arbeiter-Kleidung.

38, Chausseestrasse 38, Ecke Schwarzkopfstrasse,

empfehlte sein großes, reichsortirtes Lager fertiger

Herren- und Knaben-Garderobe

in jeder Preislage und allen Größen zu billigsten aber streng festen Preisen.

An jedem Gegenstand befindet sich der

✓ feste Preis in gedruckten Zahlen, somit ist jede Uebervortheilung ausgeschlossen. ✓
Bedeutendes Stofflager in in- u. ausländischen Fabrikaten.

Anfertigung nach Maass in eigener Werkstatt unter Leitung bewährtester Zuschneider im Hause.

Perleberg junior, 38, Chausseestr. 38,
Ecke der Schwarzkopfstrasse.

Fernsprecher: Amt III No. 257.

Halb und Halb

Mampe mit Pomeranzen.



Prosit!

Ueberall zu haben! $\frac{1}{2}$ Champagnerflasche M. 1,25.